

23. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 14. Dezember 2005

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	1548	Frage 520 (Teilzeitverbeamtung von Lehrkräften) und	
1. Regierungserklärung		Frage 521 (Verwaltungsgerichtsurteil zu Teilzeitverbeamtungen)	
Ministerpräsident Platzeck	1548	Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	1577
Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS)	1552		
Lunacek (CDU)	1556	Frage 504 (Zeitpunkt für die Ost-West-Angleichung des Arbeitslosengeldes II)	
Frau Hesselbarth (DVU)	1560	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	1579
Baaske (SPD)	1562		
Vietze (Die Linkspartei.PDS)	1567	Frage 505 (Sicherung der Infrastruktur brandenburgischer Kurorte)	
Baaske (SPD)	1567	Minister der Finanzen Speer	1580
Christoffers (Die Linkspartei.PDS)	1568		
Ministerpräsident Platzeck	1570	Frage 506 (Führerschein mit 17)	
Christoffers (Die Linkspartei.PDS)	1570	Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski	1581
Müller (SPD)	1571		
2. Fragestunde		Frage 507 (Kürzung im internationalen Jugendaustausch)	
Drucksache 4/2246	1572	Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	1581
Frage 499 (Regionalisierungsmittel) und			
Frage 500 (Kürzung der Regionalisierungsmittel)			
Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski	1572		
Frage 501 (Schlussfolgerungen aus dem Fall Jessica)		3. Drittes Gesetz zur Änderung der Brandenburgischen Bauordnung	
Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	1574	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD	
Frage 502 (Verkehrserziehung im Land Brandenburg)		der Fraktion der CDU	
Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	1576	Drucksache 4/1932	
		<u>2. Lesung</u>	

	Seite		Seite
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung		7. Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 27. September 2005 zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006	
Drucksache 4/2190.....	1582	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Frau Böhnisch (Die Linkspartei.PDS)	1582	Drucksache 4/2060	
Günther (SPD)	1583	<u>2. Lesung</u>	
Frau Hesselbarth (DVU).....	1584	Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses	
Schrey (CDU).....	1584	Drucksache 4/2230.....	1586
Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski	1585	8. Gesetz zu dem Dritten Staatsvertrag über die Änderung des Landesplanungsvertrages	
4. Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 4/2080	
Drucksache 4/1750		<u>2. Lesung</u>	
<u>2. Lesung</u>		Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres		Drucksache 4/2245.....	1586
Drucksache 4/2201 (Neudruck)	1585	Persönliche Erklärung des Abgeordneten Schulze (SPD)	1586
5. Zweites Gesetz zur Änderung des Branden- burgischen Meldegesetzes		9. Gesetz zur Neuregelung der Berufsbezeichnung „Ingenieurin“ und „Ingenieur“	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 4/1441		Drucksache 4/2227	
<u>2. Lesung</u>		<u>1. Lesung</u>	1587
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres		10. Nachfragen und Ergänzungen zur Kleinen Anfrage „Die DDR im Geschichtsunterricht, Drs. 4/1456 und 4/1571 - Ergänzungsfragen zur Kleinen Anfrage der Abgeordneten Saskia Funck (CDU) und zu den Antworten der Lan- desregierung (Drs. 4/1443)“	
Drucksache 4/2202 (Neudruck)	1586	Große Anfrage 16 der Fraktion der DVU	
6. Gesetz zur Neuorganisation der Liegenschafts- und Bauverwaltung		Drucksache 4/1671	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Antwort der Landesregierung	
Drucksache 4/2059			
<u>2. Lesung</u>			
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen			
Drucksache 4/2228 (Neudruck)	1586		

	Seite		Seite
Drucksache 4/2111.	1587	Karney (CDU)	1598
Frau Fechner (DVU)	1587	Christoffers (Die Linkspartei.PDS)	1599
Dombrowski (CDU)	1589	Müller (SPD)	1599
Frau Große (Die Linkspartei.PDS)	1590	Schuldt (DVU)	1600
Dombrowski (CDU)	1591	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	1600
Frau Fechner (DVU)	1591		
11. Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln		15. Konzept zur Weiterentwicklung des integrierten Brand- und Katastrophenschutzes	
Zweiter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost		Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
Bericht der Landesregierung		Drucksache 4/2268.	1600
Drucksache 4/2200.	1592	Dr. Scharfenberg (Die Linkspartei.PDS)	1601
12. Bericht zur Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes (IVK) 2002		Petke (CDU)	1602
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS		Claus (DVU)	1602
Drucksache 4/2178		Minister des Innern Schönbohm	1603
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU		16. Fahren mit Licht am Tage	
Drucksache 4/2286.	1592	Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
Frau Tack (Die Linkspartei.PDS)	1592	Drucksache 4/2269.	1604
Dr. Klocksinn (SPD)	1594	Dr. Klocksinn (SPD)	1604
Frau Hesselbarth (DVU)	1594	Frau Tack (Die Linkspartei.PDS)	1604
Schrey (CDU)	1595	Schrey (CDU)	1605
Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski	1596	Frau Hesselbarth (DVU)	1605
13. Initiative des Landes Brandenburg gegen geplante Steuererhöhungen		Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski	1606
Antrag der Fraktion der DVU		Anlagen	
Drucksache 4/2259.	1596	Gefasste Beschlüsse	1607
Schuldt (DVU)	1596	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 14. Dezember 2005	1607
Schuldt (DVU)	1597		
14. Zusätzliche Öffnungszeiten für den Einzelhandel während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006			
Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU			
Drucksache 4/2267.	1598		

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Plenarsitzung.

Ich begrüße als Gäste Schüler der 10. Klasse des Gymnasiums Michendorf. Ihr habt heute Gelegenheit, eine Regierungserklärung zu hören.

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, dass es spannend für euch wird.

Mein zweiter Punkt: Ich gratuliere dem Abgeordneten Wolfgang Pohl zum Geburtstag. Einen schöneren Geburtstag kann man sich kaum wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Gelegenheit zum Feiern haben wir heute Abend bei der „Lautsitzer Rundschau“.

Ihnen liegt der Entwurf der Tagesordnung vor. Gibt es dazu Bemerkungen oder Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer der Tagesordnung in der vorliegenden Fassung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Demnach ist die Tagesordnung so beschlossen.

Bezüglich der Abwesenheiten während dieser Plenartagungen teile ich Ihnen mit, dass Ministerpräsident Platzeck heute ab 14 Uhr, Minister Junghanns ganztätig und Frau Ministerin Wanka ab 13 Uhr abwesend sein werden. Einige Abgeordnete werden ebenfalls fehlen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung

Ich erteile dem Ministerpräsidenten das Wort .

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Brandenburg ist ein Land in Bewegung. Wir haben uns aus eigener Kraft und aus guten Gründen auf den Weg der Erneuerung gemacht. Wie alle anderen europäischen Regionen steht Brandenburg mit seiner Wirtschaft zunehmend im internationalen Wettbewerb. Ich habe nicht den leisesten Zweifel, dass wir alle Chancen haben, uns in diesem Wettbewerb erfolgreich zu behaupten.

Das Land Brandenburg kann im 21. Jahrhundert ein Land der Arbeit, des Wachstums, der sozialen Sicherheit und ein Land mit Lebenschancen für alle sein. Der Wettbewerb um die bessere Zukunft ist jedoch überall ein Wettbewerb um die besseren Ideen. Weder wir noch irgendjemand anders auf dieser Welt wird mit einer Politik des bloßen „Weiter so!“ erfolgreich sein. Deshalb hängt die Zukunft in Brandenburg an einer entscheidenden Bedingung: Wir müssen die Weichen richtig stellen und vor allem die Schwerpunkte richtig setzen.

Das setzt zunächst die nüchterne Auseinandersetzung mit unserer Situation voraus. Welche Faktoren sind dabei entscheidend? Zum einen sind es die Landesfinanzen. Durch das Abschmelzen der Ostförderung wird unser Landeshaushalt bis 2019 voraussichtlich um ein Fünftel schrumpfen. Deshalb müssen wir alles tun, um bis dahin auf eigenen Beinen nicht nur stehen, sondern auch laufen zu können.

Die Bevölkerung unseres Landes schrumpft und altert. Jede Brandenburgerin und jeder Brandenburger weiß aus dem eigenen täglichen Erleben, welch schwierige Anpassungsprozesse und welche Probleme dies für unser Land mit sich bringt. Doch diese Entwicklung birgt auch neue Chancen: Vor dem Hintergrund des heftigen Geburtenrückgangs in den Jahren 1990 und 1991 wird es in Brandenburg schon in wenigen Jahren eine beträchtliche Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften geben. Bereits in den nächsten fünf Jahren wird nach seriösen Prognosen - in unserem hohen Hause wurde bereits darüber gesprochen - mit einem Fachkräftebedarf von 100 000 jungen Menschen in der Brandenburger Wirtschaft gerechnet. Weitere 100 000 werden bis 2015 benötigt. Diese Entwicklung wird also bereits in 5 bzw. 10 Jahren sichtbar.

Es ist wahr: Brandenburg braucht mehr Kinder. Ebenso wahr ist, dass wir allen jungen Menschen in unserem Lande Arbeit ermöglichen und Lebenschancen eröffnen können, wenn wir dafür sorgen, dass sie mit zeitgemäßer Bildung und Ausbildung ins Berufsleben eintreten. Neben allem anderen - auch nach den Debatten um die richtigen Methoden der Wirtschaftsförderung - dürfen wir eines nicht vergessen: Die wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft im 21. Jahrhundert sind Bildung und Ausbildung. Dafür müssen wir alles tun. Eines muss uns klar sein: Gute und auch gut bezahlte Arbeit ohne gute Bildung, gute Aus- und Fortbildung wird es nirgendwo, auch nicht in Brandenburg geben.

Vordringliches Ziel und wichtigste Aufgabe ist die Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Land. Dem musste unsere bisherige Förderungspolitik angepasst werden. Nur eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft kann zukunftsste Arbeitsplätze schaffen. Im Umkehrschluss gilt, dass unsere Wirtschaft nur modern und wettbewerbsfähig sein kann, wenn wir allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern die Chance zur Ausschöpfung ihrer Potenziale eröffnen.

Deshalb müssen wir an erster Stelle in die Menschen unseres Landes und ihre Potenziale investieren. Auf ihre Fähigkeit zur Erneuerung und ihre innovativen Ideen kommt es an. Wir müssen unsere Möglichkeiten entschlossener nutzen und unsere Stärken systematisch stärken. Diesen Weg haben wir in Brandenburg unter dem übergreifenden Leitmotiv der Erneuerung eingeschlagen.

Wir haben damit begonnen, ganz bewusst und zielgerichtet in Köpfe zu investieren, und entsprechende finanzpolitische Prioritäten gesetzt. Dabei konzentrieren wir uns auf die wesentlichen Voraussetzungen für neues Wachstum und Arbeitsplätze der Zukunft. Wir setzen zum einen von Anfang an auf gute Bildung für alle, weil gute Bildung die Voraussetzung für gute Arbeit ist. Zum anderen setzen wir auf hochklassige Forschung, weil in der Wissenschaft die Ideen produziert werden, aus denen neue marktfähige Produkte und Dienstleistungen hervorgehen können. Deshalb haben wir die Bildung im Elementarbereich, die Fachkräftesicherung und den Technologietransfer auf unsere Agenda gesetzt.

Die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Wissenschafts- und die Wirtschaftspolitik des Landes sollen - wie wir es in der Regierungserklärung versprochen haben - ressortübergreifend gestaltet werden. Das bedeutet: Nicht mehr die Ressorts nebeneinander, sondern alle miteinander.

Zugleich werden wir das komplizierte Planungsrecht vereinfachen. An einem neuen Leitbild für Brandenburg und Berlin wird bereits gearbeitet. Wir werden die gesamte Landesplanung - dies geschieht gemeinsam mit Berlin - vereinfachen. Auch hier gilt, dass ein Rad in das andere greifen muss.

Ein integrales Kernstück unserer Politik der Erneuerung aus eigener Kraft ist die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik unseres Landes sowohl in sektoraler als auch in regionaler Hinsicht. Worum geht es genau? Mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung sollen die knapper werdenden Fördermittel so eingesetzt werden, dass damit der größte Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg erzielt werden kann. Unsere persönliche Lebenserfahrung aus 15 Jahren Aufbau Ost führt hier genau zu denselben Schlüssen wie die regionale und wirtschaftswissenschaftliche Forschung: Allemal sinnvoller und effizienter als die gleichmäßige Verteilung ist es, knapper werdende Mittel dort zu konzentrieren, wo sie am besten wirken können, damit sie von dort aus auf größere Gebiete und auf zusätzliche Branchen ausstrahlen können.

Stärken zu stärken und die größten Potenziale zu fördern ist also kein Selbstzweck. Es geht nicht darum, dass die Starken noch stärker werden, während andere zurückbleiben und abgehängt werden, sondern es geht im Gegenteil gerade darum, unsere besonders entwicklungsfähigen Regionen und Branchen weiter so zu kräftigen, dass sie andere Regionen und andere Branchen besser mitziehen können. Darum geht es uns mit der neuen Förderpolitik und nicht darum, irgendjemand abzuhängen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wenn alle gleich schwach wären, gäbe es niemand mehr, auf den man sich stützen könnte. Gedient wäre damit - wenn man das zu Ende denkt - letztlich keinem.

Klar ist im Übrigen: Auch künftig wird es mit der Basisförderung eine Wirtschaftsförderung für alle Branchen und Regionen geben. Mit der so genannten Potenzialförderung hingegen sollen zum einen Unternehmen in denjenigen Branchen gefördert werden, die die größten und nachhaltigsten Wachstumseffekte versprechen. Zum anderen setzt die Potenzialförderung gezielt beim Mittelstand an, denn genau hier bestehen die größten Aussichten auf neue und bestandskräftige Arbeitsplätze.

Das Wachstumsprogramm für den Brandenburger Mittelstand ermöglicht die zielgerichtete, schnelle und unbürokratische Förderung mittelständischer Firmen. Die Konzentration auf Branchenkompetenzfelder ermöglicht die gezielte Förderung erfolversprechender Wirtschaftssektoren, und beides gehört zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Unsere neue Förderstrategie sieht dabei 16 Branchenkompetenzfelder vor. Zugegeben, das sind nicht gerade wenige. Man-

che fragen uns: Seid ihr in Brandenburg denn tatsächlich auf so vielen Gebieten kompetent? - Ja, natürlich! Tatsächlich spiegelt diese Zahl die Breite und die Vielfalt der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur, von der Luft- und Raumfahrt bis zum Tourismus, in unserem Land wider.

Wir tragen dieser Tatsache hier klipp und klar Rechnung, weil wir eines auf keinen Fall wollen: vorschnell und überhastet Entwicklungsmöglichkeiten beschneiden. Wir wissen aber, dass wir die weitere Entwicklung der einzelnen Branchen genau beobachten und uns in Zukunft gegebenenfalls noch stärker konzentrieren müssen.

Die Überarbeitung unseres Landesinnovationskonzepts folgt derselben Philosophie wie unsere neue Förderstrategie insgesamt. Auch hier setzen wir verstärkt auf die besonders innovativen Branchen im Land und auf deren bessere Vernetzung.

Es ist uns innerhalb eines knappen halben Jahres gelungen, gemeinsam mit allen Beteiligten erste Festlegungen für die Verwirklichung der neuen Strategie auf den Tisch zu legen. Das zeigt auch: Hier ist mit Ernsthaftigkeit gearbeitet worden. Das Tempo war hoch, aber die Qualität hat darunter nicht gelitten. Es ist uns gelungen, die Beteiligten an einen Tisch zu bringen, ihre Meinung zu hören, Interessen zu bündeln und die Strategien für die kommenden Jahre zu formulieren.

Grundlage der Beschlüsse des Kabinetts sind die Ergebnisse der Interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost. Diese Arbeitsgruppe hat hervorragend gearbeitet. Wir haben vor einem Jahr versprochen, als Team besser zusammenzuarbeiten; heute kann ich sagen, wir haben dieses Versprechen gehalten. Mein besonderer Dank gilt dabei dem Wirtschaftsminister. Er hat das Konzept mit großem Engagement erarbeitet und mit viel Geduld an vielen Orten im Land erläutert. - Er kann heute nur deshalb nicht hier sein, meine Damen und Herren, weil er im Interesse unseres Landes anderweitige Verpflichtungen wahrzunehmen hat.

Wir haben damit zugleich ein handfestes Beispiel dafür geliefert, wie gut die übergreifende Zusammenarbeit der Ressorts im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes funktionieren kann, und auf diesem Kurs der Kooperation wird unsere Landesregierung bleiben. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben 15 regionale Wachstumskerne im Land definiert. Was diese Städte bzw. Verbünde von Städten auszeichnet, das sind ihre im Vergleich besonders viel versprechenden wirtschaftlichen, aber auch wissenschaftlich-technischen Potenziale. Aufgrund dieser Potenziale lassen sich hier Perspektiven dynamischerer Entwicklung als anderswo vorhersagen. Diese Entwicklung wollen wir durch gezielte Förderung verstärken.

Im Einzelnen geht es um folgende regionale Wachstumskerne: Es geht um Spremberg und um den Städteverbund Finsterwalde, Lauchhammer, Schwarzheide, Senftenberg und Großräschchen. Es geht um Cottbus, um Luckenwalde, um Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt im Verbund. Es geht um Fürstenwalde. Es geht um den Verbund aus Wildau, Königs Wusterhausen und Schönefeld, die Region des zukünftigen Flughafens Berlin Brandenburg International. Es geht um Ludwigsfelde,

es geht um unsere Landeshauptstadt Potsdam, um Brandenburg an der Havel, um Eberswalde, um den Verbund von Oranienburg, Velten und Hennigsdorf. Es geht um Neuruppin, um den Verbund aus Wittenberge, Perleberg und Karstädt, und es geht um Schwedt an der Oder.

Die Entscheidung für diese Städte und Verbünde haben wir verantwortungsbewusst und nach sorgfältiger Abwägung getroffen. Die Kritik von Verantwortlichen aus den Kreisen und Regionen, die hier nicht berücksichtigt werden konnten, haben wir sehr wohl und deutlich vernommen. Selbstverständlich hätten wir uns alle Konflikte ersparen können, wenn wir diesen Einwänden nachgegeben hätten. Nur hätte das Ergebnis dann mit dem Gedanken der Konzentration und der Bündelung knapper werdender Mittel nichts mehr zu tun gehabt.

Genau umgekehrt scheinen - ähnlich wie im Fall der Zahl der Branchenschwerpunkte - manchen unsere 15 Wachstumskerne immer noch zu zahlreich zu sein. So viele wachsende Kerne gäbe es in Brandenburg gar nicht, hat man uns in der Diskussion vorgehalten. Doch auch hier gilt: Es geht bei der neuen Förderstrategie um mehr als die Bestandsaufnahme eines aktuellen Status quo; es geht auch um die Bewertung besonderer Potenziale, also der möglichen zukünftigen Entwicklungschancen und -prozesse.

Das ist der entscheidende Punkt: Wirtschaft ist ein dynamischer und eigendynamischer Prozess, Wirtschaft ist immer auch Entwicklung. Es liegt deshalb in der Natur der Sache: Weder die erfolgreichen Branchen und Produkte der Zukunft noch die zukünftigen Erfolgsregionen lassen sich heute mit allerletzter Sicherheit überall und für alle Zeiten voraussagen; es gibt keine zu hundert Prozent sichere mathematische Formel, nach welcher der eine Ort ausgewählt und der andere verworfen werden könnte.

Bei der Ausweisung von regionalen Wachstumskernen geht es nicht nur um die Honorierung bereits bestehender Zustände, sondern auch um die Unterstützung aktueller Entwicklungen und künftiger Möglichkeiten. Mit der Entscheidung für die 15 Wachstumskerne und auch für die 16 Branchenkompetenzfelder schaffen wir einerseits Planungssicherheit für die Entscheidungsträger ebenso wie für die ansässigen und potenziell neuen Wirtschaftsunternehmen vor Ort. Andererseits steht schon heute fest, dass es eine regelmäßige Evaluierung der jetzigen Festlegungen geben wird, in deren Ergebnis auch strafende Veränderungen der Förderlandschaft möglich sind.

Meine Damen und Herren! In den Regionalkonferenzen haben wir für die neue Förderstrategie geworben, haben die Konzepte der lokal Handelnden aufgenommen und in unsere Überlegungen einbezogen. Im Ergebnis dieser zehn Konferenzen ist ein deutlicher Effekt der Mobilisierung und Aktivierung in einzelnen Städten und Landesteilen auszumachen. Weit mehr als zuvor haben sich Akteure in den einzelnen Regionen zusammengetan, um sich Klarheit darüber zu verschaffen: Wo liegen eigentlich unsere besonderen Stärken? Mit welchen Pfunden können wir wuchern? Wo sind wir besser als die anderen? Wie können wir unsere Kräfte bündeln und welche Synergieeffekte können wir durch die bessere Zusammenarbeit aller Akteure vor Ort erzielen?

Diese neue Besinnung auf die eigenen Kräfte überall im Land ist ein enorm wichtiger Wert an sich; denn eines sollte uns al-

len inzwischen doch klar geworden sein: Es werden auch in Zukunft niemals vor allem staatliche Fördermittel sein, die über den Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens oder einer Branche, einer Stadt oder einer Region entscheiden. Öffentliche Fördermittel sind kein Ersatz für gute Ideen, für Kooperation und für die Besinnung auf die eigenen Kräfte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wo Fördermittel nicht verantwortungsvoll und weitsichtig eingesetzt werden, wird es auch keine Erfolge geben.

(Beifall bei SPD, CDU und der Linkspartei.PDS - Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Richtig!)

Wo hingegen man auch ohne besondere Fördermittel mit strategischer Weitsicht agiert, da wird vieles - und das werden wir noch erleben - auch heute noch Unerwartete durchaus möglich sein.

Entscheidungen über Fördermittel schreiben Entwicklungen nun einmal amtlich nicht vor, und deshalb appelliere ich an alle Akteure in den Städten, Kreisen und Kommunen unseres Landes: Macht so weiter! Behaltet den in den vergangenen Monaten an vielen Orten spürbar gewordenen Willen zur Erneuerung aus eigener Kraft bei und entwickelt dieses Engagement weiter!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei.PDS, ich mache mich über dieses Engagement in den Städten und Kreisen nicht lustig wie Sie, sondern nehme es ernst.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Vietze [Die Linkspartei.PDS])

Dass ein echter Ruck durchs Land geht, haben wir in den vergangenen Monaten bei vielen verschiedenen Akteuren in allen Regionen unseres Landes festgestellt. Besonders augenfällig hat sich diese veränderte und anpackende Grundhaltung in jüngster Zeit in der Prignitz gezeigt. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass wir mit Wittenberge, Perleberg und Karstädt einen weiteren Wachstumskern anerkannt haben.

Meine Damen und Herren! Wir werden in Zukunft keine flächendeckende gleichmäßige Wirtschaftsförderung mehr betreiben, weil dies unser Land insgesamt nicht voranbringen würde. Zu dieser Entscheidung stehen wir. Ebenso sehr steht die Landesregierung zum verfassungsmäßigen Recht aller Brandenburger auf Daseinsvorsorge und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Auch daran wird selbstverständlich nicht gerüttelt. Zeitgleich mit der Neuausrichtung der Förderstrategie haben wir deshalb festgelegt, die Entwicklungspotenziale in den ländlichen Räumen durch eine verbesserte Zusammenarbeit aller Ressorts konsequent zu erschließen. Auch hier lässt sich durch bessere Kooperation und die Konzentration auf eigene Stärken noch viel erreichen.

Brandenburg wird auch in Zukunft stark von der Forstwirtschaft, der Landwirtschaft, dem Gartenbau und der Fischerei geprägt sein; daran besteht kein Zweifel. Alle diese Sektoren sind im Wandel, werden jedoch auch in Zukunft Perspektive und Arbeitsplätze bieten.

Großes Potenzial im ländlichen Raum haben daneben der Tou-

rismus, die Holzverarbeitende Wirtschaft, die Ernährungswirtschaft, die Energiewirtschaft, die grüne Biotechnologie und die Gesundheitswirtschaft. Diese Felder bieten Beispiele für dynamische Wirtschaftsentwicklungen, Entwicklungen, die sich an manchen Stellen vor einigen Jahren noch niemand hätte vorstellen können.

Wer hätte denn zum Beispiel gedacht, dass die Gesundheitswirtschaft zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in den ländlichen Räumen werden würde? - Genau das ist aber zunehmend der Fall, und zwar mit ausgezeichneten weiteren Ausichten. Wer hätte sich vorstellen können, dass Brandenburg unter den Produzenten von Biodiesel mit Abstand zum Spitzenreiter in Deutschland aufsteigen würde? Genau diese Entwicklung ist aber eingetreten. Sie war nur möglich, weil wir Agrar- und Industriepolitik passgenau aufeinander abgestimmt haben. Was uns beim Biodiesel gelungen ist, müssen wir auch bei der Verzahnung weiterer Branchen und Regionen hinbekommen.

Ein drittes Beispiel: Es ist klar, dass die Braunkohle das Standbein der brandenburgischen Energiewirtschaft war, ist und bleibt. Aber wer hätte sich vorstellen können, dass daneben beispielsweise die Solarenergie bei uns im Lande so rasant an Bedeutung gewinnt? Die vor vier Jahren in Prenzlau gegründete Solarmanufaktur ist schon heute einer der größten Hersteller von Solarmodulen in Deutschland und sie ist auf dem Sprung zur Technologieführerschaft in Europa auf dem Markt der Photovoltaik. Das bringt moderne und gute Arbeitsplätze in der Uckermark.

Unsere Neuausrichtung der brandenburgischen Förderpolitik ist in den Fachkreisen positiv aufgenommen worden. Das angesehene Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat erklärt: Brandenburg ist genau auf dem richtigen Weg. - Es wurde allerdings hinzugefügt - auch das will ich sagen -: Wir hätten früher damit anfangen müssen. Diesen Schuh müssen wir uns mit Sicherheit anziehen. Aber auch so liegen wir in Brandenburg mit unserer neuen Förderpolitik durchaus vorn. Die namhafte Wochenzeitung „Die Zeit“ darf zitiert werden:

„Das einzige Bundesland, das sich jetzt schon zu einer Konzentration seiner Förderpolitik bekennt, ist Brandenburg.“

Solch Lob motiviert, motiviert alle, die hier handeln, meine Damen und Herren. Aber wir müssen nüchtern konstatieren: Wir stehen erst am Anfang. Beschlüsse zu fassen allein genügt nicht.

Was also werden wir für die neuen Wachstumskerne tun? - Es kommt jetzt darauf an, die neuen regionalen und branchenbezogenen Förderschwerpunkte durch ganz konkrete Entwicklungskonzepte mit Leben zu erfüllen. Solche regionalen und lokalen Entwicklungskonzepte müssen für die Wachstumskerne entwickelt, fortgeschrieben und abgestimmt werden. Die interministerielle Arbeitsgruppe „Aufbau Ost“ wird Gespräche mit Vertretern aller 15 Wachstumskerne aufnehmen. Bis Mitte 2006 wird das Kabinett Vorschläge dazu erhalten, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung die regionalen Wachstumskerne in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weiter unterstützen kann.

In den ausgewählten Branchen wird gezielt die Bildung von Unternehmensnetzwerken gefördert, weil die regionale Zu-

sammenarbeit die Verankerung von Unternehmen in den Regionen unseres Landes weiter verbessert. Übrigens, bei Unternehmen - ich hatte schon einmal darüber gesprochen -, die eng regional verzahnt sind, die eng mit anderen kooperieren, ist die Abwanderungsgefahr wesentlich geringer als bei Unternehmen, die solitär in der Landschaft stehen, einfach die Tür zumachen und gehen können, weil sie keine Ankerpunkte in der Region haben.

Wo Unternehmen in regionale Wertschöpfungsketten eingebunden sind, da sinkt schlicht und ergreifend die Gefahr, dass sie nach China, Polen oder sonst wohin gehen. Auf diese Art und Weise binden wir - ein ganz entscheidender Punkt - Unternehmen an unser Land Brandenburg. Es gibt drei herausragende Branchen, mit denen wir schon heute bundesweit an die Spitze kommen können. Es sind dies die Luft- und Raumfahrtstechnik, die Biotechnologie und die Medienwirtschaft. Hier steckt jede Menge Innovationskraft.

Gerade auf diesen drei Feldern verbindet uns schon jetzt eine enge Zusammenarbeit mit Berlin. Berlin liegt in der Mitte unseres Landes. Die Stadt hat Strahlkraft nicht nur ins unmittelbare Umland, sondern weit darüber hinaus. Davon wollen wir künftig noch besser profitieren. Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit auf immer mehr Gebieten innerhalb der europäischen Metropolregion Berlin-Brandenburg bedeutet für unser Land eine der größten Zukunftschancen überhaupt.

Mit dem neuen Landesinnovationskonzept soll deshalb nicht nur die Innovationskraft der Unternehmen gestärkt, sondern auch die Zusammenarbeit mit Berlin weiter intensiviert werden. Auch auf der gemeinsamen Kabinettsitzung von Berlin und Brandenburg haben wir gestern Beschlüsse gefasst, die unsere Länder noch enger miteinander verzahnen. Damit haben wir die weiteren Schritte der Zusammenarbeit, der ganz praktischen, für Menschen spürbaren Zusammenarbeit, abgesteckt. Damit haben wir auch klar gemacht, dass Berlin und Brandenburg jeden Tag mehr zu einer Region werden. Wenn dies gelingt, wenn wir die Menschen auf diesem Wege überzeugen, dann werden wir die Menschen auch davon überzeugen können, dass es am Ende sinnvoll ist, ein Land aus beiden Ländern zu bilden. Aber es wird uns nur auf diesem Wege gelingen und nicht durch Schönreden, sondern nur durch praktisches, spürbares Handeln, das die Menschen im Land auch wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Zu der Metropolregion, für die wir werben, gehören Berlin und das gesamte Land Brandenburg. Nur wenn die gemeinsame Entwicklung dieser Region für die Menschen spürbar wird, werden wir auch im europäischen Wettbewerb bestehen können, denn der eine Prozess befruchtet den anderen. Ohne Zuvorsicht, ohne den Mut zum Zupacken werden wir keine Region werden, die in dem immer härter werdenden Wettbewerb bestehen kann, der uns allen nicht erspart bleibt.

Wir können konstatieren, dass die neue brandenburgische Förderpolitik schon jetzt das Image unseres Landes deutlich verbessert hat. Es findet bundesweit positive Beachtung. Der Grundsatz, systematisch Stärken zu stärken, ist vernünftig und zukunftsweisend. Er ist zugleich die Richtschnur für die gesamte künftige Landespolitik. Wir wollen die überall in unserem Land schlummernden Potenziale wecken. Vielleicht als wichtigstes Ergebnis dieses Perspektivwechsels beobachten

wir seit Monaten die eindrucksvolle Selbstaktivierung und -mobilisierung von Regionen in unserem Land.

Die Regierung ist fest entschlossen - auch das sage ich hier klipp und klar -, niemanden in Brandenburg aufzugeben. Keine Region, keine Stadt, kein Mensch wird aufgegeben. Dabei bleibt es. Ich sage das hier so deutlich, weil hin und wieder anderes zu lesen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Neue Perspektiven verspricht die neue Förderstrategie vor allem dort, wo sich Menschen auf ihre eigenen Kräfte besinnen. Nicht mehr so sehr bestehende Defizite begründen Ansprüche auf Förderung, sondern die engagierte Arbeit daran, diese Defizite zu verringern. Diese Selbstaktivierung überall in unserem Land brauchen wir dringend und wir unterstützen sie nachdrücklich.

Dass die Regionen unseres Landes den konstruktiven Wettbewerb miteinander aufgenommen haben, ist ein gutes Zeichen. Mit der Neuordnung der Förderstrategie haben wir wichtige Weichen für die künftige Entwicklung, für Wachstum und Arbeit in Brandenburg gestellt. Wir wollen allen Brandenburgern, ihren Kindern und Kindeskindern langfristige Lebensperspektiven hier in ihrer Heimat bieten. Dazu wollen wir das ganze Land aktivieren.

Dabei wissen wir sehr gut: Mitten im Umbau ist es immer schwer, die Nerven zu behalten. Denn wo ein Haus rekonstruiert wird, entsteht zwangsläufig Unordnung. Es wird Staub aufgewirbelt, es werden morsche Dielen herausgerissen und es sitzt nicht jeder Handgriff auf Anhub. Da sieht man auch nicht von Anfang an, wie das erneuerte Gebäude nach dem Umbau einmal aussehen soll. Das eine ist nicht mehr, das andere ist noch nicht. In diesem Zwischenstand gedeihen Zweifel am Gelingen des Bauwerks stets am wildesten. Das kriegen die doch nie und nimmer hin!, heißt es dann an vielen Stellen voreilig.

Es wäre völlig falsch, den Kopf in den Sand zu stecken und mit Verweigerung zu reagieren. Diese Landesregierung ist angetreten, es hinzukriegen. Wir wollen aufbauen und wir wollen Probleme lösen. Wir wollen mehr Arbeit und größere Lebenschancen für mehr Menschen schaffen und wir sind heute mitten in der Arbeit daran. Es war der Bürgermeister von Perleberg, der die neue Förderpolitik unseres Landes in diesen Tagen mit den Worten lobte, sie habe nicht nur Aktion provoziert, sondern auch die Gedankenwelt verändert. Das ist es und genau darum geht es im Grunde. Es geht um den Mut zur Erneuerung aus eigener Kraft. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass immer mehr Regionen, immer mehr Städte, immer mehr Menschen in Brandenburg ihr Schicksal tatkräftig und miteinander in die eigenen Hände nehmen. Diesem Ziel dient unsere Politik. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Wir setzen die Aussprache zur Regierungserklärung mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS fort. Frau Abgeordnete Kaiser, Sie haben das Wort.

Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Sie werden es bemerkt haben: Die Linksfraktion in diesem Haus hat Ihre Regierungserklärung nicht mit Beifall bedacht.

(Zurufe von der SPD)

Die Reaktion war eher Kopfschütteln.

„Das Land in Bewegung, die neue Förderstrategie in Brandenburg“ - die Linksfraktion hatte da andere, höhere Erwartungen an Sie. Dass Sie bei diesem Thema, bei dem es um die Zukunft Brandenburgs geht, als Ministerpräsident und SPD-Bundesvorsitzender ohne den Gedanken sozialer Gerechtigkeit, der Gerechtigkeit gegenüber den Menschen und den Regionen auskommen, hätte ich nicht erwartet.

Der Regierungsbericht, auf den Sie sich beziehen, heißt „Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln“. Sie haben Recht, Herr Ministerpräsident, diese Überschrift muss man erklären - den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, den Kommunalpolitikern, den Landtagsabgeordneten, vielleicht auch Ihren Kabinettskollegen zwecks Abstimmung untereinander. Diese Abstimmung scheint nötig zu sein, allein wenn man sieht, wie viele unterschiedliche Akteure auf wie vielen verschiedenen Bühnen ohne Drehbuch und Regie agieren. Da sind zunächst: das Wirtschaftsministerium mit den Branchenkompetenzen, das Landwirtschaftsministerium mit der integrierten ländlichen Entwicklung, die Staatskanzlei mit ihren Wachstumskernen und demgegenüber hat das Infrastrukturministerium wieder ganz andere Ausgangspunkte für die Gesamtplanung. Neben all dem klärt das Sozialministerium die Sache mit den Regionalfonds und das Finanzministerium überarbeitet das Finanzausgleichsgesetz. Offensichtlich muss sich die Regierung zunächst einmal selbst verständigen. Damit erhielte das Wort „Regierungserklärung“ einmal eine ganz neue Bedeutung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

„Die Stärken des Landes stärken“ - dabei wird Sie die linke Opposition in diesem Haus durchaus unterstützen. Sie wird Sie dabei unterstützen, gemeinsam ein Förderkonzept auf den Weg zu bringen, das alle Potenziale jeder Region ernst nimmt, das ein Land im Blick hat, in dem Menschen gern leben, in dem sie ihr Auskommen haben und ihre Kinder eine Zukunft, Stichwort - Sie haben es genannt -: „Junge Leute zu Kindern ermutigen.“ Stellvertretend für viele Eltern und Großeltern im Lande nehmen wir einmal nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Abgeordneten der Linksfraktion. Wir gemeinsam haben 83 Kinder und 19 Enkel - und es können mehr werden. Sie sind längst geboren, sind schon da. Wir haben vorrangig damit zu tun, sie durch Schule, Ausbildung oder Studium zu begleiten, damit sie ihren Platz im Leben finden, eine eigene bezahlte Arbeit, von der sie auch leben können. Das ist das Hauptproblem der Eltern und Großeltern im Land. Wir sagen also: Förderpolitik steht zuallererst im Dienste der Menschen im Land, derer, die Arbeit haben, derer, die Arbeit suchen und eine Zukunft brauchen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Ministerpräsident, wenn wir kurz innehalten und uns vor-

stellen, das Prinzip „Stärken stärken“ würde zum Ausgangspunkt der Politik der gesamten Bundesrepublik, Ihrer gemeinsamen Bundesregierung, dann frage ich Sie: Wo bliebe da Brandenburg? - Dann wäre hier möglicherweise irgendwann Schluss.

Unbestritten besteht bei der Förderpolitik Brandenburgs Handlungsbedarf. Unbestritten ist auch, dass - wie Sie sagen - durch Bildung regionaler und sektoraler Förderschwerpunkte stärkere Wachstumseffekte erreicht werden können. Aber mit der angeblichen Neuausrichtung der Förderpolitik haben Sie den dritten Schritt vor dem ersten getan - ein klassischer Fehlstart.

Warum sagen wir das? Der Hauptmangel des Papiers der Landesregierung und leider auch Ihrer heutigen Rede, Herr Ministerpräsident, ist das Fehlen einer gründlichen Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Landes, davon abgeleitet der Analyse der bisherigen Förderpraxis und der damit erreichten Ergebnisse. Das Hauptkriterium wäre die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze. Dies wäre der erste notwendige Schritt.

Der zweite Schritt wäre: Sie und wir brauchen ein wirkliches Leitbild für das Land, eine Vorstellung davon, wohin der Zug überhaupt fahren soll, wenn Sie „die Weichen richtig stellen“ wollen. Sonst fahren wir womöglich mit Volldampf aufs Abstellgleis. Sie sagen: „Das Land ist in Bewegung.“ Ja, aber wohin bitte? Wohin kann sich die Familie des Arbeitslosengeld-II-Empfängers bewegen? Worauf richtet sich ihre Hoffnung? Die konkrete Antwort auf diese Fragen sind Sie auch heute schuldig geblieben.

Ebenso fehlen - drittens - nachvollziehbare objektive Kriterien für die Bestimmung der so genannten Wachstumskerne und Branchenschwerpunkte. Stattdessen wird den Kommunen vom Land ein neues Förderkonzept übergestülpt. Das sagt der Chef des Hamburger Landesplanungsamtes, Wilhelm Schulte, der Brandenburg aus eigener Arbeit gut kennt. Er sagt: Das Förderkonzept, das jetzt vorliegt, ist zentralistisch gedacht, und die Kommunen wissen nicht, wie ihnen geschieht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede von zukunfts-fähigen Arbeitsplätzen, von einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft gesprochen und aufgerufen: Für Bildung und Ausbildung müssen wir alles tun! - Das Bild von Bildung als die Ressource des 21. Jahrhunderts kannten wir schon aus einer Ihrer früheren Regierungserklärungen. Wie aber soll es gehen? Dafür bräuchte man Pläne, die die konkrete Situation vor Ort berücksichtigen. Dafür bräuchte es differenzierte Angebote von der Kita über Grundschule und Oberschule bis zum Gymnasium und bis zur beruflichen Bildung. Davon aber ist keine Rede. Sie sagten, es brauche spürbares Handeln. Gucken Sie Ihre Politik an! Im Gegenteil, von den Schulstandorten bis zur Schülerbeförderung geben Sie den Eltern des Landes das Signal: Zieht lieber aus den Dörfern weg, das wird sonst teuer!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie setzten bisher ausschließlich auf den Abbau schulischer Infrastruktur und auf die Kürzung von Lehrerstellen. Das alles passiert im Sinne einer kurzfristigen Haushaltskonsolidierung, nicht aber im Sinne verlässlicher Rahmenbedingungen und eines guten Unterrichts für alle Kinder, und zwar in jeder Region.

Da Sie wie eben formulierten, dass gute Bildung die Voraussetzung für gute Arbeit ist, möchte ich wenigstens anmerken: Das ist nicht die Chancengleichheit, die in der Verfassung steht.

Mehr als ein Jahrzehnt lang trug die Brandenburger Förderpolitik, übrigens ganz im Sinne der Verfassung, die Überschrift: „Dezentrale Konzentration“. Nur: Offensichtlich wurde selten dezentral konzentriert, sondern zu oft unkonzentriert zentralisiert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das Prinzip der dezentralen Konzentration scheiterte doch nicht an sich selbst, sondern daran, dass sich die Regierung selbst oft genug nicht daran hielt. Dass zum Glück die Landesregierung nicht alles Geld in Millionengräbern versenken konnte - Herrn Ex-Minister Fürniß von der CDU holt seine Vergangenheit mit der Chipfabrik gerade wieder ein -, ermöglichte, dass in Regionen und Kommunen auch viel Vernünftiges geschehen ist. Es war ja nun wirklich nicht alles Gießkanne, wie Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Bericht behaupten. Und mit Verlaub: Wo in den letzten Jahren gegossen wurde, haben Sie in der Koalition wesentlich mitbestimmt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Woran ist denn das bisherige Leitbild gescheitert? Was sind die Ursachen? Wer trägt die politische Verantwortung für Fehlinvestitionen? Wo lagen die Irrtümer? Diesen Fragen stellt sich Ihre Landesregierung nicht.

Wohin führt angesichts dessen der von Ihnen heute beschworene Weg der Erneuerung? Im Februar hörten wir etwas über das „zupackende Land“, im vergangenen Jahr etwas über „Erneuerung aus eigener Kraft“. Heute geht ein „echter Ruck“ durch das Land. Meine Fraktion, die Fraktion der Linkspartei.PDS, befürchtet, dass wir uns an diese Art symbolischer Landespolitik unter Ihnen gewöhnen müssen und sich daran nichts ändern wird.

Sehr geehrter Herr Platzek, Sie sind jetzt Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter, zugleich Bundes- und Landesvorsitzender der SPD. Da reicht Rhetorik nicht. Da reicht es nicht, der bundesweit beliebteste Darsteller eines Ministerpräsidenten zu sein.

(Schulze [SPD]: Das ist ja nun echt happig!)

Vierfache Verantwortung vervierfacht auch unsere Erwartungen, aber vor allem die Erwartungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger an Sie.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zurück zu den Schwachstellen des neuen Förderkonzeptes! Es fehlen nicht nur Analyse, Leitbild und Kriterien, sondern Sie entschieden vom grünen Regierungstisch aus, ohne die Kreise, die Akteure vor Ort, Wirtschaftsexperten und Wissenschaftler vorher zu hören. Die gegen die ersten Standortentwicklungs-konzeptionen geäußerten Bedenken haben Sie ignoriert. Sie entschieden, ohne sich mit Berlin und den anderen angrenzenden Bundesländern abgestimmt zu haben. Das durften wir in der gemeinsamen Ausschusssitzung in Berlin erleben. Sie entschieden, ohne die europäischen Verflechtungsbeziehungen speziell in der europäischen Region an Oder und Neiße zu be-

rücksichtigen. Hier wäre ein Blick über den regionalen Teller-
rand hinaus dringend nötig gewesen.

Fast wie Nörgelei mag es klingen, wenn wir anmerken: Auch
der Landtag war nicht einbezogen. Manche von uns wurden gar
von Ihnen persönlich hinausgeworfen. Aber die Kritik, nicht
einbezogen worden zu sein, kommt sogar aus den Koalitions-
fraktionen selbst.

Herr Ministerpräsident, Sie verkündeten die neue Förderpolitik
in einer Pressekonferenz, die parallel zur Landtagssitzung statt-
fand. Das sagt schon alles. Es konnte Ihnen nicht schnell genug
gehen; Sie wollten schnell entscheiden.

Die gesamte Vorarbeit der Staatskanzlei auf der Suche nach
den Wachstumskernen bestand in der Auswahl von Standorten
mit überdurchschnittlichen ökonomischen oder wissenschaft-
lichen Potenzialen, einer Mindestgröße von 20 000 Einwoh-
nern und mit Ausstrahlung auf ihr Umland. Die Standorte, die
Sie gefunden haben, waren, ehrlich gesagt, nicht überraschend.

Die Standorte, die Sie selbst vom grünen Tisch aus ausgewählt
hatten – nur diese! –, wurden befragt und angeschrieben. Einen
nachvollziehbaren Abgleich gab es nicht, ein Ranking war un-
erwünscht. So blieben die Landkreise Potsdam-Mittelmark,
Havelland und Märkisch-Oderland von vornherein außen vor.
Dort gibt es keine Höchstförderung, dort soll nichts mehr
wachsen.

Wenn Sie die Starken wirklich stärken wollen, warum dann
nicht auch in Teltow/Stahnsdorf oder Strausberg/Rüdersdorf?
Das ist objektiv nicht nachvollziehbar. Es geht um Förderkon-
ditionen, um Millionen. Da bleibt Protest nicht aus, wenn
Landkreise unbegründet herausfallen.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine Konzentration der
Förderpolitik ist notwendig. Das sieht auch die Links-
partei.PDS so. Es bringt aber nichts – wir werden uns daran
auch nicht beteiligen –, Landespolitik nur als Lobbyarbeit für
bestimmte Regionen zu betrachten.

In der Fraktion der Linkspartei hat niemand etwas gegen den
politisch entschiedenen Wachstumskern in der Prignitz. Im
Gegenteil, es ist okay, dass dort ein neuer, 16. Wachstumskern
hinzugekommen ist. Aber ich frage mich: Hat die Regierung
diese zweifellos richtige Erkenntnis wirklich erst in den letzten
Monaten erlangt?

Deshalb unterstreiche ich: Die Methode, regionale Wachstums-
kerne zu bestimmen, ist unstrittig. Nur muss das Gesamtkon-
zept mit objektiven Kriterien erkennbar und nachvollziehbar
sein, zum Beispiel anhand von Arbeitsplatzzahlen, überregio-
naler Verflechtung oder von Ausschlussgründen. Aber auch
diese kennen wir nicht. Deshalb ist Ihre Entscheidung nicht
nachvollziehbar.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das bisher gültige
Leitbild der dezentralen Konzentration wurde bewusst gewählt.
Es sollte entsprechend der Verfassung Grundlage für einen
Interessenausgleich zwischen engerem Verflechtungsraum und
äußerem Entwicklungsraum sein. Es kam anders. Es kam zu
Fehlentwicklungen. Auf die zunehmende Arbeitslosigkeit, die
Abwanderung junger Leute, die demografische Entwicklung
und vieles andere mehr haben Sie in Brandenburg aber nicht

rechtzeitig reagiert. Andere Länder, wie Sachsen und Mecklen-
burg-Vorpommern, haben inzwischen Rückholprogramme für
junge Fachkräfte gestartet und gewähren Mikrodarlehen für
kleine Firmen und Sonderkonditionen für junge Existenzgrün-
der. Natürlich können Sie sich heute dafür feiern, dass Sie end-
lich die Notwendigkeit des Umsteuerns erkannt haben. Ich
wiederhole aber die Frage: wohin umsteuern?

In anderen Bundesländern war man schneller und hat sogar
Schlussfolgerungen gezogen. Ich erinnere nur an die Sachver-
ständigen- und Enquetekommissionen, nicht nur in Bayern,
sondern auch im Osten. Der erste Antrag meiner Fraktion auf
Einsetzung einer solchen Kommission datiert auf das Jahr
1996. Wir fragen: Warum verweigern Sie sich dieser Diskus-
sion – damals wie heute?

Die Ende Juni mit Berlin getroffene Vereinbarung zur Neuaus-
richtung der gemeinsamen Landesplanung geht natürlich in
Ordnung. Aber auch hier bleiben Fragen offen, zum Beispiel
die nach der Umsetzung des Verfassungsanspruchs, in allen
Teilen Brandenburgs gleichwertige Lebensverhältnisse zu
schaffen. Um Ihren Zwischenrufen zuvorzukommen, liebe
Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD:

(Schippel [SPD]: Sie können ja hellsehen!)

Es geht nicht um Gleichmacherei, das heißt nicht um identi-
sche, sondern um gleichwertige Lebensbedingungen. Mit Poli-
tik kann man nie hundertprozentig Gerechtigkeit herstellen.
Soziale Gerechtigkeit als Anspruch bedeutet jedoch, die Belan-
ge aller, der Kinder und der Rentner, der Unternehmer und der
Arbeitslosen, im Blick zu haben und zum Maßstab zu nehmen.
Deshalb frage ich Sie noch einmal: Will sich die Landesregie-
rung wirklich von der Politik des Interessenausgleichs verab-
schieden? Kann mit dem System der regionalen Wachstums-
kerne und der Branchenschwerpunkte der geltende Anspruch
auf Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen noch gewährleis-
tet werden? Wir meinen: nein.

Auch außerhalb der Wachstumskerne müssen öffentliches
Handeln, Mobilität, der Zugang zu Bildung, Ausbildung und
Hochschulbildung, zur Gesundheitsversorgung, zu Medien und
Dienstleistungen, zu wirtschaftlicher Entwicklung, zu Beschäf-
tigung, zu Finanzdienstleistungen und zur Justiz garantiert sein
– für alle Bürger, die dort wohnen!

(Schulze [SPD]: Typische Angstmacherpolitik!)

Schon das Beispiel der Neuordnung der Amtsgerichtsstandorte
zeigt doch die Kurzsichtigkeit Ihrer Entscheidungen; denn da-
nach sollen für die nächsten Jahre Gerichtsstandorte auf der
Grundlage der alten zentralörtlichen Gliederung festgelegt
werden. Neu definierte Wachstumskerne, wie Schwedt und Ei-
senhüttenstadt, sollen ihre Gerichte verlieren. Haben Sie das
wirklich bis zu Ende gedacht?

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Auf keinen Fall!)

Auf diese und andere Fragen erwartet nicht nur die Linkspar-
tei, sondern erwarten vor allem die Brandenburgerinnen und
Brandenburger immer noch Antworten von der Landesregie-
rung. Ich stelle beispielhaft Fragen: Inwieweit ist das neu ent-
wickelte Leitbild mit der neuen Förderpolitik vereinbar? Sind
die regionalen Wachstumskerne mit dem Zentrale-Orte-System

kompatibel? Ist der Zentrale-Orte-Ansatz nach wie vor ein geeignetes Steuerinstrument? Was ist mit den Regionen des Landes, die nicht als regionale Wachstumskerne eingestuft wurden? Sagen Sie den Leuten bei mir im Oderbruch nun: Tut uns Leid, für Sie sind wir nicht mehr zuständig? Was passiert mit den Regionen, die sich erst in den nächsten Jahren zu potenziellen Wachstumskernen entwickeln? Soweit wir es verstanden haben - korrigieren Sie mich! -, sind hier Anpassungen nicht vorgesehen. Bleiben Sie dabei?

Dass man es anders machen kann, zeigt sich beim ILEK, dem Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzept. Hier verbinden sich Wachstumsorientierung und Interessenausgleich. Das ist eine andere Herangehensweise, als sie beim Konzept der regionalen Wachstumskerne Anwendung fand.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dennoch bleibt letztlich auch hier die Frage: Wie verbinden Sie am Ende ILEK mit den anderen Fördervorstellungen des Landes?

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, weil wir diese und andere Fragen hatten, habe ich mich am 17. November schriftlich an Sie gewandt. Leider konnten Sie nicht persönlich antworten - wegen Überlastung, wie ich vermute. Ich habe dafür begrenztes Verständnis. Dafür, dass ich heute keine Antwort von Ihnen erhalten habe, habe ich jedoch kein Verständnis.

In meinem Brief habe ich argumentiert, dass die Landesregierung die Fragen, Probleme und Vorschläge der regionalen Planungsgemeinschaften und Landkreise in den letzten Standortkonferenzen praktisch nicht beantwortet hat. Dabei war die Mitarbeit der Regionen im Vorfeld doch ausdrücklich erwünscht.

Wir kritisieren das Vorgehen bei der Auswahl der regionalen Wachstumskerne; denn für die Bestimmung - das wiederhole ich - fehlen bis heute allgemein nachvollziehbare Begriffs- und Aufgabenanalysen. Das bestätigen brandenburgische Wissenschaftler, zum Beispiel Prof. Ribheke von der Viadrina. Wir baten Sie lediglich, Herr Ministerpräsident, die geplante Beschlussfassung im Kabinett bis zur Vorlage des Leitbildes einer europäischen Metropolenregion Berlin-Brandenburg auszusetzen und die Diskussion im Land zu führen. Leider sind Sie diesem Vorschlag nicht gefolgt. Sie haben schnell entschieden.

Andererseits lassen Sie sich bei der Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode ständig mehr Zeit. Wenn wir nachfragen, sagen Sie uns, wir sollten nicht so drängeln, wir hätten noch genug Zeit. Dann hätte man sich auch bei der Entscheidung über die Wachstumskerne die Zeit nehmen und zum Beispiel die über 300 Seiten umfassende Analyse der sozialökonomischen Entwicklung bis 2013 mit ihren 26 Handlungsempfehlungen, die Sie ja selbst in Auftrag gegeben haben, berücksichtigen können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Mein Fazit aus all dem lautet: Der vorliegende Bericht führt „Stärke“ zwar im Titel, aber nicht im Inhalt. Wenn wir Sie, Herr Ministerpräsident, für Ihre Politik kritisieren, dann machen wir uns über deren negative Folgen nicht lustig. Das ist wirklich ein Unterschied.

Die Linkspartei.PDS Fraktion ist offen für eine wirkliche Debatte zur Neuordnung der Landesentwicklungsplanung und der Förderpolitik. Wir sehen natürlich die wirtschaftlichen, finanziellen und demografischen Probleme. Wer politisch Verantwortung trägt - und die tragen auch wir 29 Abgeordneten der Linkspartei.PDS -, muss nach Lösungen suchen. Daher wollen wir die Debatte über das Leitbild für ein soziales Berlin-Brandenburg als Dialog für ein Brandenburg der Regionen breit und ergebnisoffen zu Beginn führen.

Dabei werden wir alle Potenziale jeder Region ernst nehmen. Ein Leitbild für Brandenburg muss regional und interregional, proeuropäisch und weltoffen gedacht sein. Darin unterscheiden sich unsere Ansätze von denen der CDU und, wie wir befürchten, auch immer mehr von der Brandenburger SPD. Das aber muss nicht so bleiben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wichtig ist kein neues, schönes funkelndes Konzept von zentralen Orten, Clustern, Netzwerken auf dem Papier. Es geht nicht um ein Trennen guter und schlechter Standorte und Branchen. Wichtig ist vielmehr, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Das geht nur, wenn Bereich für Bereich, Region für Region betrachtet wird. Ein solches Herangehen würde Verantwortliche zwingen, alles zu unternehmen, um aus dem Vorhandenen mehr zu machen und Ressourcen eben nicht zu vernichten oder zu ignorieren, sondern perspektivisch zu erhalten und sinnvoll zu nutzen. Darüber würden wir gern mit Ihnen auch hier im Landtag diskutieren, und zwar nicht nur in der einzigen Anhörung, zu der sich der Hauptausschuss nun doch durchgerungen hat.

Wir sind der Ansicht, dass es nicht reicht, die Selbstaktivierung im Land zu beobachten, wie Sie, Herr Ministerpräsident, sagten. Wir brauchen eine Diskussionskultur, in der Vorschläge nicht nach dem Verfasser, sondern nach dem Inhalt beurteilt werden. Ein Anfang wäre es zum Beispiel, Anträge meiner Fraktion in den Ausschüssen wieder fachlich zu diskutieren. Das kostet noch nicht einmal etwas. In diesem Sinne werden wir weiter arbeiten und unsere Möglichkeiten im Landtag, in den Kreisen, Städten und Gemeinden ausschöpfen. Wir werden den Druck auf Sie nicht verringern. Es bleibt unser Anspruch an Regierungspolitik, der Forderung nach gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen des Landes gerecht zu werden.

Herr Ministerpräsident, die Linkspartei.PDS unterstützt Ihren jetzigen Kurs in der Förderpolitik nicht. Sie sagen, Sie seien fest entschlossen. Wir sagen: Sie sind festgefahren. Wir werden uns aber auch nicht verweigern. Sie können gewiss sein, dass wir weiterhin mit Vorschlägen und Ideen kommen werden. Wir werden uns am Dialog für ein soziales Brandenburg beteiligen.

Herr Ministerpräsident Platzeck, ich fordere Sie auf, ich bitte Sie, vom Eigenlob und von der sozialen Rhetorik endlich zu politischem Handeln zu kommen. Dabei geht es nicht ohne Gerechtigkeit gegenüber den Menschen und Regionen. Ihre Fragestellungen haben wir gehört. Sie gehen zum Teil in Ordnung. Wir haben unsere Fragen gestellt, aber wir erwarten auch Antworten. Ihre heutige Regierungserklärung gibt keine.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Es spricht Herr Abgeordneter Lunacek.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat zu Beginn seiner Regierungserklärung gesagt, Brandenburg sei ein Land in Bewegung. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Diese Bewegung muss ein Aufbruch sein. Wir wollen einen Aufbruch und wir brauchen einen Aufbruch für Brandenburg, damit es besser wird, damit mehr Arbeit entsteht, damit unsere Kinder hier bleiben und damit die Menschen optimistisch in die Zukunft schauen. Wir wollen, dass sich Brandenburg bewegt, und zwar nach vorn. Nur mit Bewegung überwinden wir Probleme, schaffen wir Wohlstand und soziale Sicherheit.

Stillstand bedeutet Rückschritt. Bewegung bedeutet Fortschritt, aber sie muss in die richtige Richtung gehen. Unsere Richtung ist nach vorn. Das ist die Richtung der Koalition aus SPD und CDU hier in Brandenburg. Ihre Richtung als Linkspartei.PDS ist es, zurückzublicken, und die Richtung der DVU ist es, ganz weit zurückzublicken. Das ist nicht die Zukunft für Brandenburg.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS: Oh, oh!)

Frau Kaiser, wir wollen den Menschen Chancen geben. Sie wollen Ihnen sagen, was sie zu machen haben. Wir wollen Freiräume eröffnen. Sie wollen sie bevormunden. Das unterscheidet uns.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [Die Linkspartei.PDS])

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe hier im Parlament ist es, diesen Aufbruch voranzutreiben, ihm den Weg freizuräumen. Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß, aber wir können und wir werden sie bewältigen. Diese Aufgaben lassen sich präzise umschreiben: Konzentration auf unsere Stärken, bessere Bildung für unsere Kinder, neue Freiräume für Unternehmen. Wir wollen außerdem, dass unsere Bürger sicher leben: sozial sicher, aber auch sicher vor Kriminalität.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der Linkspartei.PDS: Sie wollen sie bevormunden!)

Wir sind dafür gewählt, das Land nach vorn zu führen. Wir dürfen uns nicht am Mittelmaß orientieren, sondern an den Besten. Dafür müssen wir mutig entscheiden. Wir können es aber nicht allen recht machen, auch das unterscheidet uns von der Opposition. Die Opposition muss nicht entscheiden, erweckt den Eindruck, es allen recht machen zu können, und bewegt in Wahrheit überhaupt nichts.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]): Das war vielleicht Ihr Selbstverständnis!)

Meine Damen und Herren, wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir aus der Vergangenheit lernen, wenn wir einerseits aus den Fehlern die richtigen Konsequenzen ziehen und andererseits ganz konsequent an Erfolgen anknüpfen.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]): Fangen Sie doch endlich an! Das ist die zweite Wahlperiode!)

Wir haben in Brandenburg viele Erfolge zu verzeichnen. Das kann man nicht oft genug wiederholen. Wir haben sehr viele gelungene, erfolgreiche Projekte und Ansiedlungen in Brandenburg: Mehr als 50 erfolgreiche Großansiedlungen, von MTU in Ludwigsfelde bis BASF in Schwarzheide, und viele tausend kleine und mittelständische Unternehmen, die erfolgreich arbeiten. Wir täten gut daran, das Positive voranzustellen und dadurch das Bild und das Image von Brandenburg nach außen zu verbessern und unseren Bürgern Mut zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Die besten Entscheidungen führen nicht zum Erfolg, wenn wir die Menschen außer Acht lassen. Sie sind es, für die wir handeln. Sie sind es, die eingebunden werden müssen, die überzeugt und mitgenommen werden wollen. Das ist Verpflichtung für uns alle, die wir hier das Volk vertreten. Diese Verpflichtung gilt ebenso für die Opposition. Opponieren heißt nämlich nicht, als Narr durchs Land zu laufen und alles mies zu machen. Das haben die Brandenburger als Gegenleistung für das, was sie geleistet haben, nicht verdient.

Wenn wir zusammenstehen, werden wir die Dinge im Land so vorantreiben, dass die Menschen eine Zukunft haben. Dafür muss Wachstum gesichert werden. Dafür muss Innovation angestoßen werden. Dafür muss das Gemeinwesen sozial und gerecht gestaltet werden. Dafür muss unsere Jugend eine Perspektive haben.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Wer macht das?)

Wir müssen die Kräfte freisetzen und richtig organisieren.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Was haben Sie in den letzten fünf Jahren getan?)

Unsere Brandenburger sind fleißig, hoffnungsfroh und haben das Herz am rechten Fleck. Sie wissen, wer etwas erreichen will, muss sich anstrengen und Leistung bringen. Sie wissen aber auch, dass die Schwachen nicht zurückgelassen werden dürfen.

Meine Damen und Herren, die Regierungspolitik steht mittlerweile inmitten einer grundsätzlichen Umwälzung bisheriger Handlungsstrategien. Diese Neugestaltung ist zwingend notwendig. Ich sage: Sie war überfällig, um die 90er Jahre endgültig hinter uns zu lassen und den Blick nach vorn zu richten. Brandenburg tritt damit in eine neue Phase ein. Wir lassen alte Strategien hinter uns und führen neue ein.

Wenn ich von einer neuen Phase spreche, bedeutet das die Weiterentwicklung unseres Landes. Die Menschen in Brandenburg haben in den letzten Jahren mehrere solcher Schritte durchlaufen. Ich erinnere daran, dass das nicht immer einfach war. Phase eins war die unmittelbare Nachwendezeit, die Umbruchphase, in der das totalitäre DDR-Regime abgeworfen und ausgekehrt wurde. Auf der einen Seite wurde mit Elan aufgebaut und umgebaut. Es herrschte das völlig Neue. Die Menschen gewannen eine Zukunft in Freiheit und viele neue Möglichkeiten. Auf der anderen Seite gingen dabei nicht alle Wünsche in Erfüllung und es gibt Menschen, die enttäuscht wurden. Dies gilt genauso für die Landespolitik: Es gab Erfolge und auch Fehler.

Die Privatisierung der Wirtschaft erfolgte in hohem Tempo.

Auf der einen Seite sind sehr viele national wie international wettbewerbsfähige Unternehmen entstanden. Eine neue Verwaltung, ein neues Staatswesen wurde aufgebaut. Großartige Leistungen wurden in kurzer Zeit vollbracht. Auf der anderen Seite wurde zum Beispiel in der Bildungspolitik vieles unnötig über Bord geworfen und der Leistungsgedanke vernachlässigt. Heute korrigieren wir das schrittweise.

Die Verschuldung des Landes wurde zu weit nach oben getrieben, ohne an die Folgen zu denken. Noch heute kämpfen wir jedes Jahr darum, Einnahmen und Ausgaben in die Waage zu bringen. Bürokratie wurde gezwungenermaßen aus Westdeutschland mit allen Vor- und Nachteilen übernommen. In vielen Punkten wurde allerdings noch eins draufgesetzt. Das hat vieles schwerer gemacht. Auch das ändern wir Schritt für Schritt.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das haben Sie frei entschieden!)

Mitte der 90er Jahre folgte die Stabilisierungsphase. Es wurde konsolidiert und konsequent fortentwickelt. Insbesondere ging es darum, im Land eine stabile Basis an Unternehmen zu schaffen, um Arbeit und Wohlstand zu sichern. Die Förderpolitik war nach wie vor breit angelegt. Praktisch jeder, der im Land etwas unternehmen wollte, bekam staatliche Unterstützung.

Der Verschuldung wurde der Kampf angesagt, die Personalausgaben im öffentlichen Dienst wurden reduziert und der Abbau von öffentlichem Personal eingeleitet.

Jetzt befinden wir uns in einer Erneuerungsphase - Erneuerung aus eigener Kraft, so haben wir es beschrieben. Mit der Gemeindegebietsreform haben wir gemeinsam mit unseren Kommunalpolitikern effiziente Strukturen geschaffen. Mit der Polizeireform wurde die Effizienz der Polizei wesentlich verbessert. Die Aufklärungsquoten bei Kriminalität erreichen in Brandenburg inzwischen deutsches Spitzenniveau.

Wir haben spürbar weniger Schulden gemacht, solange es uns die Einnahmehasis ermöglichte. Wir verbessern die Bildungspolitik. Leistung, Erziehung, bessere Ergebnisse an den Schulen sind die Leitgedanken der dortigen Erneuerung.

Auch wirtschaftlich haben wir uns stabil entwickelt. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes ist kontinuierlich gestiegen und die Exportkraft der brandenburgischen Wirtschaft wächst.

Dennoch - auch das muss man nüchtern einräumen - ging die schwierige Lage der letzten Jahre in Deutschland natürlich nicht an Brandenburg und auch nicht an Ostdeutschland insgesamt vorbei. Wir haben in Brandenburg - wie in allen neuen Bundesländern - seit dem Jahre 2000 fast 14 % der Arbeitsplätze verloren. Das zeigt, dass wir neue Wege beschreiten müssen. Dazu brauchen wir zwingend neue Impulse.

Erneuerung aus eigener Kraft - dieses Motto steht auch für die Erneuerung der Förderpolitik des Landes. Der Rückgang der Bevölkerung im ländlichen Raum macht ein Umsteuern der Förderpolitik notwendig. Wir müssen berücksichtigen, dass in Zukunft weniger Fördergelder fließen werden. Deshalb ist eine Konzentration der logische und folgerichtige Schritt. Um einen Vergleich zu bringen: Bisher wurde die Fläche bewässert und

es hat sich an vielen Stellen - nicht an allen - sichtbares Wachstum eingestellt. Oftmals ist das kostbare Nass auch versickert. Unter den künftigen Bedingungen müssen wir das, was entstanden ist, zielgerichtet unterstützen und im Umfeld Neues ansiedeln. Mehr Effizienz, zielgerichtete Förderung, Stärken stärken - das ist die neue Förderpolitik.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Dort, wo Stärken gestärkt werden können, heißt es klotzen und nicht kleckern.

Die CDU-Fraktion steht ausdrücklich zu dieser neuen Politik. Wir haben maßgeblich - gemeinsam mit der SPD - dazu beigetragen, dass sie im Koalitionsvertrag verankert wird, und wollen sie gemeinsam vorantreiben, weil sie erfolgreich sein wird.

Ulrich Junghanns gebührt Respekt dafür, die Branchenförderung in ihrer gesamten Breite zukunftsfähig gestaltet zu haben. Dieser Prozess war schwierig. Dazu gehörte die komplette Analyse unserer Stärken und Schwächen. Seine Definition von Branchenschwerpunkten ist bei Experten zu Recht auf Lob gestoßen. Diese Vorgehensweise ist solide und verlässlich. Wir orientieren uns damit daran, was entstanden ist und Zukunftspotenziale aufweist - ein klares, nachvollziehbares System. Das ist auch der Abschied vom Prinzip „Wünsch dir was!“.

Unser Ansatz vergisst im Übrigen die Menschen in den berlinfernen Regionen nicht. Hier hat es in der Debatte Irritationen gegeben. Förderfähige Branchenschwerpunkte sind in nahezu allen Regionen Brandenburgs entstanden und erhalten künftig besondere Zuwendung.

Im Übrigen - auch das hat der Ministerpräsident ausgeführt - werden die kleinen und mittleren Unternehmen mit Investitionen bis 2,5 Millionen Euro - es handelt sich um eine sehr große, die überwiegende Zahl im ländlichen Raum - auch weiterhin höchste Fördersätze erhalten. Das ist ein Signal vom Land. Wir wollten die Unternehmen, wir haben ihre Ansiedlung unterstützt und wollen sie auch weiter unterstützen. Sie sind gewünscht, werden gefördert und wir werden ihnen helfen, wo wir es können.

Ich sage auch ganz klar: Die Menschen können stolz auf die Entwicklung des Landes sein, die es trotz der schwierigen Umstände genommen hat. Wenn Sie den Blick auf unsere Branchenschwerpunkte richten, sehen Sie, was alles geleistet wurde und wo das Land seine Stärken hat. Dahinter stehen die Menschen, die fleißig ihren Beitrag dazu leisten, dass es weiter vorangeht. In der Vielseitigkeit unserer Branchen spiegelt sich die Modernität unseres Landes wider. Hierin liegt unsere Stärke - von der Luftfahrttechnik über die Kunststoffproduktion und Optik bis hin zur Kraftstoffproduktion. Bereits heute wird ein Drittel des deutschen Biodiesels in Brandenburg produziert. Rolls-Royce und MTU bauen und entwickeln bei uns Flugzeugtriebwerke. Wir haben die BASF im Land. ALTANA und BRAHMS sind in den Bereichen Biotechnologie und Pharma tätig. Die Kfz-Zulieferung ist bei uns angesiedelt. Wir haben eine starke optische Industrie und die Holzwirtschaft in Brandenburg. Auch die Metallindustrie ist in Brandenburg vertreten. Daran erkennt man unsere zukunftssichernde Grundlage.

Dazu passen auch die jüngsten Zahlen. Die Exportquote brandenburgischer Unternehmen wird in diesem letzten Jahr um

voraussichtlich 20 % steigen. Das ist ein Beweis dafür, dass wir durchaus eine leistungsfähige Industrie haben und auf einer guten Basis aufbauen können.

Die Branchenschwerpunkte sind das wesentliche politische Steuerungsinstrument und eng verbunden mit den regionalen Wachstumskernen. Beide Konzepte sind miteinander verbunden, sie ergänzen sich. Auch für die Wachstumskerne gilt, dass wir unsere Stärken stärken müssen. Während man mit den Branchenschwerpunkten intelligente Unternehmensförderung betreibt, sind die regionalen Wachstumskerne auch und insbesondere auf den Ausbau der Infrastruktur gerichtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Neuausrichtung der Förderpolitik ist ein richtiger und notwendiger Schritt. Ich habe bereits gesagt, dass wir dazu stehen. Wir müssen es den Bürgern erklären. Ich möchte aber dringend davor warnen, jetzt zu meinen, dass es damit getan wäre. Es ist damit nicht getan. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Wirtschaft in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren immer noch langsamer als in den alten Bundesländern gewachsen ist. Das kann und darf so nicht weitergehen. Wenn wir an der Angleichung Ost-West festhalten wollen - wir wollen daran festhalten -, brauchen wir neue Impulse. Wir müssen auch auf anderen Gebieten aktiv werden.

Die große Koalition im Bund hat nun die Möglichkeit eröffnet, Abweichungen vom Bundesrecht zuzulassen. Auf Deutsch gesagt: Wir haben die Chance, einen Teil dieser verfluchten Bürokratie, die auch von dort kommt, über Bord zu werfen. Deshalb sage ich, dass es jetzt die Aufgabe der Landesregierung ist, Konzepte zu entwickeln, die darüber Auskunft geben, an welchen Stellen wir das tun wollen. Der Ball liegt auf dem Elfmeterpunkt. Wir sind jetzt gehalten, den Ball zu schießen und an diesen Stellen aktiv zu werden. Das ist eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Bezüglich des Bürokratieabbaus sind wir im Land auf einem guten Weg. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Ministern für ihre Kooperation und Mitarbeit bedanken. Mit dem Sonderausschuss zum Abbau von Normen und Standards des Landes hat der Landtag Brandenburg bundesweit ein Zeichen gesetzt. Es ist Neuland, dass das Parlament einen Sonderausschuss dafür einsetzt und das zielgerichtet vorantreibt. Das Zeichen ist einfach: Bürokratie ist kein Selbstzweck, sondern muss zweckdienlich sein und auf ein Minimum reduziert werden. Denn vom „Dienen“ zum „Einschränken“ ist es leider oftmals nur ein sehr kurzer Weg. Bürokratie neigt dazu, zu viel zu regeln.

Mit dem Sonderausschuss wollen wir das erkannte Defizit bekämpfen. Wir haben das Ziel klar definiert: Runter mit der Anzahl der Vorschriften, weg mit brandenburgischen Sonderregelungen, deren Zahl über der anderer Bundesländer, des Bundes oder der Europäischen Union liegt! Je mehr wir davon abschaffen, desto mehr Freiheit gewinnen unsere Bürger zurück. Das sieht man an solch einfachen Dingen wie der Bauordnung. Was bei der Bauordnung geht, geht auch in anderen Bereichen. Handeln wir nach der Maxime: Was die Bürger selbst vernünftig regeln können, geht den Staat nichts an. - Die Menschen werden es uns danken, wenn wir die Freiräume erweitern. Gerade die Wirtschaft profitiert davon.

Meine Damen und Herren, die Interessen der Wirtschaft sind die gleichen Interessen wie die der Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Es geht alles Hand in Hand, es handelt sich nicht um verschiedene Interessenlagen. Wenn es der Wirtschaft gut geht, entsteht Arbeit. Wo Arbeit entsteht, geht es den Menschen gut. Das müssen wir immer wieder erkennen und danach handeln.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

Ein weiteres Steuerungsinstrument der Landespolitik ist der Landesentwicklungsplan Zentralörtliche Systeme. Es wurde ein erster Anlauf zur Anpassung der Zentren unternommen. Dieser Landesentwicklungsplan hat Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen. Zurzeit wird intensiv an diesem Konzept gearbeitet. Da auch der Landesentwicklungsplan mit den Branchenschwerpunktorten und den Wachstumskernen zusammenhängt, ist es wichtig, weitere Schritte voranzukommen. Nur so laufen die Neugestaltungen unserer politischen Steuerungsinstrumente zeitlich nicht zu weit auseinander. Es geht um unsere Kommunen, die Planungssicherheit brauchen und erwarten.

Planungssicherheit brauchen auch die ländlichen Räume. Das gilt gerade in Zeiten, in denen die Mittelflüsse im Bereich Infrastruktur und Wirtschaftsförderung neu geordnet werden. Das „Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept“ soll dem Rechnung tragen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Brandenburg mehr als 2 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftlicher Fläche charakterisieren. Das sind ca. 85 % der Landesfläche. Damit wird die Rolle des ländlichen Raumes als Wirtschaftsfaktor, Lebensraum und Wirtschaftsstandort deutlich unterstrichen. Wir stehen in der Pflicht, die Landwirtschaft als Impulsgeber für den ländlichen Raum zu erhalten und zu befördern.

Aufgrund der besonderen Lage unserer Landwirtschaft ist es von zentraler Bedeutung, die Konzepte zur integrierten ländlichen Entwicklung, die in den Landkreisen erstellt und diskutiert werden, sehr aufmerksam und kritisch zu begleiten. Dazu gehören notwendige Investitionen, die dazu beitragen, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sichern und zu schaffen.

Hierzu zählen die Rahmenbedingungen, um vor allem jungen Landwirten wieder Mut zu machen, den Betrieb ihrer Eltern oder der Vorgänger zu übernehmen und weiterzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben über 40 % der Landesfläche unter Schutz gestellt und die Ausweisung dieser Schutzgebiete lief wahrlich nicht immer konfliktfrei. Wir stehen zu diesen Schutzgebieten, sagen aber auch: Nun ist es genug. Jetzt muss es das Ziel sein, den Tourismus in diesen Gebieten anzukurbeln. Wir müssen die Chancen, die dadurch entstanden sind, nutzen. Unterschutzstellung darf nicht zum Selbstzweck werden. Es müssen Arbeitsplätze entstehen. Dem darf sich die Förderpolitik nicht verschließen.

Die Schutzgebietsausweisungen dürfen eine gute Entwicklung nicht verhindern. Die FFH-Richtlinie sieht das auch so. Dort heißt es:

„Die aufgrund dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen tragen den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten Rechnung.“

Gerade dieser Abwägungsgrundsatz scheint mir in der Vergangenheit nicht immer ausreichend gewürdigt worden zu sein.

Wir haben leistungsfähige Hochschulen. Das ist gut für die weitere Entwicklung des Landes. Das Innovationspotenzial unserer Wirtschaft entscheidet über den Erfolg unserer Unternehmen am Markt. Wachsen sie nicht mehr, schöpfen wir keine Werte mehr, verlieren wir die Zukunft. Zukunftsfähigkeit, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit - all diese Dinge sind unmittelbar gekoppelt an das Wirtschaftswachstum, an die Fähigkeit, neue Produkte zu entwickeln, neue Märkte zu erobern und diese langfristig zu sichern.

Dazu gehört eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft. Je enger diese Verzahnung ist, desto intensiver ist der Innovationstransfer und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für Firmenneugründungen und einen Transfer in bereits bestehende Unternehmungen. Deshalb ist es gut, dass das Landesinnovationskonzept von der Landesregierung vorgelegt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns das auch selbst immer wieder deutlich machen. Wir haben in Brandenburg im Verhältnis zu den alten Bundesländern nur einen Bruchteil der industrienahen Forschung. Wenn unsere Unternehmen stärker werden wollen, wenn sie wachsen wollen, wenn sie exportfähiger werden wollen und wenn wir Geld ins Land holen wollen, dann ist hier eine engere Verzahnung zwingend notwendig.

Um noch einmal auf die Rede des Ministerpräsidenten einzugehen: Wenn das Fundament eines Hauses ordentlich gegossen wurde, kann ein großes und ansehnliches Gebäude darauf errichtet werden. Ist das Fundament marode, bekommt das Gebäude Risse.

Was beim Hausbau gilt, trifft ebenso für die Gesellschaft und die Wirtschaft zu. Das Fundament einer erfolgreichen Teilnahme am Berufsleben ist eine gute Bildung. Das Fundament eines Unternehmers sind gut ausgebildete, leistungsstarke und motivierte Arbeitnehmer. Die große Koalition in Brandenburg hat diesem Bereich von Anfang an einen wesentlichen Stellenwert eingeräumt; denn je besser die Menschen ausgebildet sind, desto besser sind die Entwicklungschancen für unser Land.

Wir sind große Schritte vorangekommen. Trotzdem sage ich klar und deutlich: Das in der Bildung bisher Erreichte genügt nicht. Seit Jahren beklagen die Unternehmer den Ausbildungsstand unserer Schulabgänger und die PISA-Ergebnisse haben uns zusätzlich spüren lassen, dass es hier immer noch Defizite gibt. Da hilft der attestierte breite Zugang zum Abitur nicht wirklich weiter, weil das Bildungsniveau insgesamt einfach zu niedrig ist. Das Leistungsniveau an unseren Schulen muss höher werden. Unsere Schüler hier in Brandenburg müssen mit dem gleichen Leistungsniveau auf den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt kommen, wie die Schüler aus anderen Bundesländern.

(Krause [Die Linkspartei.PDS]: Dann statten Sie die Schulen so aus, wie dies in anderen Ländern der Fall ist!)

Hier setzt die Koalition an. Wir sind dabei, das Bildungsfundament zu stärken. Wir beleben Erfolgreiches neu und wir behalten Bewährtes bei. Wir dürfen nicht vergessen: Leistungsorientierung und Spitzenergebnisse sind eine wesentliche Grundlage dafür, dass die Menschen das Bestmögliche aus ihrem Leben machen können. Deshalb hat die Koalition im Bildungsbereich erfolgreich umgesteuert. Dazu gehören die Leistungs- und Begabungsklassen, die richtig und notwendig sind, die Einführung zentraler Prüfungen, die Veränderung der Schulstruktur hin zu den Oberschulen, die Kopfnoten, die wir ab dem nächsten Schuljahr einführen, die Benotung ab Klasse 2, die es ab dem nächsten Jahr wieder geben wird, und die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren. Das alles sind gute Schritte, die im Übrigen im Land Anerkennung finden. Die Menschen sagen: Jawohl, das ist die richtige Richtung, das ist gut und richtig so.

Der Leitsatz für die Veränderungen im Land lautet: Erneuerung aus eigener Kraft. Unter diesem Leitsatz stehen die Veränderungen bei den Branchenschwerpunkten, den regionalen Wachstumskernen, beim Innovationskonzept und in der Bildungspolitik. Aber wir dürfen eines nie vergessen: Wirtschaft wird von Menschen gemacht, von Unternehmern und von Arbeitnehmern, die jeden Morgen zur Arbeit gehen und dort Leistung bringen. Dort schlägt das Herz der Wirtschaft. Menschen müssen motiviert werden und sie müssen auch Anerkennung erfahren. Wir können stolz darauf sein, dass so viele Unternehmer in Brandenburg arbeiten. Wir müssen ihre Leistung anerkennen und achten. Dazu gehört auch, dass wir Neiddiskussionen entschlossen entgegneten.

(Beifall bei der CDU)

Das sage ich auch ganz klar in Richtung der Fraktion der Linkspartei.PDS. Dieser ständige unterschwellige Sozialneid, den Sie schüren, ist Gift. Die große Mehrzahl der Unternehmer, die ich kenne, arbeiten 12 bis 16 Stunden am Tag, oftmals auch noch samstags.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Viele können nachts nicht richtig schlafen, weil jeden Monat das Geld für die Arbeitnehmer da sein muss.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Dann machen Sie für diese kleinen und mittleren Unternehmen Politik!)

Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir Unternehmern zu Dank verpflichtet. Sie sorgen dafür, dass die Werte, von denen wir alle zehren, die auch die Grundlage für eine vernünftige Sozialpolitik in Brandenburg bilden, erarbeitet werden können. Lassen Sie uns dies bei allen Diskussionen über neue Förderstrategien und Branchenkompetenzen nie vergessen! Wir werden am Ende so viel Erfolg haben, wie wir unsere Unternehmen und unsere Unternehmer gut behandeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Damit geht das Wort an die DVU-Fraktion. Die Abgeordnete Hesselbarth spricht zu uns.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, in Wahrheit ist das, was Sie uns heute präsentiert haben, doch nur eines: Es ist ein Offenbarungseid. Es ist die schlichte Bankrotterklärung für die verfehlte Politik der vergangenen 15 Jahre seit der deutschen Wiedervereinigung.

(Beifall bei der DVU)

Werden wir von der DVU-Fraktion jetzt jubilieren? Gewiss nicht. Dazu ist die Situation einfach zu ernst, dazu sind in unserem Land zu viele Menschen als Opfer dieser Politik wirtschaftlich und sozial unter die Räder geraten.

Die Schlüsselfrage lautet also: Sind die hier und heute von Ihnen präsentierten Konzepte geeignet, die ständige Abwärtsentwicklung bei uns in Brandenburg zu stoppen und in eine Aufwärtsentwicklung umzukehren? Die DVU-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die von der Landesregierung unverändert betriebene Politik und die heute diskutierten Vorstellungen zur neuen Förderpolitik nur einen neuen Höhepunkt der Misswirtschaft darstellen. Die Probleme unseres Landes werden dadurch nicht gelöst.

Was können Ihre Vorschläge bei näherer Betrachtung leisten? Mit den hier präsentierten Plänen zur zukünftigen Förderpolitik werden Sie wie mit Ihren Politikansätzen insgesamt die Abwärtsspirale, in der unser Land sich befindet, nicht aufhalten.

Wie komme ich zu dieser Einschätzung? Die gesamte aktuelle Diskussion hier in diesem Haus - nicht nur zu den Plänen dieser Landesregierung zur Struktur- und Förderpolitik, sondern auch zum neuesten Demografiebericht - kreist nur noch um zwei Themen: erstens um den Wegzug von Menschen aus unserem Land, vor allem aus den ländlichen Gebieten, und die sinkende Geburtenrate und zweitens um leere Haushaltskassen, also darum, was alles abgebaut oder abgerissen werden kann oder was sonst noch alles auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden soll. Das betrifft alle Politikbereiche.

Es wird nicht umstrukturiert, sondern abgebaut und gekürzt und das Leben der Menschen in unserem Land, insbesondere das der Familien mit Kindern, wird dadurch nicht verbessert, sondern eher erschwert.

Die Wege werden länger, die finanziellen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger höher, der bürokratische Verwaltungsaufwand größer, die Wohnungen, Gerichte, Schulen, Kitas, Richter, Lehrer, Polizisten, Ärzte, Apotheker und Läden werden weniger, die Konkurse, Arbeitslosen und Frustrierten werden immer mehr.

Nun haben Sie also seit einigen Monaten den Stein der Weisen gefunden, Ihr neues Leitbild für Brandenburg. Was Sie, Herr Ministerpräsident, uns hier als neues Konzept verkaufen, ist aber mehr ein Leidbild als ein Leitbild.

(Beifall bei der DVU)

Bereits die Debatte darum begann mit einem kommunikativen Desaster und der kompletten Verunsicherung der Bevölkerung in den berlinferneren Regionen. Kurz darauf wurden gravierende Abstimmungs- und Planungsfehler offenbar, die zu einer Verschiebung des Zentrale-Orte-Systems und zum Hickhack

um die gemeinsame Arbeitsmarktreion führten. Inzwischen sind die Defizite bei der Wirtschaftsförderung und Raumordnung offenbar.

Zweifellos, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, ist eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes erforderlich, und richtig ist auch, dass Wirtschaftsförderung in Brandenburg allein schon aus haushaltspolitischen Gründen nach dem Gießkannenprinzip nicht mehr möglich ist. Doch die diffuse Ausweisung so genannter Wachstumsbranchen und Wachstumskerne kann den richtigen Ansatz, unsere Stärken zu stärken, mit Sicherheit nicht erreichen.

Auch die fehlende Berücksichtigung einer irgendwann einmal stattfindenden Länderfusion verpasst die Chancen für den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg.

Schließlich: Das in unserer Landesverfassung festgelegte Ziel der dezentralen Konzentration, welches auch den berlinferneren Regionen des Landes gleiche Entwicklungsbedingungen garantieren soll, kann und darf nicht zugunsten einer Konzentration der Wirtschaftsförderung nur mehr auf 16 Regionen des Landes und auf ebenso viele Schlüsselbranchen beschränkt werden.

Nach unserer Meinung müssen nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft besser verknüpft werden, sondern müssen auch die Potenziale gerade unserer kleinen und mittelständischen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen der integrierten ländlichen Entwicklung und des naturnahen Tourismus konsequent ausgeschöpft werden.

(Beifall bei der DVU)

Doch das geht sicherlich nicht, wenn man die Fördermittelvergabe nur noch auf die so genannten Wachstumskerne bündelt.

Jetzt möchte ich eigentlich den für die Brandenburger Wirtschaftspolitik direkt Verantwortlichen ansprechen, der aber bedauerlicherweise heute nicht anwesend sein kann. Ich muss nämlich klar feststellen - und das gilt sicherlich nicht nur für mich -, dass Ihr Konzept in keiner Weise im Detail nachzuvollziehen ist. Erst am 07.12. wurden dem Ausschuss für Wirtschaft trotz mehrmaliger vorheriger Aufforderung die Kriterien sowie die Grundlagen für die Auswahl der Branchenkompetenzfelder vorgelegt. Warum so spät? Gehört diese Vorgehensweise vielleicht zu einer abgesprochenen Taktik der Koalition, um dem Ausschuss jegliche Möglichkeit zu nehmen, die Auswahl der durch Sie benannten 16 Wachstumskerne sowie der Schlüsselbranchen nachzuvollziehen?

Nicht nur ich, sondern auch andere Mitglieder des Wirtschaftsausschusses waren sehr gespannt auf diese Kriterien. Nach erster Durchsicht mussten meine Fraktion und auch ich selbst leider feststellen, dass die Kriterien, die letztlich zur Bildung der Wachstumskerne ebenso wie zur Feststellung der Schlüsselbranchen führen, in keiner Weise stichhaltig herausgestellt wurden. Am Rande darf ich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal an die Tatsache erinnern, dass die Mitglieder des Ausschusses sowie dieses Landtags von den regionalen Standortentwicklungskonferenzen zunächst ausgeschlossen wurden, die Mitglieder meiner Fraktion und ich selbst im Übrigen bis heute. Warum eigentlich?

Doch zurück zu den Ungereimtheiten. Noch am 16. November

sprach der Minister im Ausschuss für Wirtschaft davon, dass sich das Thema der regionalen Wachstumskerne aus den Branchen heraus ableiten lasse und nicht allein von der Wirtschaft geprägt sei. Auch die weiteren Ausführungen dazu ließen aufhorchen. Wieso eigentlich liegt die Federführung bei diesem Thema bei der Staatskanzlei? Müssen wir daraus ableiten, dass die wirtschaftlichen Kompetenzen nicht im Wirtschaftsministerium, sondern in der Staatskanzlei angesiedelt sind? An dieser Stelle möchte ich ein altes, aber immer noch aktuelles Sprichwort zitieren: „Viele Köche verderben den Brei.“

(Beifall bei der DVU)

Das trifft auf Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, genau zu. Lassen Sie die Kompetenzentscheidung über die Wirtschaftspolitik doch dort, wo sie hingehört, nämlich im Wirtschaftsministerium.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, wenn ich mir die während der letzten Wirtschaftsausschusssitzung ausgereichte Karte der so genannten regionalen Wachstumskerne ansehe, dann stelle ich fest, dass es in Brandenburg Landkreise gibt, die überhaupt nicht gefördert werden. Ich nenne hier insbesondere die Landkreise Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark und Havelland. Darüber hinaus sind die Uckermark mit Ausnahme von Schwedt sowie der Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit Ausnahme von Neuruppin und der Landkreis Barnim mit Ausnahme von Eberswalde fördertechnisch gesehen weiße Flecken auf der Landkarte. Dass die Prignitz mit den nachträglich zusammengeschusterten Wachstumskernen Karstädt, Perleberg und Wittenberge noch in die Förderstruktur aufgenommen wurde, hängt vermutlich auch damit zusammen, dass sich dort oben mehrere Kommunen bereits lautstark mit dem Gedanken eines Wechsels nach Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen.

Es wird also in Brandenburg weite Regionen geben, die infolge Ihrer famosen neuen Förderpolitik noch mehr als bisher veröden werden.

Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister, sehen wir uns neben der räumlichen auch die sektorale Bündelung - tolles Wort übrigens! - von Landesmitteln an, so stellen wir fest, dass es zunächst einmal die Konzentration auf so genannte Schlüsselbranchen gibt, deren Arbeitskräfteeinsatz zum Teil, wie bei der Biotechnologie, der Informationstechnologie oder der Luft- und Raumfahrttechnik, entweder von Haus aus sehr gering ist oder höchst qualifiziertes Personal erfordert, welches in der Region ohnehin nicht vorhanden ist. Bei anderen Schlüsselbranchen wie der Ernährungswirtschaft oder dem Tourismus wird sich die räumliche Einengung auf Wachstumskerne Bezug nehmend auf diese flächendeckend verteilten Branchen wiederum negativ auswirken. Der inzwischen wieder einsetzende Rückgang der Tourismuszahlen infolge mangelnder oder ungenügender Infrastruktur in den berlinfernen ländlichen Regionen spricht ja bereits für sich.

Apropos Ernährungswirtschaft: Ihnen ist sicherlich bekannt, dass Brandenburg nicht einen einzigen Bioschlachthof hat. Das bedeutet, dass das Schlachtvieh vieler Brandenburger Biobauern Hunderte von Kilometern durch Deutschland gefahren und in anderen Bundesländern geschlachtet werden muss. Angesichts der derzeitigen Tendenz durch gewissenlose Händler, immer mehr verdorbenes Fleisch auf den Markt zu bringen,

sollte es doch die Möglichkeit geben, die Ansiedlung von Bioschlachthöfen in Brandenburg zu fördern. Die glücklichen Kühe und Biobauern würden es Ihnen sicherlich danken.

(Beifall bei der DVU)

Im Übrigen gibt es bekanntlich auch noch Branchen, und zwar arbeitsplatzintensive Branchen, die einmal die wichtigsten hier im Lande waren, die aber aus Ihrer Förderpolitik komplett herausfallen und damit offensichtlich dem endgültigen Untergang geweiht sind. Ich nenne hier das Bau- und das Baunebengewerbe. Die Bautätigkeit in Brandenburg ist weiter rückläufig, und zwar nicht zuletzt als Folge der finanziellen Totsparpolitik des Landes.

Diese Landesregierung bringt es auch dieses Jahr wieder fertig, nur 82 % der EFRE-Mittel und 74 % der GA-Mittel abfließen zu lassen, was massive Einschnitte bei den Investitionen bedeutet.

Die Kommunen wurden finanziell so stranguliert, dass es so etwas wie kommunale Investitionen fast schon nicht mehr gibt. Die Mitteilung des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg, dass der baugewerbliche Umsatz in der Region auch in diesem Jahr um mehr als 16 % zurückgegangen ist, verwundert daher nicht. Noch beschäftigten 51 000 Bauarbeitern standen Ende Juni etwa 41 600 arbeitslose Bauarbeiter gegenüber. Diese Entwicklung zeigt in aller Deutlichkeit, dass nach wie vor Impulse aus der Wirtschaft und der öffentlichen Hand für den Bauaufschwung fehlen. Allein in Brandenburg ist der baugewerbliche Umsatz in den ersten sechs Monaten des Jahres um etwa 25 % gesunken.

Angesichts dieser Entwicklung forderte der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes des Landes Brandenburg dazu auf, umgehend die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einstieg von privaten Investoren in Bauvorhaben der öffentlichen Hand zu nutzen. Brandenburg sollte auch hier angesichts der knappen Kassen alle Möglichkeiten nutzen, wie das beispielsweise die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Bayern tun. Doch in Brandenburg - Fehlanzeige.

Die unendliche Geschichte Wirtschaftsförderung wartet noch mit ganz anderen Fakten auf. Die DVU-Fraktion hält Minister Junghanns zugute, dass er in Vorbereitung seiner Entscheidung keine Aufwendungen und Mühen gescheut hat, eine Reihe von Gutachten einzuholen. Ich merke an, dass diese Gutachten unserer Fraktion nicht vorlagen und damit für uns nicht nachzuvollziehen waren. Jedoch fiel uns dabei eine Äußerung von Minister Junghanns im Wirtschaftsausschuss auf, um deren Zitiertung ich nicht herumkomme:

„Es wird die Bitte geäußert, dass die Abgeordneten das gesamte komplexe Gefüge der Interessenlage des Landes zur Zentralisierung von Entwicklung mit Raumwirkung und zur Entwicklung wirtschaftlicher Standorte zusammenfügen mögen.“

Gestatten Sie mir dazu drei Bemerkungen.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Lieber nicht!)

Erstens: Niemand in diesem Landtag wurde davon unterrichtet, dass Sie sich, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, mit zentralistischen Gedanken in Verbindung mit der

Wirtschaftsförderung tragen. Oder wurde die Marktwirtschaft von Ihnen schon wieder abgeschafft?

(Beifall bei der DVU)

Zweitens: Ist diese Bitte der geschickte Versuch, die Aufgaben des Wirtschaftsministeriums auf die Abgeordneten dieses Landtages zu übertragen?

Drittens: Verwechseln Sie dabei nicht die Aufgaben der Legislative mit denen der Exekutive?

Das müssten Sie uns einmal genau beantworten.

(Beifall bei der DVU)

Der Kollege Müller von der SPD-Fraktion sprach bei der letzten Wirtschaftsausschusssitzung ebenfalls ein sehr interessantes Thema an.

(Dr. Klocksinn [SPD]: So?)

Ich meine das Thema „Berlin und sein Umland“; im Volksmund auch „Speckgürtel“ genannt. Die Schlussfolgerungen des Kollegen Müller sind anhand der objektiven Fakten eindeutig nachvollziehbar. Es liegt auf der Hand - und man muss kein Wirtschaftsexperte sein, um dies zu erkennen -, dass das Berliner Umland einen so genannten Hauptstadtbonus hat. Insofern ist die Bemerkung von Herrn Junghanns, dies sei unlogisch, nicht korrekt. Rolls-Royce hätte sich auch in Cottbus ansiedeln können; denn die infrastrukturellen Bedingungen sind dort ebenfalls gegeben. Jedoch hat die Firma das nicht getan, sondern hat bewusst die Nähe zur Hauptstadt gesucht.

Insofern profitiert das Umland weiterhin vom Hauptstadtbonus. Weiter entfernte Regionen haben diesen Standortvorteil nicht. Demnach ist in den Schlussfolgerungen des Kollegen Müller, mit dem ich in diesem Punkt völlig übereinstimme, doch eine gewisse Logik zu finden.

(Zuruf des Abgeordneten Sarrach [Die Linkspartei.PDS])

Mit der Errichtung wirtschaftspolitischer Festungen, die wohl als Ersatz für Ihre früheren Leuchttürme fungieren sollen, werden Sie unserem Land keinen guten Dienst erweisen. Die Raubritter des Mittelalters zogen sich bekanntlich auch in ihre befestigten Burgen auf hohen Bergen zurück und kamen von diesen nur herunter, wenn es etwas zu rauben und zu plündern gab.

(Zuruf des Abgeordneten Sarrach [Die Linkspartei.PDS])

Bereits die Ansätze Ihrer famosen Förderpolitik sind - dies belegen die widersprüchlichen Aussagen des Wirtschaftsministers - in sich widersprüchlich.

Meine Damen und Herren, wenn der Wirtschaftsminister in meiner Zusammenfassung nicht mit Ruhm bedacht wurde, so sei mir dennoch gestattet, ihm in einer Entscheidung meinen Respekt zu zollen.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Er ist nicht da!)

Ich spreche von der Entscheidung, die Fördermittel für das

Niemeyer-Bad in der geforderten Höhe nicht auszureichen. Das ist aus Sicht unserer Fraktion eine richtige und kluge Entscheidung. Unter den vorgenannten Bedingungen der Brandenburger Wirtschaft könnten diese Gelder wahrhaftig für die Förderung eines innovativen Projektes bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsplätzen für Brandenburger verwendet werden. Eine andere Entscheidung würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Brandenburger verstehen oder gutheißen. Es ist unseren Bürgern nicht vermittelbar, dass ein solches Prunkbad in Potsdam notwendig ist, wenn in anderen Regionen aufgrund von Fördermittelmangel mittelständische Projekte im märkischen Sande begraben werden müssen.

Ich wünsche ihm den Mut und die Kraft, diese Entscheidung durchzustehen; denn sie ist in der gegenwärtigen Situation angebracht und notwendig.

(Beifall bei der DVU)

Herr Ministerpräsident, Ihr Vergleich mit der Rekonstruktion eines Hauses hinkt gewaltig. Ja, es wird viel Staub aufgewirbelt. Ja, es werden auch morsche Dielen herausgerissen. Jedoch werden niemals Zweifel am Gelingen aufkommen, weil dahinter ein echtes und durchkonstruiertes Projekt steht, was bei Ihrer Förderpolitik nicht der Fall ist.

(Beifall bei der DVU)

Abschließend zur neuen Förderpolitik noch eine Bemerkung. Mein Fraktionskollege Sigmar-Peter Schuldt hat vor nicht allzu langer Zeit das Handeln dieser Landesregierung mit dem eines wirtschaftlich denkenden Wurstbudenbesitzers verglichen.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Das passt ja!)

Ich möchte den Würstchenmann nicht nochmals bemühen, wobei der in diesem Vergleich ziemlich gut abgeschnitten hat. Ich formuliere es einmal sportlich: Wenn Sie mit der Form, in der Sie derzeit Förderpolitik betreiben, Fußball spielen würden, dann wäre der Abstieg von der Landesliga in die Kreisliga vorprogrammiert. Wenn man Ihr Salär dann auch noch nach Kriterien von Olympianormen und Sportförderung, nach dem Leistungsprinzip bemessen würde, wären Sie ganz schön arm dran.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Während für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Baaske ans Rednerpult tritt, begrüße ich mitten in der Debatte zur Regierungserklärung Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Stadtschule Altlandsberg.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Baaske (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Mai dieses Jahres besuchte ich als Fraktionsvorsitzender die Bäckerei Peter Dreißig in der Lausitz, wobei dieses Bäckereiunternehmen inzwischen über die Lausitz hinausgewachsen ist.

Ich weiß, dass Herr Dreißig CDU-Mitglied und Handwerkskammerpräsident ist. Dennoch habe ich bewusst diese Bäckerei als Beispiel gewählt, was ich am Ende meiner Rede kurz begründen werde.

Bei solchen Gesprächen frage ich regelmäßig, wie es mit den Fachkräften aussieht. Darauf antwortete Herr Dreißig, mit den Bäckern gebe es kein Problem, abgesehen von den jungen Leuten wegen des frühen Aufstehens. Aber er suche dringend Mechatroniker. Ich fragte ihn, wozu er Mechatroniker brauche, er sei doch Bäcker. Daraufhin zeigte er mir seine Backstube. Als ich sah, dass dort das Mehl für den Teig wie von unsichtbaren Händen verarbeitet wird - die Mitarbeiter sitzen an Displays und Computern, mit deren Hilfe die Geräte gesteuert werden -, wurde mir klar: Der Bäcker braucht tatsächlich einen Mechatroniker. Damit steht er vor dem Problem des Fachkräftemangels. Diese Bäckerei ist wirklich ein Hightechbetrieb. Das Einzige, was an eine Bäckerei erinnerte, war der Duft, der dort wahrzunehmen war.

Diese kleine Anekdote hat zwei Facetten. Es handelt sich um einen fast 100 Jahre alten Familienbetrieb, in dem es zu DDR-Zeiten 15 Mitarbeiter gab. Der Bäckermeister schilderte, die Menschen hätten damals freitagnachmittags bis Betriebsende angestanden, um in seiner Bäckerei Brot und Brötchen zu kaufen. Dieser Betrieb hat sich inzwischen zu einem mittelständischen Unternehmen mit 650 Mitarbeitern entwickelt. Das ist eine Erfolgsgeschichte, wie es viele gibt. Darauf können wir Brandenburger stolz sein.

Die zweite Facette: Im Land zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab; der Bäckermeister bekommt ihn deutlich zu spüren. Die Experten sagen für ganz Deutschland, insbesondere jedoch für Ostdeutschland und damit auch für Brandenburg voraus, dass in den nächsten fünf Jahren 100 000 und in den darauf folgenden fünf Jahren noch einmal 100 000 Fachkräfte gebraucht werden. Diese Entwicklung hat eine Ursache in der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur. Seit der Wende beobachten wir - gerade im Osten Deutschlands - niedrige Geburtenraten und sehr starke Wanderungsbewegungen in die Zentren, vor allem jedoch nach Westdeutschland.

Gleichzeitig werden die Menschen immer älter. Einerseits freuen wir uns darüber, andererseits stellt es die Gesellschaft jedoch vor eine große Herausforderung. Dieser demografische Wandel prägt die Gesellschaft bereits heute in vielen Bereichen. Vor allem die Bereiche Wachstum, Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben viel mit der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur zu tun. Das zeigt auch das Beispiel von Bäckermeister Dreißig in der Lausitz. Bis heute ist den Menschen dieser Prozess nicht bewusst. In der Politik galt die Bevölkerungsentwicklung lange Zeit als Tabuthema, mit dem man keine Wahlen gewinnen und keine Lorbeeren ernten konnte, mit dem man eher Frustration ausgelöst hat. Darum wurde es jahrzehntelang ignoriert; das ist besonders für den Rentenbereich dramatisch.

Zweifelsohne ist es ein Verdienst von Matthias Platzeck und der Brandenburger SPD, eine ehrliche Demografiedebatte angestoßen zu haben. Wir haben dieses Thema nach ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt, denn wir sind überzeugt: Nur wenn wir die Menschen mitnehmen und ihnen zeigen, in welchen Problemregionen sie arbeiten, leben und klarkommen müssen, werden sie bereit sein, notwendige Veränderungen

mitzutragen. Wir wollen Brandenburg gemeinsam mit den Menschen gestalten und erneuern.

(Beifall bei der SPD)

Seitdem in Brandenburg über die Herausforderungen der Zukunft offen gesprochen wird, entwickelt sich eine Haltung des Zupackens. Das ist sehr viel mehr wert als so manches Förderprogramm. Die Deutschen klagen zu viel. Wir klagen über die Globalisierung, den Niedergang der Industrien und das Bildungssystem, ohne den Versuch zu unternehmen, aus dem, was wir haben, das Beste zu machen. Als Beispiel führe ich die EU-Dienstleistungsrichtlinie an. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit Menschen aus Norwegen und Finnland - beides Hochlohnländer - zu reden. Sie akzeptieren die EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Fassung und sagen: Wir wollen, dass unsere Leute eine Chance haben, im Ausland zu arbeiten, und zwar unter den Bedingungen, die im eigenen Land gelten. - Wir jammern, und dort geht man in die Offensive. Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass man im Einzelfall klagt und jammert, aber wer immer nur jammert, lähmt sich und wirkt ängstlich. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber.

Die Demografiedebatte und der damit verbundene Lernprozess haben ein gutes Stück dazu beigetragen, dass wir Brandenburgerinnen und Brandenburger weniger jammern. Wir handeln und nehmen unsere Zukunft in die Hand. Die Neuausrichtung der Förderpolitik, die Matthias Platzeck heute dargelegt hat, geht direkt auf diesen Lernprozess zurück.

Bislang hatten wir eine Wirtschaftspolitik nach dem Prinzip der Gießkanne. Es gab nur wenige Schwerpunkte und Akzente.

(Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Wer hat dieses Prinzip beschlossen? Welche Regierung war das?)

- Herr Vietze, wo sind Sie denn zur Schule gegangen? Haben Sie nie gelernt, dass man zuhört und sich dann gegebenenfalls im Anschluss äußert?

(Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Herr Baaske, Sie sprechen vom Prinzip der Gießkanne! Ich frage Sie: Wer hat dieses Prinzip in diesem Landtag beschlossen?)

Präsident Fritsch:

Herr Vietze, Ihrer Fraktion stehen noch neun Minuten und sechs Sekunden Redezeit zu. Jetzt spricht Herr Baaske.

Baaske (SPD):

Überall im Land gab es damals einen riesengroßen Nachholbedarf. Darum war das Gießkannenprinzip seinerzeit nicht falsch, Herr Vietze. Wer hätte denn damals sagen wollen, wo sich welche Branche entwickelt und wo sich Schwerpunkte herausbilden? Es wäre doch klugscheißerisch gewesen, mit Vorahnungen daherzukommen und heute zu sagen: Wir haben alles vorausgesehen.

(Beifall bei der SPD)

Heute herrschen andere Rahmenbedingungen als damals. In Brandenburg haben sich mittlerweile Regionen und Branchen mit besonders großen Potenzialen herausgebildet. Außerdem

muss Brandenburg in Zukunft mit immer weniger Haushaltsmitteln auskommen. Die EU-Fördermittel, die GA-Förderung und auch die Solidarpaktmittel werden zurückgehen und wir werden insgesamt weniger Haushaltsmittel zur Verfügung haben.

Noch etwas gibt Anlass für die Neuausrichtung: Es ist bei uns nicht nur eine Abwanderung der Bevölkerung in andere Bundesländer zu verzeichnen, sondern auch eine Binnenwanderung. Es ist eine Abwanderung in die Zentren - nicht nur in den Speckgürtel um Berlin - zu beobachten.

Mit dem neuen Leitbild unserer Förderpolitik reagieren wir auf diese Herausforderungen. Es geht darum, die vorhandenen Mittel optimal zu verwenden und dort Impulse zu setzen, wo mittelfristig Arbeitsplätze und Wachstum entstehen können. Wir stärken unsere Stärken und zugleich wollen wir das gesamte System vereinfachen.

Herr Vietze, Frau Kaiser, Frau Hesselbarth, offenbar hat die Opposition nicht verstanden, was wir vorhaben. Darum will ich es kurz erläutern.

(Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Einige Mitglieder der Koalitionsfraktion haben es auch nicht verstanden!)

- Doch, ich denke schon. - Das Kabinett hat im Rahmen der neuen Förderstrategie 15 regionale Wachstumskerne ausgewählt. Das sind einzelne Städte und Städteverbünde. Künftig werden alle Ressorts der Landesregierung diese Wachstumskerne dabei unterstützen, ihre wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale zu entfalten. Die wirtschaftspolitischen Förderprogramme der Landesregierung konzentrieren sich dann ganz besonders auf diese Wachstumskerne. Die Mittel werden also räumlich gebündelt.

Daneben wird die Investitionsförderung in Zukunft auf bestimmte Branchen fokussiert. Wir haben 16 Schwerpunktbranchen mit sehr hohen Entwicklungspotenzialen identifiziert. Investitionen von Unternehmen in diesen Branchen wollen wir intensiv fördern, insbesondere dann, wenn sie an ausgewählten Schwerpunkttorten erfolgen. So sollen regionale Unternehmensnetzwerke entstehen. Diese werden zum einen Synergieeffekte erzeugen und zum anderen dafür sorgen - der Ministerpräsident hat das vorhin schon angesprochen -, dass die Unternehmen das Land nicht ohne weiteres verlassen können, weil sie fest in Strukturen eingebunden sind, die sie andernorts so nicht vorfinden werden.

Neben der Neuausrichtung der Förderstrategie verbessert das Land Brandenburg die wirtschaftliche Entwicklung mit drei weiteren Maßnahmen; nur diese drei will ich hier nennen. Erstens: ein Wachstumsprogramm für den Brandenburger Mittelstand. Dieser ist zweifelsohne das Rückgrat der Wirtschaft. Das Programm fördert kleinere und mittlere Unternehmen unabhängig von Ort und Branche, und zwar wesentlich unbürokratischer, als es bisher der Fall ist.

Zweitens: Berlin und Brandenburg werden das System der Landesplanung überarbeiten und - wie ich hoffe - erheblich vereinfachen. Berücksichtigt werden sollen insbesondere die Bevölkerungsentwicklung, aber auch die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. So wollen wir die europäische Metropolenregion Berlin-Brandenburg entwickeln.

Drittens: Wir werden Bürokratie abbauen, wie Kollege Lunacek bereits erläutert hat. In der Tat hat sich in den letzten 15 Jahren einiges angesammelt, was überprüft und gegebenenfalls über den Haufen geworfen werden muss. Herr Lunacek hat sich vorhin bei den Ministern bedankt. Das möchte ich an dieser Stelle nicht tun, denn es ist ja ihre Aufgabe, einen Beitrag zum Bürokratieabbau zu leisten. Ich möchte mich bei dem Ausschuss um Tina Fischer bedanken. Sie investieren viel Kraft in diese Arbeit und ich weiß, dass das nicht immer einfach ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die neu ausgerichtete Wirtschaftsförderung ist eine notwendige und ehrliche Politik. Es ist aber auch - das haben wir bei Diskussionen im Land erfahren - eine mutige Politik. Sie berücksichtigt Entwicklungen der Zukunft, setzt Prioritäten und verfolgt eine nachvollziehbare Logik. Sie gibt damit den wirtschaftlichen Akteuren im Land eine klare Orientierung.

Unser Strategiewechsel verdeutlicht, wie sehr Brandenburg in Bewegung ist. Hier entwickeln sich neue Chancen und Freiräume für wirtschaftliche Aktivität, Kreativität und Innovation. Nur durch diese Bewegung werden wir auch den eingangs beschriebenen Fachkräftemangel in den Griff bekommen. Die Schülerinnen und Schüler, aber auch die ausgebildeten jungen Fachkräfte müssen spüren, dass und wo sie in diesem Land Chancen haben. Ich spreche oft mit Schülern der 9. oder 10. Klasse und erlebe, dass sie resigniert haben. Sie wissen überhaupt nicht, dass wir im technischen Bereich dringend Fachkräfte suchen. Oftmals erlebe ich, dass sie gar keine Vorstellung von dem haben, was die brandenburgische Wirtschaft mit ihnen anfangen könnte - wenn sie denn da wären.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich erwarte, dass die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung auch ein sich selbst verstärkender Prozess wird und dass dieser auch gute Menschen anlockt, dass gute Menschen dann ins Land kommen und wiederum die Wirtschaft stärken und zu mehr Wachstum beitragen.

Diese Ausrichtung der Förderpolitik wurde vorhin durch die Fraktion der Linkspartei.PDS noch einmal massiv kritisiert. Sie glaubt, dass strukturschwache Regionen abgehängt und durch die neue Strategie ins Abseits gedrängt werden. Ich möchte dazu einmal Frau Enkelmann zitieren, die auf der Homepage der PDS Potsdam prophezeit:

„Viele Regionen werden noch schneller abgehängt, als dies jetzt schon der Fall ist.“

Diesen Satz sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: „Viele Regionen werden noch schneller abgehängt, als dies jetzt schon der Fall ist.“ Das heißt also, das von Ihnen befürwortete Gießkannenprinzip, das wir ja jetzt haben, sorgt dafür, dass es diesen Niedergang gibt, und man könne ihn wohl nicht aufhalten. Das unterstellen Sie.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich sage: Genau das ist eben nicht der Fall. Erstens gibt es keinen Niedergang - das werde ich noch einmal darlegen - und zweitens wollen wir aus den Erfahrungen der letzten 15 Jahre,

in denen wir nach dem alten Prinzip verfahren sind, logische Schlussfolgerungen ziehen und die vorhandenen Strukturen entsprechend ändern.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

- Frau Kaiser, jetzt fangen Sie an dazwischenzurufen. Vorhin, als Sie geredet haben, habe ich kein Wort gesagt, sondern auf die Uhr geschaut und mich gefragt: Wann kommt Frau Kaiser denn endlich einmal mit ihrem Konzept?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gesehen, dass Herr Christoffers nach vorn gekommen ist. Vielleicht hat er gefragt, wie viel Redezeit ihre Fraktion noch hat. Sie haben noch neun Minuten. Wenn Sie jetzt in neun Minuten ein Konzept wie Kai aus der Kiste zaubern, kann es aber auch nicht weit damit her sein.

(Lachen und Zurufe bei der Linkspartei.PDS)

Im Übrigen sind Sie bei der Kritik, die Sie vorgebracht haben, sehr widersprüchlich. Zum einen sagen Sie, die Entscheidung komme viel zu spät, andere Länder seien schon viel weiter. Danach kommen Sie daher und sagen: Ja, aber wollten wir nicht noch eine Weile diskutieren? - Sie haben dem Ministerpräsidenten am 17. November geschrieben, haben angeblich keine Antwort bekommen. Also wissen Sie: Zum einen haben Sie die Antwort noch im November vom CdS bekommen, und zwar schriftlich; lesen müssen Sie sie aber schon.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Da steht doch nichts drin!)

Aber den Brief haben Sie doch bekommen. - Zum anderen steht in diesem Brief sehr klar, dass wir eben jetzt entscheiden müssen, und zwar unter anderem wegen der neuen EU-Förderperiode.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Wir können leider nicht immer warten, bis die Fraktion der Linkspartei.PDS so weit ist - mit Verlaub! Meine Fraktionskollegen und ich diskutieren diesen Prozess seit Februar überall im Lande. Wenn Sie es nicht tun, bitte schön; dann liegt es aber nicht an uns.

(Starker Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

Es stimmt schlicht und ergreifend nicht, wenn Sie sagen, dass in diesem Land nichts passiert ist.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das haben wir gar nicht gesagt!)

Es stimmt doch einfach nicht, dass wir hier einen puren Niedergang oder Ähnliches erleben.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Natürlich haben Sie das gesagt. Sie haben doch alles schlechtgeredet, was in den letzten Jahren hier passiert ist.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das habe ich nicht! Ich kann Ihnen mein Manuskript zum Nachlesen geben!)

Schauen Sie sich einmal die Arbeitslosenstatistik dieses Jahres an! Wir hatten im November dieses Jahres eine Arbeitslosenquote von 16,5 %. Im Vorjahr lagen wir bei 17,8 %; das waren 1,3 % mehr.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Im Laufe dieses Jahres sind zudem noch etwa 50 000 Sozialhilfeempfänger in die Statistik aufgenommen worden. Das bitte ich dabei doch einfach einmal zu berücksichtigen. Das heißt, es geht jetzt doch voran im Land, und wir lassen uns das von Ihnen nicht zerreden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Unsere Förderstrategie „Stärken stärken“ hängt die dünner besiedelten Regionen und den ländlichen Raum keinesfalls ab. Das ist Blödsinn. So sind die ausgewählten Zukunftsbranchen unter anderem ja auch im ländlichen Raum angesiedelt. Matthias Platzeck hat das bereits eindrucksvoll beschrieben. Ich erinnere nur an die Landwirtschaft, die Ernährungswirtschaft und die Energiewirtschaft. Das sind Bereiche, deren Aktivitäten durchaus auch weit weg von Berlin stattfinden, und zwar, wie ich glaube, sehr erfolgreich.

Die 16 Zukunftsbranchen - von der Biotechnologie bis zur Papiertechnik - zeugen doch gerade vom Facettenreichtum der Brandenburger Wirtschaft, und regionale Wachstumskerne werden auch fernab von Berlin ausgewiesen. Ich erinnere hier nur an den Wachstumskern Westlausitz im tiefsten Süden des Landes. Wer wie die Linkspartei.PDS behauptet, durch unsere Förderstrategie entwickelten sich bestimmte Regionen - wie es heißt - „auf Kosten der anderen“, der hat das Prinzip einfach nicht verstanden. Es ist doch klar und wird von Wirtschaftsfachleuten auch nicht in Abrede gestellt, dass diese Zentren weit in die Peripherie hineinwirken. Das heißt also, auch die Peripherie wird direkt von dieser Zentrumsstruktur profitieren, sie wird auch davon ernährt werden. Die abgelegenen Regionen Brandenburgs werden also auch davon direkt profitieren.

Was mich aber am meisten stört - Kollege Lunacek hat das vorhin schon einmal in anderer Art und Weise gesagt -, ist, Frau Kaiser, die Angstmacherei, die Entmutigung und die Demotivation, die Sie in unserem Land betreiben. Ich weiß nicht, ob Opposition so sein muss.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

Wenn dem so wäre, dann hätte Franz Müntefering Recht, wenn er sagt, dass Opposition Mist ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Großen und Ganzen, glaube ich, kann Opposition durchaus konstruktiver sein. Wer daherkommt und die Abwanderung und Binnenwanderung, aber auch die Haushaltssituation und die Arbeitslosenstatistik hier leugnet, der ist nicht fair. Das kann nicht in Ordnung sein. Wenn Sie sich dabei als „links“ bezeichnen, behaupte ich: Sie sind nicht links, sondern Sie sind stockkonservativ, weil Sie auf dem beharren, was ist, und das sehr sturköpfig.

(Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

Das Motto unseres Wahlkampfes im vergangenen Jahr lautete:

„Mit dem Gesicht zu den Menschen“. Die Politik kann Erneuerungsprozesse nicht über die Köpfe der Menschen hinweg von oben verordnen. Nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Initiativen, Verbänden, mit der Unternehmerschaft, mit den Bürgermeistern, mit den Gemeindevertretern können wir erfolgreich sein.

Bei unserer Förderstrategie handelt es sich um einen gemeinsamen Prozess, einen Prozess, der jetzt erst richtig beginnt. Zu diesem Prozess gehört, dass die beteiligten Akteure die neue Förderpolitik überhaupt verstehen.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Jedes Jahr dasselbe!)

Darum müssen wir auch vor Ort den Menschen erklären, warum wir was wie genau machen und erreichen wollen. Besonders die Abgeordneten dieses Hauses sind dabei gefragt, genau diese Aufklärungsarbeit im Einzelnen zu leisten. Das als Erstes.

Zu diesem Prozess gehört zweitens, dass die regionalen Wachstumskerne hart weiterarbeiten. Dazu müssen alle Akteure der jeweiligen Wachstumskerne verstärkt miteinander ins Gespräch kommen: Vertreter der Ortschaften, der Städteverbünde, Unternehmer und Initiativen. Die Wachstumskerne müssen ihre Eigenpotenziale stärker mobilisieren, beispielsweise auch eigene Finanzmittel stärker bündeln.

Diese lokalen Kommunikationsprozesse, für die wir auch Anreize schaffen wollen, sind äußerst wichtig für diese Regionen. Ich rufe die betreffenden Abgeordneten dazu auf, diese Prozesse tatkräftig zu unterstützen.

Auch für jene Regionen, die keine regionalen Wachstumskerne geworden sind - Frau Kaiser, Sie haben vorhin danach gefragt - geht natürlich die Arbeit weiter; denn „Prozess“ bedeutet - drittens -, wie ich es jedenfalls verstanden habe, dass die Wachstumskerne und Branchen nicht für immer und ewig festgelegt sind.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

„Prozess“ bedeutet „offener Prozess“. Wirtschaft ist doch nichts Statisches, sondern etwas wunderbar Dynamisches. Also muss auch die Politik entsprechend dynamisch sein und handeln.

(Beifall bei SPD und CDU)

So habe ich auch verstanden, dass Regionen aus dieser Konzeption wieder herausfallen können, wenn wir feststellen, dass dort nichts passiert. Natürlich muss das so sein. Dafür können andere Regionen zu Wachstumskernen werden, wenn wir merken, dass dort ein Prozess stattfindet, der von uns unterstützt werden muss. Selbstverständlich ist das so:

(Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

Anstrengung lohnt sich. Ich finde zum Beispiel auch, Frau Kaiser, dass die Region Teltow/Stahnsdorf/Kleinmachnow große Potenziale hat, und ich glaube auch, dass wir, wenn die Bürgermeister in den nächsten Jahren dort noch intensiver zusammenarbeiten werden, über diese Region noch einmal anders nachdenken müssen. Natürlich glaube ich das. Aber der

Anreiz ist jetzt erst einmal: Steckt eure Köpfe zusammen, versucht jetzt, unter den gegebenen Bedingungen, möglichst viel zusammen zu machen. Und dann werden wir neu darüber befinden.

Neben den regionalen Wachstumskernen werden wir auch die Branchen noch einmal evaluieren müssen, und ich meine, dass wir das durchaus schon im übernächsten Jahr, zumindest Ende des übernächsten Jahres, tun sollten.

Viertens bedeutet „Prozess“ aber auch, dass die Politik - ich sagte es schon - ihre Strategie immer wieder überdenken und verbessern muss. Beispielsweise gibt es gute Argumente dafür, zu sagen, dass wir die Interaktionsprozesse, die Kommunikation, nicht nur innerhalb der Branchen, sondern auch über die Branchengrenzen hinweg führen müssen. Natürlich muss das stattfinden, und ich glaube, dass man so auch kreative Prozesse in Gang setzen kann.

Fünftens - und nicht zuletzt - werden wir auch weiterhin über eine zusätzliche Förderung der berlinnahen Regionen nachdenken. Matthias Platzeck hat in seiner Rede Brandenburg als Land der Bewegung bezeichnet. Wenn man sich bewegen will, braucht man Muskeln. Die Muskeln müssen angetrieben werden, sie müssen vom Herzen versorgt werden. Wir wissen, dass das Herz der Brandenburger Wirtschaft das Berliner Umland ist. Genau deshalb müssen wir dieses stärken und unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich habe meine Rede mit dem Beispiel des Bäckermeisters Peter Dreißig aus Guben begonnen. Dies habe ich auch deshalb gewählt, weil es für das anpackende Land Brandenburg steht. Brandenburg hat große Herausforderungen vor sich; andere Gegenden in Deutschland werden das jetzt noch erfahren und spüren. Wie wir diese Herausforderungen bewältigen, wird von anderen deshalb mit besonders großem Interesse verfolgt. Die Neuausrichtung der Förderstrategie ist bundesweit wahrgenommen worden und hat zu dem positiven Image eines anpackenden Brandenburgs beigetragen. Die psychologische Wirkung dieses Imagewandels sollten wir uns keinesfalls zerreden lassen, wir sollten sie nicht unterschätzen.

Ich habe das Beispiel von Bäckermeister Peter Dreißig gewählt, weil wir über die Parteigrenzen hinweg in unserem Land zu mehr Gemeinsamkeit im Handeln kommen sollten. Unendlich viele Chancen haben wir nicht. Darum sage ich: Lassen Sie uns die Chancen, die wir haben, gemeinsam anpacken und zum Wohle unseres Landes nutzen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Ich begrüße jetzt unsere Gäste, die Abgeordneten des Agrarausschusses der russischen Staatsduma, die sich bei uns über ländliche Entwicklung und Landwirtschaft informieren wollen. Viel Erfolg dabei!

(Allgemeiner Beifall)

Nun bekommt der Abgeordnete Vietze Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Vietze (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Kurzintervention angemeldet, um einem Eindruck, der hier mehrfach sowohl durch den Ministerpräsidenten als auch jetzt durch den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion vermittelt wurde, klarstellend entgegenzuwirken, und zwar nicht aus Klugscheißerei, wie angedeutet wurde, sondern einfach aus Gründen der Fairness im Umgang mit einem wichtigen Thema.

Die Landesregierung begründet heute die Notwendigkeit der Veränderung ihrer Förderpolitik. Das ist ihr gutes Recht und das ist wegen der Gegebenheiten auch notwendig. Das Prinzip der Gießkannenförderung, das hier immer unterstellt wird, mit dem man jetzt endgültig brechen wolle, hat es in einer Beschlusslage dieses Parlaments aber nie gegeben. Es hat in diesem Parlament nur eine Entscheidung durch die Mehrheit gegeben, die in diesem Land immer regiert hat und die in besonderer Weise von der SPD gestellt war; denn es waren immer mit Richtlinienkompetenz ausgestattete Ministerpräsidenten, die der SPD angehörten bzw. angehören. Gegenstand dieser Entscheidung war jenes bedeutende Konzept, mit dem in besonderer Weise auf die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes mit viel Inspiration eingewirkt worden ist, nämlich das Konzept der dezentralen Konzentration, bei dem davon ausgegangen wurde, dass es ein Wirtschaftswachstum insbesondere durch die Eigenkräfte der Wirtschaft im berlinnahen Raum gibt und eine gezielte Förderung in den berlinfernen Regionen erfolgen soll. Es gab dann noch ein ganz tolles Konzept, nämlich das der Leuchttürme.

Wenn man das Konzept verändern muss, weil sich die Bedingungen geändert haben, dann gehört es zur Fairness, auch zu sagen, was die „erfolgreichsten Jahre der Entwicklung dieses Landes“ geprägt hat, nämlich die schöpferische Umsetzung des Prinzips der dezentralen Konzentration durch diese Regierung. Die Würdigung, die man da verbunden mit Selbstlob vornimmt - es wurde genügend aus Zeitungen zitiert, wie erfolgreich diese Regierung arbeitet -, kann etwa lauten: Jawohl, wir haben viel geschafft - EKO, Schwedt -, es wurden viele Standorte erhalten, und es wurden neue Standorte - für Biodiesel, Solarenergie und anderes - geschaffen. Was wir damit geschaffen und was wir erhalten haben, reicht aber nicht aus. Deswegen folgt jetzt ein neuer Denkansatz.

Damit diskreditiert man niemanden. Da nimmt man die Menschen im Land, die bisher dieses Konzept mitgetragen haben, möglicherweise mit und man schafft zugleich mehr Souveränität und Sicherheit. Nur mit der Erwartungshaltung: „Das Land gibt sich einen Ruck und ist in Bewegung.“ ist es aber nicht getan. - Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Baaske hat Gelegenheit, zu reagieren; er hat auch drei Minuten Redezeit.

Baaske (SPD):

Wissen Sie, Herr Vietze, ich hätte vielleicht gar nichts von Klugscheißerei gesagt, wenn von Ihnen irgendwo ein Vorschlag gekommen wäre, wie es denn anders gehen kann.

(Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

- Ich habe noch nie etwas davon gehört, dass Sie irgendein Wirtschaftsförderkonzept oder Strukturkonzept vorgelegt hätten. Zwar kenne ich Ihr Regionalkonzept, aber Sie meinen doch nicht etwa ernsthaft, dass man das hier diskutieren kann.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Sie sind ja auch noch nicht lange hier! - Zuruf des Abgeordneten Vietze [Die Linkspartei.PDS])

- Herr Vietze, ich habe Sie eben auch ausreden lassen. Was soll denn das jetzt?

(Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Seit 15 Jahren, von der Streusandbüchse Brandenburgs bis jetzt!)

Ich habe vorhin schon deutlich gesagt: Bisher war dieses Prinzip der Gießkanne doch nicht falsch. Machen wir uns nichts vor: Wir hatten in den Anfangsjahren doch gar keine andere Chance.

(Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

- Das habe ich doch vorhin schon gesagt. Sie hätten einfach zuhören müssen.

Präsident Fritsch:

Bitte keine Zwiegespräche! Sonst beende ich die Debatte.

Baaske (SPD):

Manchmal frage ich mich wirklich, wo Sie zur Schule gegangen sind. Ich lasse Sie doch auch ausreden.

Ich habe vorhin schon gesagt: Es ist doch Tatsache, dass vor 15 Jahren - auch vor zehn Jahren - niemand explizit sagen konnte: Das und das wird sich im Lande entwickeln. - Der Ministerpräsident hat das deutlich gemacht. Hätten Sie denn vor zehn oder zwölf Jahren gesagt: „Wir werden das Land sein, in dem Solarkollektoren in einer Größenordnung gebaut werden, dass wir damit europaweit Konkurrenz machen können.“? Hätten Sie gedacht, dass wir hier Biodiesel und ähnliche Produkte in Größenordnungen produzieren, dass uns andere Standorte darum beneiden? Wer wäre darauf gekommen, dass die Papierindustrie in Schwedt einmal das Highlight wird?

Das hat sich entwickelt und jetzt müssen wir darauf reagieren. Genau darum geht es. Ich habe doch nicht gesagt, dass das, was gelaufen ist, Unsinn war. Ich habe nur gesagt: Wir können nicht darauf beharren. - In der Rede von Frau Kaiser vorhin habe ich nur gehört, dass das, was wir tun, grundfalsch ist. Ich habe nur gehört: Das ist falsch, das ist falsch und das ist falsch. - Ich habe nicht gehört: Wir würden mal etwas anderes tun. - Menschenkind, kommen Sie doch mal rüber und sagen Sie, was Sie wollen. Fangen Sie vielleicht damit an, bevor Sie alles andere zerreden. Das wäre ein vernünftiger Weg. - Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die reguläre Debatte mit dem Beitrag des Abgeordneten Christoffers für die Linkspartei.PDS-Fraktion fort.

Christoffers (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Baaske, ich weiß nicht, ob Regierungskoalitionen und -fraktionen so sein müssen, aber ich kann Ihnen sagen: Die Förderung regenerativer Energien einschließlich Solartechnik war Bestandteil der Debatte um das Energiekonzept des Landes Brandenburg von 1994.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist doch kein Zufall, dass wir da sind.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zuruf des Abgeordneten Baaske [SPD])

Wenn Sie sich das Energiekonzept anschauen, sehen Sie, dass die Vorschläge, die die PDS damals in einer anderen politischen Situation und politischen Kultur eingebracht hat, zum Teil eins zu eins übernommen worden sind; denn wir haben uns immer dazu bekannt.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Im Übrigen, Herr Baaske, habe ich auch in der Vergangenheit nicht Tausende von Brandenburgern kennen gelernt, die gejamert haben. Ich habe Unternehmer kennen gelernt, die etwas gemacht haben. Ich habe Menschen kennen gelernt, die Mobilität vorgelebt haben, also das, was wir immer von ihnen fordern. Ich habe Menschen erlebt, die ihr Leben in die eigene Hand genommen haben. Ich finde es unfair, zur Begründung einer neuen Förderstruktur jetzt Brandenburgerinnen und Brandenburgern vorzuwerfen, sie hätten früher nur gejamert, und zu sagen, jetzt gehe ein Ruck durch das Land.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Lunacek, ich befürchte, Ihre Bewegung nach vorn wird in einer Kreisbewegung und im Nebel enden. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Was ich heute gehört habe, waren sehr viele Losungen, das war sehr viel Bildersprache. Ich habe aber kein Konzept für die Entwicklung dieses Landes vernommen.

Herr Ministerpräsident, Prognosen sind immer schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Deswegen wird niemand von einer Regierungserklärung letztendliche Weisheiten und Wahrheiten erwarten, genauso wenig wie eine Opposition davon ausgeht, dass sie immer Recht hat. Das unterscheidet sie manchmal von Regierungskoalitionen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Erwartungen an Ihre Rede waren groß. Dabei haben wir hier in Brandenburg wohl zu Recht erwartet, dass Sie als Bundesvorsitzender der SPD deutlich machen, welche Rolle das Land Brandenburg in den künftigen Debatten um die Neuaufteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern spielen soll. Ihre Kollegen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben das gestern getan. Sie haben sich zu Fragen der Föderalismusdebatte, des Finanzausgleichs und auch der Ostförderung positioniert.

Natürlich haben die betreffenden Entscheidungen auf Bundesebene massiven Einfluss darauf, wie wir im Land Brandenburg

eine eigene Strategie umsetzen können. Ich finde, es wäre Ihre Verantwortung gewesen, in dieser Regierungserklärung den gesellschaftlichen Kontext der Bundesrepublik als eine der Begründungen für die Notwendigkeit zur Veränderung der Förderlogik und Förderstruktur mit einzubringen. Das haben Sie nicht getan. Deswegen hat Ihre Rede aus meiner Sicht den Erwartungen nicht entsprochen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede davon gesprochen, dass ein Ruck durch das Land geht. Sie knüpfen damit an die so genannte Ruck-Rede von Altbundespräsident Herzog an. Ich kann Ihnen nur sagen: Was Herr Herzog damals gemacht hat, das haben Sie mit Ihrer Rede nicht geschafft,

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

weil es letztlich nicht um einen gesellschaftlichen Ruck in Brandenburg geht, sondern es sich reduziert hat auf psychologische und emotionale Aspekte dessen, was sich angeblich verändert hat, und auf eine Begründung von regionalen Wachstumskernen, ohne Kriterien dafür zu definieren, warum sie als solche ausgewählt worden sind. Insofern bin ich enttäuscht.

Das ist, glaube ich, das eigentliche Problem: Wir alle haben hier oft beklagt, dass der Glaubwürdigkeitsverlust von Politik in den letzten Jahren zugenommen hat. Wir alle reden von Veränderungen im politischen Spektrum, in dem massiv rechts gewählt wird. Niemand von uns - da schließe ich meine eigene Partei ausdrücklich ein - hat aber das Recht, in irgendeiner Form das Scheitern von positiven Entwicklungen zu wünschen; denn wir alle wollen nicht die chinesische Variante.

Wenn wir aber gemeinsam handeln wollen - das Interesse dafür haben wir, weil uns an diesem Land etwas liegt, weil wir wirtschaftliche Stabilität und soziale Entwicklung wollen -, setzt das voraus, dass wir uns endlich von einem Politikstil verabschieden, bei dem es heißt: Die einen haben immer Recht und die anderen haben sowieso keine Ahnung. - Deswegen lohnt es sich nicht, mit ihnen zu reden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Baaske, wenn es die Fraktion der Linkspartei.PDS im nächsten halben Jahr schafft, die Leitbilddebatte, die wir begonnen haben und von der Frau Kaiser heute gesprochen hat, zusammen mit den Akteuren zu einem Erfolg zu bringen, dann sind wir wesentlich schneller als Sie. Denn wir stehen nicht erst am Beginn einer neuen Phase der Entwicklung, sondern wir sind schon lange mittendrin. Bereits seit Ende der 90er Jahre ist das Umsteuern notwendig.

Herr Baaske, ich kann Ihnen das gern übergeben. Als ehemaliger Landesvorsitzender der PDS kann ich Ihnen nur sagen, sowohl was meine Partei als auch meine Fraktion hier betrifft: Der Umfang von Änderungsvorschlägen zu Haushaltsberatungen, zu Beratungen über Konzepte - das geht bis zum Vorlegen eigener Konzepte - ist sehr groß. Vielleicht unterscheidet uns eines: Ich lese das, was Sie schreiben. - Es wäre gut, wenn dies manchmal auch umgekehrt der Fall wäre,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

statt den Vorwurf zu erheben, dass von uns keine konzeptionel-

le Arbeit geleistet werde. Das ist der Ausdruck eines Stils, den wir hier nicht brauchen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der heutigen Regierungserklärung wurden 15 regionale Wachstumskerne definiert. Die Kriterien, die benannt worden sind, lauten: 20 000 Einwohner, Ausstrahlungskraft auf das Land und erhebliche wirtschaftliche bzw. wissenschaftliche Leistungsfähigkeit. Wenn ich diese Kriterien als Maßstab nehme, dann frage ich mich, warum Standorte wie Kleinmachnow, Teltow und Stahnsdorf und auch Falkensee/Nauen, Rüdersdorf/Erkner, sowie eine ganze Reihe von Einzelstandorten, an denen es Unternehmen mit bis zu 800 Beschäftigten gibt, nicht genannt worden sind.

In welcher Beziehung stehen die 15 regionalen Wachstumskerne zu den mehr als 70 Branchenschwerpunktorten? Wie viel Geld steht eigentlich zur Verfügung? Sowohl in den Branchenschwerpunktorten als auch in den regionalen Wachstumskernen sollen ja die etwa 50 wirtschaftlich relevanten Förderprogramme gebündelt werden, um harte und weiche Standortfaktoren zu entwickeln. Welches Versprechen ist hier hinsichtlich der Perspektive der finanziellen Situation des Landes Brandenburg abgegeben worden? Wie darf ich verstehen, dass in der Regierungserklärung wie auch in der Vorlage des Berichts steht: In Bezug auf die Landesplanung ist zu einem späteren Zeitpunkt zu klären, ob und gegebenenfalls in welcher Weise die regionalen Wachstumskerne Aufnahme finden?

Meine Damen und Herren, Sie schaffen jetzt Tatsachen, Sie schaffen jetzt Entwicklung, Sie geben jetzt Geld aus und wollen erst in der Perspektive klären, wie die Sachverhalte, die in den nächsten zwei Jahren eingeleitet werden, in eine politische Zielbestimmtheit der Region Berlin-Brandenburg passen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Gefahr, dass Fehlentwicklungen eingeleitet und finanziert werden und wir dann wieder begründen müssen, warum eine Änderung notwendig ist, ist riesen groß.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb, Herr Baaske: In neun Minuten kann ich zwar kein Konzept entwickeln, was Sie mir nachsehen werden; aber ich kann Ihnen eines empfehlen. Vielleicht wäre es günstig, einmal eine Denkpause einzulegen und sich auf wirklich unstrittige Sachverhalte zu konzentrieren nach dem Motto: Was wird denn bei einer politischen Zielbestimmtheit auch in der Perspektive auf jeden Fall eine Rolle spielen? - Das sind natürlich alle Standorte von Hochschulen. Wir haben dort genug zu tun. Es sind unstrittige Standorte wie Schwedt, Eisenhüttenstadt, Schwarzheide oder Ludwigfelde.

Wenn wir uns in den nächsten zwei Jahren auf solche unstrittigen Standorte und Entwicklungen konzentrieren und dann gemeinsam mit den Regionen einschließlich der Kreise, die jetzt sozusagen hintenuntergefallen sind, ein gemeinsames Leitbild entwickeln, regionale Stärken identifizieren und dies gemeinsam mit ihnen umsetzen, dann wäre das ein Prozess, der der Region Berlin-Brandenburg gut tun würde. Wir könnten Entwicklungspotenziale identifizieren, Wertschöpfung sichern und auch Beschäftigung generieren. Ich meine, das sollte das gemeinsame Ziel sein.

Die Art und Weise, wie jetzt begonnen wurde, hat dazu geführt, dass ein Rennen um das Generieren politischen Ein-

flusses entstanden ist, weil jede Ortschaft, jeder Bürgermeister völlig zu Recht auf irgendeiner Liste landen wollte, weil sonst die Gefahr bestand, dass man zukünftig keine Fördermittel mehr bekommt. Das hat aus meiner Sicht mit einer neuen politischen Zielstellung für das Land Brandenburg wenig zu tun.

Eine Veränderung der Förderlogik und der Förderstruktur ist eigentlich Ausdruck einer politischen Zielbestimmung. Diese politische Zielbestimmung ist in der heutigen Regierungserklärung nicht definiert worden; denn „Stärken stärken“ ist keine politische Zielbestimmung, sondern eine Losung und hat als Losung keinen Wert.

Ich möchte noch einmal an uns alle appellieren, die politische Zielbestimmung im Land Brandenburg gemeinsam mit allen Akteuren zu suchen und zu finden. Denn machen wir uns nichts vor: Nach 15 Jahren sehr vieler Versprechen einer schnellen und positiven Entwicklung gibt es eine Erwartungshaltung, die zu enttäuschen wir uns alle gemeinsam nicht noch einmal leisten können. Weil wir hier in einer Verantwortung stehen, möchte ich deutlich sagen: Meine Fraktion ist bereit und fähig, sich mit eigenen Konzepten, Vorschlägen und Ideen in die Debatte einzubringen, und zwar nicht im Sinne eines Alleinvertretungsstandpunktes, sondern schlicht und ergreifend, weil wir meinen, dass Konzeptionen und Vorstellungen diskutiert und ausgewertet werden und in die Zielbestimmung einfließen sollten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Präsident Fritsch:

Sie sind bereits am Schluss.

Christoffers (Die Linkspartei.PDS):

Ich darf vielleicht noch einen Satz sagen, Herr Präsident?

Herr Baaske, wissen Sie, was mich maßlos geärgert hat? Wir hatten hier vor kurzem die Debatte um die Branchen. Ich habe Ihnen damals gesagt: Die 17 Branchen - nicht 16 -, die wir haben, sind von der finanziellen Situation des Landes her gesehen ein Unding. Sie selbst haben heute zugegeben, dass wir die Zahl in zwei Jahren möglicherweise reduzieren müssen. Ich sage Ihnen noch einmal: Stimmen Sie sich mit Berlin ab, konzentrieren Sie sich auf vier oder fünf Branchen! Gehen Sie den Weg von Baden-Württemberg! Auch dort ist die allgemeine Wirtschaftsförderung nicht heruntergefallen. Baden-Württemberg hat nun wirklich einen sehr guten Ruf. Wenn wir uns stärker konzentrieren, dann kann sich eine Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung in Verbindung mit einer neuen Zielbestimmung tatsächlich in einer positiven Entwicklung des Landes niederschlagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Es gibt Bedarf für eine aktuelle Kurzintervention durch den Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Christoffers, Sie wissen, dass ich Ihnen immer sehr aufmerksam zuhöre. Deshalb muss ich auf das, was Sie gesagt haben, reagieren.

Erstens: Das war heute eine Regierungserklärung zu einem ganz bestimmten Thema. Das war so angekündigt. Dieses Thema lautete nicht etwa, die Welt in ihrer Gänze zu erklären oder zur Föderalismusreform oder am Ende noch zu CIA-Flügen und Ähnlichem Stellung zu nehmen, sondern es ging ganz klar um die neue Konturierung der Förderpolitik in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Das muss man erst einmal feststellen, wenn Sie jetzt einen solchen Weltentwurf erwarten und alles aufzählen, was Kollegen in den letzten drei Tagen sonst noch zur Entwicklung in der Bundesrepublik gesagt haben. Das war nicht Thema dieser Regierungserklärung.

Zweitens bitte ich zu berücksichtigen - ich habe es in meiner Regierungserklärung expressis verbis auch zum Ausdruck gebracht -, dass wir mitnichten der Meinung sind, immer und zu jedem Zeitpunkt die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben. Ganz im Gegenteil. Wir haben deshalb zehn Regionalkonferenzen abgehalten, um den gesamten Input, der möglich ist, mit einzubringen, aufzunehmen und umzusetzen. Natürlich haben Sie Recht, man kann auch 100 oder 500 solcher Veranstaltungen organisieren, aber dann tut sich gar nichts mehr im Lande. Irgendwann muss nach einer demokratischen Diskussion auch eine Entscheidung getroffen werden. Denn Regieren heißt auch zu entscheiden und zu führen; sonst passiert im Lande nichts mehr.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Drittens: Sie haben es nicht unterstellt, aber bei Ihrer Fraktionsvorsitzenden klang etwas ganz klar an, was ich nicht zulassen werde. Wir - beide Koalitionspartner - haben an vielen Stellen immer wieder sehr deutlich gesagt: Was wir jetzt machen, baut auf einer großen Leistung der Menschen in Brandenburg in den letzten 15 Jahren auf. Dass wir heute auf 16 Zukunftsbranchen und auf 15 Wachstumskerne und -regionen setzen können, hat damit zu tun, dass mit guten Ideen und viel Kreativität, auch mit einer guten Regierungsarbeit, das im Land überhaupt entstehen konnte, auf dem wir heute aufbauen.

(Beifall bei der SPD)

Davon lassen wir nicht irgendetwas in Abrede stellen. Allerdings kommt immer im Leben der Zeitpunkt, zu dem die herkömmlichen Mechanismen nicht mehr ausreichen, zu dem weiterentwickelt und umgesteuert werden muss. Dieser Zeitpunkt ist jetzt erreicht.

Aber eines - das ist mein vierter Punkt - will ich hier auch ganz klar sagen: Diese Regierungskoalition wird nicht zulassen, dass die Leistungen, die Chancen und die Möglichkeiten dieses Landes klein- und schlechtgeredet werden, sondern wir werden in diesem Lande Mut machen. Ich weiß, das Lebenselixier der PDS ist es, die Chancen des Landes kleinzureden; denn ansonsten würde sich niemand um Sie kümmern.

(Oh! bei der Linkspartei.PDS)

Wir aber wollen den Menschen Chancen geben und darüber reden. Das werden wir auch zukünftig machen. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Christoffers hat Gelegenheit zu reagieren.

Christoffers (Die Linkspartei.PDS):

Herr Ministerpräsident, das verbindet uns beide: Auch ich höre Ihnen immer aufmerksam zu.

Deswegen will ich - erstens - feststellen: Meine Fraktion, die der Linkspartei.PDS, hat die Leistungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger immer gewürdigt und nie versucht, positive Entwicklungen schlechtzureden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Opposition und Regierung bei einer ganzen Reihe von Standortentscheidungen - damit meine ich ausdrücklich nicht die Chipfabrik, sondern ich denke an Rathenow und viele weitere Standorte - gemeinsam agiert und versucht haben, Entwicklungen sicherzustellen. Ich finde es schlicht und ergreifend unfair, in der aktuellen Situation aus Gründen der politischen Opportunität so zu tun, als würden die Fraktion der Linkspartei.PDS oder meine Fraktionsvorsitzende Leistungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger kleinreden oder positive Entwicklungen negieren. Das haben wir nicht getan und das werden wir auch nicht tun. Das ist nicht der politische Anspruch, mit dem wir hier im Landtag Brandenburg agieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zweitens: Herr Ministerpräsident, ich hatte nicht die Erwartungshaltung, dass Sie Gott und die Welt erklären würden. Wenn Sie die Bedingungen selbst benennen - Verengung unseres finanziellen Rahmens ab 2007 bis 2019, Entscheidungen auf Bundesebene im Rahmen der Föderalismusdebatte - und wenn sich andere Ministerpräsidenten dazu positionieren, dann hätte ich von Ihnen aber erwartet, dass Sie diesen Kontext aufnehmen.

(Schippel [SPD]: Etwas nicht zu kommentieren ist auch eine Positionierung!)

Das wäre eine Begründung für die Veränderung der Bund-Länder-Beziehungen gewesen; denn wir brauchen gesellschaftliche Mehrheiten, wenn wir für eine Veränderung von Förderlogik und Förderstruktur werben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Die Debatte beschließt der Abgeordnete Müller für die SPD-Fraktion.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem, was alles gesagt wurde, ist es jetzt, zu so einem späten Zeitpunkt, relativ schwierig, in die Debatte einzusteigen; ich werde es dennoch versuchen.

Wir standen vor 16 Jahren vor großen Herausforderungen, die im Wesentlichen mit der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und der Wiedervereinigung zusammenhingen. Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind aber nicht kleiner geworden. Immer noch haben wir das Problem, die Nachwirkungen der deutschen Teilung miteinander bewältigen zu müssen. Hinzu kommt etwas, was wir unter dem Stichwort Globalisierung zusammenfassen. Eine Epoche geht zu Ende. Über 200 Jahre, vielleicht länger, war die Quelle des deutschen Wohlstandes, dass die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland, aber auch in Europa insgesamt höher als in vielen anderen Teilen der Welt war.

Diese Zeit ist vorbei. Mittlerweile sind andere genauso gut, manchmal sogar besser als wir. Wir stehen heute in einem Wettbewerb der Regionen. Damit meine ich nicht den Wettbewerb zwischen der Lausitz und der Uckermark oder zwischen Berlin und Brandenburg, sondern den Wettbewerb unter den europäischen, aber auch mit den außereuropäischen Regionen. Auf diesem Feld wird sich der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik entscheiden. Wenn wir den Blick dafür verlieren, fangen wir an, uns etwas vorzumachen.

Deswegen ist die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik - und damit der Förderpolitik - unausweichlich. Es ist das Verdienst von Matthias Platzeck, diese Neuausrichtung angestoßen und damit einen Prozess in Gang gesetzt zu haben, der unterdessen zu durchaus wesentlichen Ergebnissen geführt hat.

Die eingeschlagene Richtung stimmt: Die Förderpolitik wird stärker regional und sektoral konzentriert. Unterschiedliche Förderprogramme werden gebündelt und Anreize zur Selbstorganisation gesetzt; zwischenzeitlich erfolgt die Umsetzung. Wir haben einen Prozess angeregt, der weitergehen und zu neuen Antworten führen wird.

Denn es bleiben immer noch Fragen offen. Wir wissen jetzt, wie wir mit einigen Regionen Brandenburgs umgehen. Wir wissen aber auch, dass andere Länder klarere Prioritäten gesetzt und sich zum Beispiel auf wenige Branchen als Kompetenzschwerpunkte verständigt haben. Insofern ist zu erwarten - das ist heute schon deutlich geworden -, dass auch in Brandenburg die Förderpolitik weiter konzentriert werden muss. Wir werden diesen Prozess miteinander diskutieren und gestalten müssen.

Größere Sorgen bereitet mir eine andere Frage: Welche Strategie haben wir für die Nutzung des Potenzials des Berliner Umlandes? Haben wir überhaupt eine Strategie bzw. ein Konzept? Damit bin ich bei einem Schlüsselthema für unsere Region Berlin-Brandenburg. Brandenburg bildet keine eigene Wirtschaftsregion und darf nicht isoliert betrachtet werden. Wirtschaft und Wissenschaft in Brandenburg sind ganz klar und untrennbar mit Wirtschaft und Wissenschaft in Berlin verbunden. Wir haben einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und einen gemeinsamen Arbeitsmarkt. Nur gemeinsam sind wir stark. Nur gemeinsam können wir erfolgreich - oder auch weniger erfolgreich - sein.

Das geht nicht bloß uns so. Europaweit sind Metropolregionen derzeit ein ganz wesentlicher Bereich der Diskussion. Metropolregionen bilden sich heraus und stehen miteinander im Wettbewerb. Diese Regionen versuchen etwas, was auch wir versuchen müssen, nämlich alle ihre Stärken in der Gesamtregion, der Metropole und ihrem Umland - deswegen „Metropolregion“ -, in die Waagschale zu werfen. Nur wenn dies gelingt, wird man erfolgreich sein.

In Deutschland gibt es elf Metropolregionen. Dazu gehören Frankfurt am Main, Hamburg und München. Dort werden zwischenzeitlich Konzepte entwickelt - und zwar in der gesamten Region! -, um die Kräfte zu bündeln.

Seit einiger Zeit liegen Vergleichszahlen vor. Ich will nichts schlechtreden, aber doch deutlich machen, dass es durchaus noch Punkte gibt, die einen nachdenklich stimmen müssen; denn anhand der Vergleichszahlen wird deutlich, dass wir an manchen Stellen gar nicht so gut aussehen, wie wir denken. Zum Beispiel kommt bei uns auf 2,9 Einwohner ein Arbeitsplatz. In der Metropolregion München sind es 1,7 Einwohner, in Madrid 2,3 und in Warschau 2,5. Auch in Warschau ist also das Verhältnis mittlerweile besser als bei uns.

Wenn man sich das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt - nach Kaufkraftstandards - betrachtet, stellt man fest: Bei uns beträgt es 19 000 Euro. In München sind es 40 000 Euro; ich glaube, das verwundert hier niemanden. In Madrid liegt der entsprechende Wert bei 26 000 Euro, in Warschau bei 20 000 Euro - 1 000 Euro mehr als bei uns! Dort sind Entwicklungen im Gange, die sich nicht nur in höheren Wachstumsraten manifestieren; auch hinsichtlich der Ist-Werte ist man dort dabei, uns zu überholen. Das muss für uns Anlass sein, unsere Kräfte noch stärker als bisher zu bündeln. Wir stehen ein Stück weit in der Gefahr, von den dort ablaufenden Entwicklungen abgehängt zu werden.

Damit komme ich auf den Punkt. Ich habe die Frage gestellt, ob wir ein Konzept, eine Strategie haben, wie wir mit dem Umfeld von Berlin umgehen wollen. In allen anderen Metropolregionen ist ein Konzept für das Umland um den Metropolkern herum ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Gesamtstrategie.

Richtig ist: Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg hat sich in den letzten Jahren verbessert. Viele Punkte lassen sich nennen; das ist auch durch die Presse gegangen. Die Verbesserungen dauern aber zu lange, wir sind zu langsam. Uns fehlt nach wie vor ein gemeinsames Leitbild für die Entwicklung der Hauptstadtregion. Die Marke „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ steckt noch nicht einmal in den Kinderschuhen, geschweige denn, dass sie aus diesen herausgewachsen wäre. So soll zum Beispiel die Wirtschaftsförderung 2008 zwar zusammengeführt werden; ich höre aber gleich wieder, was die vielen Bedenkensträger sagen: Das alles könne man nicht machen. Es komme viel zu früh. Man müsse den ersten Schritt vor dem zweiten tun. - Angesichts dessen sage ich: Wir können doch nicht 16 Jahre nach der deutschen Einheit und zehn Jahre nach dem ersten Versuch einer Fusion den ersten Schritt gehen wollen. Wir müssen weiter sein. Wir müssen schneller und effizienter werden.

In den Sonntagsreden sind wir eine Region. Am Montag liegen wiederum alle Bedenken auf unseren Tischen. Dies verdeutlicht, wie stark wir noch immer dem Konkurrenzdenken ver-

haftet sind. Eine Betriebsverlagerung von Spandau nach Tegel interessiert niemanden wirklich; das ist keine Zeitungsschlagzeile wert. Wenn aber eine Betriebsverlagerung von Spandau nach Potsdam oder umgekehrt erfolgt, dann befassen sich Heerscharen von Ministerialbeamten mit dem Thema und es gibt in Größenordnungen Krisensitzungen von Staatssekretären und Ministern. Dabei wird völlig übersehen: Jeder Arbeitsplatz, der in Brandenburg entsteht oder erhalten bleibt, entlastet auch den Berliner Arbeitsmarkt und jeder Arbeitsplatz, der in Berlin entsteht oder erhalten bleibt, entlastet auch den Brandenburger Arbeitsmarkt. Wir haben nämlich nur einen gemeinsamen Arbeitsmarkt.

Ich will es noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir brauchen so schnell wie irgend möglich ein klares Leitbild für die Entwicklung der Metropolregion und ein auf dieses Leitbild abgestimmtes Förderkonzept.

(Beifall des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Das ist ein Bereich, in dem wir etwas zu leisten haben.

Man möge mir die Leidenschaft für die Hauptstadtregion verzeihen. Vielleicht bin ich ein bisschen zu ungeduldig, vielleicht aber auch nicht. Ich bin nämlich nicht nur ein überzeugter Berlin-Brandenburger, sondern auch ein geborener. Meine Großeltern waren in Berlin aufgewachsen und sind in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts ins Umland von Berlin gezogen, wo sie sich ein Häuschen im Grünen gebaut und natürlich weiter in Berlin gearbeitet haben. Meinem Vater ging es ähnlich. Er hat auch in Berlin gearbeitet und in Brandenburg gewohnt. Ich bin in Berlin-Spandau geboren.

Dann aber kam der Punkt, an dem die Normalität zusammenbrach: Die Mauer wurde gebaut. Wir haben diese Mauer unterdessen überwunden, aber ich glaube, wir müssen noch einige Mauern mehr überwinden. Das ist die Aufgabe für die nächsten Jahre. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller. - Damit sind wir am Ende der Debatte zur Regierungserklärung. Ich entlasse Sie für eine Stunde in die Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.31 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.30 Uhr)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde

Drucksache 4/2246

Die mündlichen Anfragen liegen Ihnen vor. Zur **Frage 499** (Regionalisierungsmittel) erteile ich zunächst dem Abgeordneten Dr. Klocksins und anschließend der Abgeordneten Tack von der Linkspartei.PDS das Wort, um die **Frage 500** (Kürzung der

Regionalisierungsmittel) zu stellen, sodass der Minister beide Fragen zusammen beantworten kann.

Dr. Klocksins (SPD):

In den vergangenen Wochen wurde über die mögliche Absicht der Bundesregierung berichtet, die Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder noch vor der Revision im Jahre 2007 zu kürzen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Wie gewährleistet sie mittel- und langfristig ein qualitätsgerechtes und ausreichendes Angebot im Bereich des SPNV und ÖPNV im Land Brandenburg?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Abgeordnete Tack, bitte.

Frau Tack (Die Linkspartei.PDS):

Die Bundesregierung plant, die Regionalisierungsmittel bis 2009 drastisch zu kürzen. Mit den Regionalisierungsmitteln werden der regionale Schienenpersonennahverkehr und der öffentliche Personennahverkehr im Land finanziert. Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln müssen vermutlich durch Leistungseinschränkungen und Verteuerungen aufgefangen werden. Durch Fahrpreiserhöhungen, Abbestellung von Strecken, Reduzierung des Verkehrsangebotes und Einführung einer Elternbeteiligung für die Schülerbeförderung wurden SPNV und ÖPNV in der Vergangenheit erheblich belastet, sodass sich die Bedingungen für diese umweltfreundlichen Verkehrsformen weiter verschlechtern würden. Kommunen und Verkehrsunternehmen wehren sich gegen die geplanten Kürzungen. So hat die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung eine Resolution „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn“ verabschiedet.

Ich frage die Landesregierung: Was unternimmt sie gegen die beabsichtigte Kürzung der Regionalisierungsmittel?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke schön. Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Szymanski das Wort.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Tack und Herr Abgeordneter Dr. Klocksins, das Regionalisierungsgesetz ist die langfristig zwischen Bund und Ländern abgestimmte Finanzierungsgrundlage für den Schienenpersonennahverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr sowie Grundlage für die Unterstützung von Teilen des übrigen Personennahverkehrs. Bestandteil dieser Vereinbarung war die Festlegung einer gemeinsam im Jahr 2007 vorzunehmenden Revision des Gesetzes mit Wirksamkeit ab dem Jahr 2008.

Aus Sicht der Länder kann ein einseitiges Abweichen des Bundes von dieser Geschäftsgrundlage nicht akzeptiert werden. Die uns in den letzten Wochen durch die Presse bekannt gewordenen drastischen Einsparvorstellungen des Bundes können im bestehenden System nicht abgepuffert werden. Sie hätten

entsprechende Auswirkungen auf Leistungsbestellungen, Investitionen, Tarife und auf die Unterstützung des Landes für den ÖPNV.

Die Landesregierung beabsichtigt, wie folgt aktiv zu werden: Erstens geht es um den Aufbau einer möglichst von vielen Bundesländern mitgetragenen Verhandlungsposition als Grundlage für das nach Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs des Bundes notwendige Bundesratsverfahren. Zweitens werden wir den in der Überarbeitung befindlichen Landesnahverkehrsplan zu aktualisieren haben, falls entsprechende Kürzungen vorgenommen werden. Zum Verfahren werde ich morgen die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen am Rande der Landtagssitzung zu einem Gespräch bitten, um dies miteinander abzustimmen.

Darüber hinaus werde ich in den anstehenden Haushaltsberatungen darauf aufmerksam machen müssen, dass bei drastischen Kürzungen - wenn auch nur temporär - Möglichkeiten des Landeshaushalts zu prüfen sind. Des Weiteren werden wir im Hinblick auf die Auswirkungen des demografischen Strukturwandels und der Finanzierbarkeit des öffentlichen Verkehrs alle wirtschaftlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge abzusichern haben.

Es ist bekannt, dass wir eine jährliche Optimierungsprüfung vornehmen. Als Stichworte nenne ich die fortschreitende wettbewerbliche Öffnung sowie die Weiterentwicklung von SPNV-affinen und integrierten Verkehrskonzepten, um die Durchführung des ÖPNV kostengünstiger zu machen. Auch das ist natürlich unsere Zielstellung. Details können wir naturgemäß erst dann bearbeiten und beraten, wenn fest steht, wie dieser Vorschlag umgesetzt wird. Es ist völlig klar, dass unsere Bemühungen zunächst darauf gerichtet sind, diese Einsparungen zu vermeiden. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Es gibt Nachfragen. Dr. Klocksinn beginnt.

Dr. Klocksinn (SPD):

Herr Minister, Sie haben die möglichen Fallvarianten durchgespielt, wobei wir mögliche Kürzungsentscheidungen nicht zu antizipieren beabsichtigen. Wenn es denn zu Kürzungen käme: Welche Folgen hätte das konkret und welche Möglichkeiten der Kompensation gäbe es aus Ihrer Sicht?

Minister Szymanski:

Dies würde im Klartext bedeuten, dass Teilstrecken abbestellt bzw. ausgedünnt sowie Investitionen geschoben werden müssten und dass auch in Fragen der Evaluierung des ÖPNV-Gesetzes die Unterstützung - sprich: die 50 Millionen Euro - infrage stünden. Das wären die Auswirkungen.

Was die Kompensation anbelangt - wenn es zu drastischen Kürzungen käme -, habe ich ausgeführt, dass in den anstehenden Haushaltsberatungen zu prüfen sei, inwieweit Landesmittel eingesetzt werden müssten bzw. könnten.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Frau Tack, bitte schön.

Frau Tack (Die Linkspartei.PDS):

Ich habe drei Nachfragen. Erstens: Wird das Land Brandenburg - speziell der Verkehrs- sowie der Wirtschaftsminister - den Vorstoß des rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Verkehrsministers unterstützen, der wohl darin besteht, in der Ministerkonferenz einen Beschlussentwurf einzubringen, gemeinsam auf die Kürzungspläne der Bundesregierung zu reagieren?

Zweitens: Sie sagten soeben, wenn es zu Mittelkürzungen komme - die Wahrscheinlichkeit liegt bei 99 % -, würden auch die Regionalisierungsmittel, die laut Brandenburger ÖPNV-Gesetz zur Finanzierung herangezogen werden, infrage gestellt. Ich frage in diesem Zusammenhang noch einmal: Gibt es seitens der Landesregierung die Absicht, den Verlust mit Landesmitteln zu kompensieren? Früher wurden Landesmittel für die Finanzierung des ÖPNV in Anspruch genommen.

Drittens: Gibt es Ihrerseits Absprachen mit der DB AG - der Verkehrsvertrag ist ja sehr lukrativ ausgestaltet - bzw. mit Brandenburger Verkehrsunternehmen, gemeinsam gegenüber der Bundesregierung gegen die Mittelkürzungen aktiv zu werden?

Minister Szymanski:

Ich beginne mit der dritten Frage. Sie wissen, dass es in den großen Bahnverträgen mit der DB AG bei Kürzungen von Regionalisierungsmitteln eine Revisionsklausel gibt. Es wird eine Überprüfung stattfinden, falls es zu drastischen Kürzungen kommt. Ich will noch einmal sehr deutlich sagen, Frau Tack, dass wir uns dafür einsetzen, dass drastische Kürzungen ausbleiben. Deshalb muss auch die Frage, inwieweit bei einer Kürzung um 50 Millionen Euro das ÖPNV-Gesetz herangezogen werden muss, in Abwägung der verschiedenen Finanzierungszielsetzungen erörtert werden. Ich schließe das nicht aus, das habe ich vorhin gesagt. Eine klare Entscheidung kann man jedoch nur auf der Grundlage der tatsächlich fixierten Einsparsummen darstellen.

Ihre zweite Frage habe ich bereits beantwortet: Wenn es zu drastischen Kürzungen kommt, die wir verhindern wollen - das sage ich jetzt zum dritten Mal -, werde ich in den Haushaltsverhandlungen darzustellen haben, ob es eine temporäre oder eine wie auch immer geartete Kompensation gibt.

Zu Ihrer Frage bezüglich des Antrags: Es tut mir Leid, aber ich persönlich kenne ihn nicht; er wird in der Wirtschaftsministerkonferenz behandelt. Wenn dieser Antrag in Diktion und Inhalt dem entspricht, was ich hier beschrieben habe, werden wir uns ihm natürlich anschließen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Wir haben jetzt ein kleines Problem. Dr. Klocksinn, ich hatte angenommen, Sie wollten nur eine Frage stellen. Diese hatte ich Ihnen gewährt. Sie müssten in Zukunft signalisieren, dass Sie als Fragesteller mehrere Fragen haben. Es ist hier nicht ersichtlich, wie viele Fragen Sie stellen wollen.

Dr. Klocksinn (SPD):

Mein beständiges Drücken bewirkt hier nur ein Rot-Grün-Blinken. Wenn Sie mir helfen könnten, wäre ich dankbar.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Sie müssen es ansagen, weil Nachfragen zu Antworten auf Nachfragen nicht erlaubt sind. In diesem Fall erhalten Sie noch einmal das Wort. Bitte schön.

Dr. Klocksinn (SPD):

Vielen Dank. Ich will gar nicht beratungsresistent sein, sondern nehme den Hinweis gern auf.

Gestatten Sie mir, Herr Minister, zwei ergänzende Fragen, die mit dem eben Geschilderten korrespondieren. Habe ich Sie recht verstanden, dass vor dem Hintergrund der beschriebenen Sach- und möglicherweise Notlage für den SPNV in Brandenburg gegebenenfalls die Revisionsklausel des Bahnvertrags gezogen werden müsste? Und: Ist seitens der Landesregierung beabsichtigt, zeitnah die Evaluierung des ÖPNV-Gesetzes vorzunehmen?

Minister Szymanski:

Wir werden im Sommer 2006 die Evaluierung des ÖPNV-Gesetzes vornehmen.

Zur ersten Frage: Ich habe über verschiedene Möglichkeiten der Kostenreduzierung gesprochen. Eine Möglichkeit ist das Ausschöpfen der Revisionsklausel im Bahnvertrag. Ich halte es für sinnvoll, zunächst die Diskussion und das Bundesratsverfahren abzuwarten. Ich gehe nach derzeitigem Kenntnisstand davon aus, dass im I. Quartal 2006 feststeht, inwieweit in welchen Jahresscheiben Kürzungen erfolgen oder auch nicht. Dann muss man über alle Möglichkeiten sprechen. Ich schließe nicht aus, dass hier die maximale Anwendung der Revisionsklausel in Betracht gezogen werden muss.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Das Wort hat Herr Günther. Bitte.

Günther (SPD):

Herr Minister, sehen Sie bereits Anzeichen dafür, dass die Ankündigung einer Mittelkürzung zum Zurückstellen und Verschieben von Investitionen im Bereich Schienenfahrzeuge führt? Wenn es so kommen sollte, teilen Sie mit mir die Sorge, dass die Kürzungen auch Auswirkungen auf Brandenburger Standorte im Schienenfahrzeugbau haben könnten?

Minister Szymanski:

Das Land Brandenburg bestellt keine Schienenfahrzeuge und fördert auch keine mehr; dies ist Sache der Eisenbahnunternehmen. Wenn sich der Leistungsumfang - die Anzahl der Fahrten - reduziert, hat dies natürlich auch Auswirkungen auf den Fahrzeugpark von Verkehrsunternehmen und damit die von Ihnen in der zweiten Frage beschriebene negative Wirkung.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Wir kommen zur **Frage 501** (Schlussfolgerungen aus dem Fall Jessica). Die Abgeordnete Hartfelder erhält Gelegenheit, ihre Frage zu formulieren.

Zuvor möchte ich die 10. Klasse der 13. Oberschule Potsdam herzlich bei uns begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Frau Hartfelder.

Frau Hartfelder (CDU):

Die Eltern der in Hamburg verunglückten Jessica wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Seitens der Senatsverwaltung wurden Maßnahmen beschlossen, die verhindern sollen, dass sich ein solch schrecklicher Fall in Hamburg wiederholt. So wurde beispielsweise eine „Taskforce Kinderschutz“ eingerichtet. Auch der Stadtverband Saarbrücken hat, nachdem Anfang 2003 schwere Fälle von Kindesmissbrauch bekannt geworden sind, ein Memorandum zum Schutz des Kindeswohls verabschiedet.

Ich frage die Landesregierung und nehme dabei Bezug auf die Fälle Pascal und Dennis: Welche Konsequenzen hat sie aus den spektakulären Fällen familiärer Gewalt in Brandenburg gezogen?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Rupprecht, Sie haben sicherlich die Antwort parat. Bitte schön.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hartfelder, Sie haben den Fall Jessica in Ihrer Frage aufgeworfen; ich habe auch sofort an Dennis und Pascal gedacht. Diese schrecklichen Fälle sind uns näher und alle haben uns in einem Maße erschrocken, das man schlecht in Worte fassen kann. Sie können sicher sein: Die Fragen des Schutzes von Kindern vor Gewalt und Vernachlässigung sind nach wie vor und jetzt insbesondere eine der Hauptaufgaben und ein Arbeitsschwerpunkt in meinem Haus.

Die in Ihrer Anfrage aufgeführten Beispiele aus Hamburg und auch aus Saarbrücken beziehen sich weniger auf die übergeordnete Landesebene; sie betreffen eigentlich mehr die Aufgaben örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe, wobei Hamburg eine Sonderstellung hat. Hamburg ist sowohl örtlicher Träger als auch oberste Landesjugendbehörde.

Im Flächenland Brandenburg ist - wie im Achten Buch Sozialgesetzbuch festgelegt - die Angelegenheit der Kinder- und Jugendhilfe so geregelt, dass es festgelegte Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten einerseits und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport andererseits gibt, die deutlich voneinander abgegrenzt sind. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nehmen ihre Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wahr. Mein Haus übt hier keine Dienst- und auch keine Fachaufsicht aus. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir uns um diese Fälle nicht kümmern. Wir unterstützen selbstverständlich die Jugendämter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Das erfolgt insbesondere in drei Bereichen, nämlich im Rahmen der Beratungsaufgabe des Landesjugendamtes, in der Fortbildungsaufgabe des Sozialpädagogischen Fortbildungswerkes und durch die Förderung von Modellprojekten und überörtlichen Fachinstitutionen durch das Land.

Zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Gewalt hat das MBS bereits 1999 ein Programm gefördert, das die Qualitätsentwicklungsprozesse im Allgemeinen Sozialen Dienst der Jugendämter unterstützt. Ziel ist es hier, die fachliche Qualität der Arbeit der Jugendämter in diesem Bereich zu verbessern und die Kompetenzen der Fachkräfte weiterzuentwickeln. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, wenn ich zum Beispiel an den Prozessverlauf im Fall Dennis aus Cottbus denke. Die Ziele des Projektes Qualitätsentwicklung im ASD stehen in engem Zusammenhang mit den Hilfen in Kinderschutzfällen; denn dort wird der Schutzauftrag der öffentlichen Jugendhilfe in erster Linie wahrgenommen.

Das SPFW - das Sozialpädagogische Fortbildungswerk - hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Veranstaltungen zu verschiedenen Themen der Fallbearbeitung des Kinderschutzes angeboten. Es hat den Kinderschutz zum Schwerpunktthema gemacht und bot für 2005 in verstärktem Umfang Veranstaltungen an, natürlich auch, weil Fälle bekannt geworden sind, die alle Beteiligten sensibilisiert haben. Auch die Förderung der von verschiedenen Institutionen, einschließlich meines Hauses, im Februar dieses Jahres gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen zu Aufgaben des Jugendamtes zum Schutze von Kindern und ihren gesetzlichen Grundlagen stehen in diesem Zusammenhang. Eine weitere Tagung des SPFW befasste sich mit Leitlinien zum Schutz kleiner Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung. Weitere Beispiele könnten genannt werden. Die Schwerpunktsetzung Kinderschutz wird im SPFW eine über das Jahr 2005 hinausreichende Thematik mit steigender besonderer Gewichtung sein.

Mein Haus hat in Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 12. Mai 2004 gemeinsam mit anderen Ministerien und den kommunalen Spitzenverbänden einen Entwurf von Empfehlungen zum Umgang und zur Zusammenarbeit bei Fällen von Kindervernachlässigung und Kindesmisshandlung sowie bei entsprechenden Verdachtsfällen erarbeitet. Dieser Entwurf musste aber wegen der Veränderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch durch den Bund noch einmal überarbeitet werden. Ich kann Ihnen heute sagen: Er wird Ihnen und allen Interessierten zusammen mit dem Programm zur Qualifizierung in der Kinderschutzarbeit im Frühjahr 2006 vorgelegt. Dann ist er definitiv fertig.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Die Fragestellerin hat Fragen zu Ihrer Antwort. Bitte schön.

Frau Hartfelder (CDU):*

Herr Minister, meine erste Frage bezieht sich auf das Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes. Halten Sie es für vernünftig bzw. wird in der Landesregierung darüber nachgedacht, eine Bundesratsinitiative zu starten - Hamburg denkt darüber nach -, um das Kinder- und Jugendhilfegesetz dahin gehend zu verändern, dass eine Fach- bzw. Dienstaufsicht des Landes über die kommunalen Jugendhilfeeinrichtungen geschaffen wird?

Meine zweite Frage: Kann sich die Landesregierung vorstellen, dass man innerhalb der vorgeschriebenen, aber nicht pflichtigen U-1- bis U-10-Untersuchungen der Kinderärzte eine Anzeigepflicht oder ein Anzeigesystem Richtung Jugendamt impliziert? - Das ließe sich auf Landesebene regeln.

Drittens: Könnte sich die Landesregierung vorstellen, Sanktionen zu verhängen, wenn Eltern diese Untersuchungen nicht wahrnehmen? Im Fall Dennis ist die Elternpflicht ganz klar verletzt worden und weder das Jugendamt noch andere Einrichtungen sind tätig geworden. Das heißt: Könnte man Eltern unter Androhung von Sanktionen zwingen, a) den Impfschutz der Kinder zu gewährleisten und b) die frühkindlichen Untersuchungen durchführen zu lassen?

Minister Rupprecht:

Zur ersten Frage: Wir sind dabei, einen Beitrag für die nächste Jugendministerkonferenz vorzubereiten, der genau in diese Richtung geht. Bundesgesetzliche Regelungen - speziell das Kinder- und Jugendhilfegesetz - sollen geprüft werden. Gegebenenfalls soll dann auf eine Änderung hingewirkt werden. Ich habe mit einigen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, deren Sensibilität aufgrund ähnlicher Vorfälle in ihrem Bundesland erhöht ist. Ich bin optimistisch, dass sich da etwas tut.

Die Untersuchungen von 1 bis 10 halte ich für ausgesprochen geeignet, um auf Verdachtsfälle aufmerksam zu werden und dann auch geeignete Maßnahmen zu initiieren. Bei meinem kürzlichen Finnland-Besuch habe ich eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter kennen gelernt. Es ist ganz wichtig - der Prozess in Cottbus macht es einmal mehr deutlich -, dass diese Zusammenarbeit auch bei uns funktioniert. Merkwürdigerweise scheitert sie nicht daran, dass die Ämter nichts für den Kinder- und Jugendschutz tun wollen, sondern an irgendwelchen bürokratischen Hindernissen oder Animositäten, die man schwer nachvollziehen kann. In Finnland scheint ein gesamtgesellschaftliches Grundvertrauen zu herrschen: Man vertraut darauf, dass jeder das Beste will. Das wünsche ich mir auch für unser Land; denn dann könnten wir besser und schneller auf solche Vorfälle reagieren und auch präventiv arbeiten.

Zu Sanktionen gegen die Eltern: Ich denke, wir sollten vielleicht eher darüber nachdenken, Eltern in den Prozess der präventiven Arbeit, den ich eben zu beschreiben versucht habe, einzubeziehen. Durch präventive Maßnahmen kann man den betreffenden Elternhäusern Sanktionen ersparen. In Fällen, in denen dies nicht gelingt - die Zahl der auffälligen Elternhäuser nimmt leider nicht ab -, muss man Eltern mit geeigneten Maßnahmen dazu zwingen, ihren elterlichen Pflichten nachzukommen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Der Abgeordnete Nonninger stellt die **Frage 502** (Verkehrserziehung im Land Brandenburg). Bitte.

Nonninger (DVU):

Auf der 3. Plenarsitzung des Forums für Verkehrssicherheit des Landes Brandenburg am 2. Dezember 2005 in Potsdam war die Verkehrserziehung an den Schulen in Brandenburg ein großes Thema. Vertreter der Brandenburger Polizei kritisierten, dass viele Schulämter im Hinblick auf die Verkehrserziehung an unseren Schulen nicht zur Kooperation mit der Polizei bereit sind. Als Grund werden meist zu enge Rahmenpläne genannt. Viele Schulen wissen daher gar nicht um die Angebote der Polizei zum Thema „Sicherer Schulweg“.

Ich frage die Landesregierung: Für wie wichtig hält sie das schulische Arrangement der Brandenburger Polizei bei der Verkehrserziehung an den Schulen unseres Landes?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Rupprecht, bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Nonninger, ich könnte Ihnen eine ganz kurze Antwort geben und einfach sagen: Für sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kurz klarstellen: Sie meinen sicherlich das Engagement der Polizei. Dieses halte ich für außerordentlich wichtig und will das kurz begründen.

Für die schulische Verkehrserziehung hat das Engagement der Brandenburger Polizei einen extrem hohen Stellenwert. Es trägt nämlich insgesamt zur erhöhten Verkehrssicherheit in unserem Land bei; und diesbezüglich gibt es viel zu tun.

Die Verkehrssicherheitsarbeit im Bereich der polizeilichen Prävention umfasst neben der Verkehrsüberwachung auch die Verkehrsunfallprävention. Dazu nenne ich eine Zahl, die zwar allgemein bekannt, gleichwohl immer wieder erschreckend ist: Junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren machten im Jahre 2004 laut Statistik des Landesamts für Statistik einen erschreckend hohen Anteil von 24 % aller Verunglückten im Lande Brandenburg aus. Das sollte uns zu denken geben.

Ich halte es deshalb für sehr wichtig, dass gezielte verkehrserzieherische Maßnahmen bereits im Kindergarten und in der Grundschule beginnen. Es gibt eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Polizei durch einen gemeinsamen Rund-erlass des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, durch den die Schulen dazu aufgefordert werden, mit der Polizei Kooperationsmaßnahmen zu vereinbaren. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die meisten unserer Schulen einen direkten Ansprechpartner bei der Polizei haben. Dabei geht es nicht nur um akute Vorfälle in dem Sinne, dass etwa sofort eine Telefonnummer parat und jemand in der Schule präsent ist, sondern auch um präventive Maßnahmen, die auf diesem Wege hervorragend koordiniert werden können.

In dem Falle haben wir zwar immer noch nicht genug getan - insoweit teile ich Ihre Sorge -, aber ich meine, damit wurde eine sehr gute Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Arbeit der Polizei, die ich sehr hoch schätze, auf diesem Gebiet durch uns unterstützt werden kann. Natürlich werde ich die Schulen dahin gehend motivieren, weiterhin auf diesem Gebiet tätig zu sein und sich dem nicht zu entziehen, weil Letzteres einfach dumm wäre.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke schön, Herr Minister. Zum Engagement der Brandenburger Polizei gibt es eine Nachfrage.

Nonninger (DVU):

Herr Minister, was gedenken Sie denn in Zukunft zu tun, um die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schulämtern zu intensivieren und zu verbessern?

Minister Rupprecht:

Das ist das, was ich gerade gesagt habe. Ich danke Ihnen aber für diese Ergänzung, dass nicht nur die einzelnen Schulen, sondern auch die Schulämter entsprechend motiviert werden sollten. Das können wir tun, indem wir zum Beispiel bei den Sitzungen mit den Leitern der staatlichen Schulämter, die regelmäßig bei uns stattfinden, auf dieses Problem hinweisen. Auf den 18 Kreisreisen, die ich bis jetzt unternommen habe und auf denen ich auch immer mit den Schulen Kontakt hatte, ist mir das, wie gesagt, jedenfalls sehr häufig als positives Beispiel genannt worden. Der bei Ihnen entstandene Eindruck, dass Schulen oder Schulämter beispielsweise extrem blockten, entspricht offenbar nicht der Realität.

(Nonninger [DVU]: Der Eindruck ist nicht bei mir, sondern bei der Polizei entstanden!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke sehr, Herr Minister. - In Absprache mit dem Fragesteller und dem zuständigen Minister wird die Frage 503 gegen die Fragen 520 und 521, die eigentlich für die morgige Fragestunde vorgesehen waren, getauscht. Zunächst zur **Frage 520** (Teilzeitverbeamtung von Lehrkräften), die von der Abgeordneten Geywitz gestellt wird. Bitte, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Frau Geywitz (SPD):

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen zieht sie aus dem Urteil zur Teilzeitverbeamtung von Lehrkräften?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Abgeordnete Große, stellen Sie jetzt bitte die **Frage 521** (Verwaltungsgerichtsurteil zu Teilzeitverbeamtungen).

Frau Große (Die Linkspartei.PDS):

Aus einem Urteil des Potsdamer Verwaltungsgerichts ergibt sich, dass die Landesregierung seit 1998 ca. 8 000 Lehrerinnen und Lehrer fehlerhaft und damit rechtsunwirksam verbeamtet hat. Sollte dieses Urteil in höchster Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht bestätigt werden, so würden alle 8 000 Teilzeitbeamten ihren Beamtenstatus verlieren und auf das Land kämen enorme Nachzahlungen in die Renten- und Sozialversicherungskassen zu.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat dieses Urteil auf das Schulressourcenkonzept des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Rupprecht, Sie haben das Wort zur Beantwortung der beiden Fragen.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Geywitz, sehr geehrte Frau Große, ich möchte vorwegschicken, dass es in den beiden Anfragen um einen ebenso wichtigen wie komplizierten Sachverhalt geht, der nicht in einigen einfachen Sätzen dargestellt werden kann; das werden Sie bei meiner folgenden Antwort erleben. Dafür bitte ich im Übrigen deshalb um Entschuldigung, weil es ziemlich juristisch wird, was bei einem so komplizierten Prozess, bei dem es eventuell auch um sehr viel Geld geht, aber sicherlich nicht zu beanstanden ist. Deswegen werde ich mich ganz strikt an die Vorlage halten.

Nach sorgfältiger Prüfung durch mein Haus sehe ich keine Veranlassung, aus den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte in Cottbus und Potsdam unmittelbare Konsequenzen zu ziehen. Die beiden Verwaltungsgerichte haben in mehreren Fällen Anträge von Lehrkräften, die zum Ziel hatten, einen Anspruch auf Vollzeitbeschäftigung als Beamte zu realisieren, mit der Begründung zurückgewiesen, dass ein Beamtenverhältnis nicht wirksam zustande gekommen sei. Die Urkunden seien fehlerhaft.

Ich bin anderer Auffassung. Sowohl das Verwaltungsgericht Cottbus als auch das Verwaltungsgericht Potsdam haben in ihren Entscheidungen die Ansicht vertreten, dass eine auf die Begründung eines Beamtenverhältnisses eigener Art gerichtete Ernennung als unwirksam angesehen werden müsse. Das wird auch von der Landesregierung nicht angezweifelt. Voraussetzung für die Unwirksamkeit wäre jedoch, dass durch die Formulierung in den Ernennungsurkunden tatsächlich ein im existierenden abschließenden Katalog des Beamtenrechtsrahmengesetzes nicht aufgeführtes Beamtenverhältnis begründet werden sollte. Das ist jedoch nicht der Fall. Auch im öffentlichen Recht ist der wirkliche Wille zu erforschen, wenn es um die Auslegung eines Verwaltungsakts und dessen Ausformulierung geht. Maßgebend ist der erklärte Wille, wie ihn der Empfänger bei objektiver Würdigung verstehen konnte. Dabei ist vom Standpunkt dessen auszugehen, für den die Erklärung bestimmt ist. Natürlich sind auch die Interessen der Beteiligten in den Blick zu nehmen. - So weit die Juristen.

Vor diesem Hintergrund sind auch jetzt keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass das Land im Verhältnis zu den in Teilzeit tätigen Beamten ein rechtlich nicht zulässiges Beamtenverhältnis eigener Art schaffen wollte. Weder der konkrete in der Urkunde verwendete Wortlaut noch die Aufnahme einer die Teilzeitbeschäftigung betreffenden Regelung in die Ernennungsurkunde stehen der Wirksamkeit der Ernennung entgegen. Es war das erklärte Ziel des Landes, nicht mehr und nicht weniger als genau die Rechtswirkung zu erreichen, wie sie in den anderen Bundesländern durch eine Ernennungsurkunde und eine die Teilzeitbeschäftigung betreffende gesonderte Verfügung bewirkt worden ist. Das ist zum Beispiel der Unterschied zu Thüringen, wo es ja ebenfalls Teilzeitbeamte gibt.

Die Begründung eines Beamtenverhältnisses eigener Art war ersichtlich nicht beabsichtigt. Auch bei den Empfängern der Urkunden hat diese Vorstellung nicht bestanden. Das ergibt sich übrigens auch aus der mit der Ernennung einhergehenden Begleitverfügung, die jeder erhalten hat und in deren Einleitung es ausdrücklich heißt, es werde zur Ernennung zur Lehrerin oder zum Lehrer gratuliert. Eine einschränkende oder er-

gänzende besondere Bezeichnung des begründeten Beamtenverhältnisses fehlt.

Zugleich mit der Ernennung erfolgte die Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit auf einen Beschäftigungsumfang unterhalb der Vollzeit.

Vor diesem Hintergrund wurde für die durch die Ernennungsurkunde des ins Beamtenverhältnis übernommenen Beamten unmissverständlich klar, dass ein den Regeln entsprechendes vollwertiges Beamtenverhältnis begründet wurde. Das erfolgte aber unter gleichzeitiger Einschränkung der Arbeitszeit.

Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass bereits in der nächsten Instanz, beim Oberverwaltungsgericht, dieser Auffassung des Landes gefolgt wird.

Meine Zuversicht gründet sich auch darauf, dass ich mich mit meiner vorgetragenen Begründung fast in vollständiger Übereinstimmung - das ist wichtig und für manche wohl immer noch neu - mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt (Oder) befinde, das sich in einem Streit um die Höhe der Besoldung einer Lehrkraft ausführlich mit den Entscheidungen der anderen beiden Verwaltungsgerichte auseinandergesetzt hat und zu einem mit meiner Rechtsauffassung völlig übereinstimmenden Ergebnis gekommen ist. Drei Gerichte und zumindest zwei verschiedene Urteile!

Die Auffassung der Landesregierung ist also ausdrücklich nach sorgfältiger Auseinandersetzung mit der Argumentation des Verwaltungsgerichts Cottbus und des Verwaltungsgerichts Potsdam bestätigt worden.

Ich denke, vor diesem Hintergrund - jetzt wird es interessant - können die in Teilzeit tätigen Lehrer beruhigt in die Zukunft sehen. Es gibt allen Anlass zu der Erwartung, dass es auch keiner ergänzenden gesetzlichen Klarstellung bedarf, um unmissverständlich klar zu machen, was sowohl die Landesregierung als auch die betroffenen Beschäftigten wussten. Es war immer die Absicht, sie in ein Beamtenverhältnis der im Gesetz vorgesehenen Art zu übernehmen, nur mit der subjektiv unangenehmen, aber objektiv leider unvermeidbaren Beschränkung auf Teilzeitbeschäftigung, wenn, wie es im Landesbeamtengesetz festgelegt ist, „aufgrund einer infolge der Herstellung der deutschen Einheit bedingten Personalstruktur eine Vollzeitbeschäftigung nicht angeboten werden kann.“ Für den 01.08.2008 - das ist in der Öffentlichkeit vielleicht so nicht bekannt - ist daher die Übernahme aller in Teilzeit arbeitenden Lehrkräfte in die Vollverbeamtung vorgesehen, wenn sie das möchten; denn das ist natürlich freiwillig.

In der Landesregierung besteht Einigkeit darüber, dass es keinen Anlass gibt, bereits jetzt eine Gesetzesänderung vorzunehmen, um die Verwaltungsgerichtsentscheidungen gewissermaßen ins Leere laufen zu lassen. Dennoch sei hier festgestellt: Sollte wider Erwarten eine rechtskräftige Entscheidung zustande kommen, nach der die Lehrkräfte, die in Teilzeit ins Beamtenverhältnis übernommen worden sind, nicht Beamte sein können, würde selbstverständlich eine Nachversicherung mit der vollen Anerkennung der Zeiten als Rentenversicherungszeiten erfolgen.

Danach würden sich diese Lehrkräfte bis zum Jahr 2013 nach dem Schulressourcenkonzept, für das die bestehenden tarif-

lichen Regelungen gelten, in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis befinden.

Um die große Verunsicherung - die kann ich sehr gut nachvollziehen - der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu beseitigen, werde ich noch in dieser Woche in einem Brief an alle Lehrerinnen und Lehrer die notwendigen Informationen liefern.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke schön, Herr Minister. - Die Riege derer, die Nachfragen haben, ist groß. Zunächst hat Frau Siebke das Wort. - Bitte schön.

Frau Siebke (SPD): *

Herr Minister, Sie können mir glauben, dass ich mit Ihnen übereinstimme und hoffe, dass Ihre Rechtsauffassung vom Obergerverwaltungsgericht geteilt wird. Dennoch habe ich zwei Fragen. Wie groß schätzen Sie das Risiko ein, dass die Urteile Bestand haben werden?

Daraus ergibt sich die zweite Frage: Welche finanziellen Auswirkungen kämen auf das Land Brandenburg zu, wenn zum Beispiel die Versicherungsbeiträge nachgezahlt werden müssten, weil sich die Lehrer weiterhin im Angestelltenverhältnis befunden haben?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Bitte schön, Herr Minister.

Minister Rupprecht:

Ich werde die Fragen im Block beantworten. Wie bereits erwähnt, schätze ich das Risiko als sehr gering ein. Diese Einschätzung teilen auch namhafte Juristen, die damals an den Anhörungen zum Thema Teilzeitverbeamtung im Landtag teilgenommen haben. Einer von Ihnen - ein führender Beamtenrechtler Deutschlands - wird uns im Verfahren vor dem Obergerverwaltungsgericht vertreten. Ich bin sicher, dass es am Ende - möglicherweise erst in letzter Instanz - ein Urteil geben wird, das diese Teilzeitverbeamtungen für rechtskräftig erklärt. Ich halte das Risiko also für sehr gering.

Die finanziellen Auswirkungen - wenn Gerichtsentscheidungen im Spiel sind, gibt es immer ein Restrisiko - wären außerordentlich beachtlich. Das Problem besteht darin, dass man das, was man ansonsten innerhalb vieler Jahre bezahlt hätte, nun sofort bezahlen müsste. In den Medien werden diverse Zahlen gehandelt; 200 Millionen Euro scheint mir eine relativ realistische Zahl zu sein. Man muss bedenken: Jeder Teilzeitbeamte kostet pro Jahr etwa 8 000 Euro weniger als ein Angestellter, der zum Beispiel über den Einstellungskorridor eingestellt wird. Bei 300 Beschäftigten, die wir pro Jahr laut Schulressourcenkonzept im Rahmen dieses Einstellungskorridors einstellen wollen, kämen wir pro Jahr auf Kosten in Höhe von etwa 2,4 Millionen Euro. Das wäre außerordentlich schwierig, weil es sehr viel Geld kosten würde.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister, jetzt stellen die beiden Fragesteller Ihre Fragen. - Zunächst Frau Abgeordnete Geywitz. Bitte schön.

Frau Geywitz (SPD):

Ich habe zwei Nachfragen. Zum Ersten: Wird das Ministerium weiter Teilzeitverbeamtungen vornehmen? Zum Zweiten: Falls die Teilzeitverbeamtung nicht anerkannt wird, muss dann nur das Land nachversichern oder müssen sich auch die Kolleginnen und Kollegen selbst für die vergangenen Jahre nachversichern?

Minister Rupprecht:

Zur ersten Frage: Ich habe einen sofortigen Stopp verfügt; demnach wird es bis zur Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichtes keine weiteren Teilzeitverbeamtungen geben. Für das Jahr 2006 waren zwischen 100 und 150 Teilzeitverbeamtungen vorgesehen; dies stellt ein relativ geringes Risiko dar. Wir gehen davon aus, dass das Urteil in unserem Sinne ausfällt und wir diese 100 bis 150 Teilzeitverbeamtungen im Jahr 2006 vornehmen können.

Zur Beruhigung aller Kolleginnen und Kollegen kann ich sagen, dass sich die nachträgliche Versicherung - das, was das Land zu leisten hat - sowohl auf den Arbeitgeber- als auch auf den Arbeitnehmeranteil bezieht. Demnach muss keine Kollegin und kein Kollege befürchten, nun für Jahre Sozialleistungen nachzahlen zu müssen. Das muss das Land übernehmen. Dadurch erscheint die Summe auch so astronomisch hoch.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke schön. - Frau Abgeordnete Große, bitte.

Frau Große (Die Linkspartei.PDS):

Ich teile das Prinzip Hoffnung. Dennoch frage ich: Inwieweit wurde für den Fall, dass diese Hoffnung nicht erfüllt wird, Haushaltsvorsorge getroffen?

Minister Rupprecht:

Sie haben das Schulressourcenkonzept angesprochen. Ich habe das Problem bereits erläutert. Das Haushaltsrisiko würde ich, falls der Fall eintritt, dass 100 - 150 Lehrer nicht - wie im Schulressourcenkonzept vorgesehen - teilzeitverbeamtet werden, sondern als Angestellte eingestellt werden müssten, auf etwa 1 Million Euro beziffern. Diese Summe müsste zusätzlich in meinen Haushalt eingestellt werden, weil das Schulressourcenkonzept sonst nicht funktionieren würde. Dieses Risiko sehe ich. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass das nicht notwendig sein wird.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Nun erhält der Abgeordnete Sarrach das Wort.

Sarrach (Die Linkspartei.PDS):

Herr Minister, Beamtenverhältnisse können nur begründet werden, wenn es die gesetzliche Grundlage im Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz gibt. Da Ihre rechtliche Darstellung von den dargestellten praktischen Erwägungen abweicht, muss ich Sie fragen: Was wollte die Landesregierung tatsächlich bei der Verbeamtung? Für die Auslegung ist das eine wichtige Frage. Wollte sie im ersten Schritt eine Vollzeitverbeamtung, weil sie

durch Gesetz vorgesehen ist, und hat man sich dann, nach einer juristischen Sekunde, auf eine Teilzeitverbeamtung verständigt? Oder wollte man eine Teilzeitverbeamtung?

Minister Rupprecht:

Man wollte eine Teilzeitverbeamtung, weil ...

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Das halte ich für problematisch!)

- Ja, es ist schwierig. Aber ich lasse mich jetzt nicht auf einen juristischen Streit ein.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Schade!)

Ich bin kein Jurist; das habe ich einführend erwähnt. Die Vollzeitverbeamtung im Land Brandenburg hat stattgefunden. Dies war mit deutlich höheren Kosten verbunden als die Teilzeitverbeamtung. Es war also eine an die Nachwendesituation angepasste Maßnahme. Es gab einen Beschluss, diese Teilzeitbeamtungsverhältnisse zu schaffen.

Wenn es zukünftig um Sinn und Unsinn von Lehrerverbeamtung geht, bitte ich zu beachten, auf welche Situation wir uns zubewegen: auf einen akuten Lehrermangel in absehbarer Zeit. Es wird einen harten Kampf auf dem deutschen Lehrermarkt geben, vielleicht nicht um jede Seele, aber zumindest um Lehrer, die „Mangelfächer“ unterrichten und überall in Deutschland gebraucht werden. Denen muss man gewisse Anreize bieten. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir - weil wir bereits Probleme in dieser Hinsicht haben - die Teilzeitverbeamtungen im Jahr 2006 vornehmen könnten. Teilzeitverbeamtet wird nur, wer unter 45 Jahre alt ist und eine Fachkombination unterrichtet, die einen dauerhaften Einsatz gewährleistet. Es kann also nicht jeder sagen, er möchte teilzeitverbeamtet werden, und wird es dann auch. Wir benötigen ein Instrumentarium, um interessante Lehrkräfte, die wir brauchen und die uns nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, zu rekrutieren.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister, für die ausführliche Beantwortung der Fragen. - Bevor die Abgeordnete Kaiser Gelegenheit hat, die **Frage 504** (Zeitpunkt für die Ost-West-Angleichung des Arbeitslosengeldes II) zu formulieren, begrüße ich die 10. Klasse der Oberschule aus Elstal. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Frau Kaiser.

Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS):

Mit der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene wurde endlich auch die Anhebung des Arbeitslosengeldes II für Ostdeutsche auf die Höhe des Regelsatzes West zugesagt. Derzeit ist allerdings umstritten, ab welchem Zeitpunkt diese Angleichung in Kraft treten soll. In der Diskussion ist ein Zeitpunkt zwischen dem 1. Januar 2006 und der Mitte des Jahres 2006. Andere - wie die Linkspartei.PDS - fordern eine rückwirkende Angleichung zum 1. Januar 2005, das heißt mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes.

Auch die Brandenburger Koalition von SPD und CDU hatte die Angleichung schon in ihrer Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2004 gefordert. Über den Zeitpunkt der Angleichung werden der Bundestag, aber auch die Landesregierung - im Bundesrat - entscheiden.

Ich frage daher die Landesregierung: Für welchen Zeitpunkt der Angleichung wird sie sich einsetzen?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Ministerin Ziegler, Sie haben das Wort. Bitte.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sie wissen, die Landesregierung hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass es so schnell wie möglich zu einer Angleichung des Arbeitslosengeldes II in Ost und West kommt. Unser Parlament war sehr froh darüber, dass das Bundeskabinett bereits im Oktober einen Beschluss gefasst hat, der in diese Richtung ging, die Koalitionsverhandlungen in diesem Sinne weitergeführt wurden und die Angleichung nun durch Koalitionsbeschluss festgenagelt ist. Demnach war es lohnenswert, sich für die Anhebung des ALG II auf 345 Euro eingesetzt zu haben; die Diskussion ist durchaus auch in andere Richtungen gelenkt worden: Angleichung des ALG-II-West auf Ostniveau bzw. Treffen in der goldenen Mitte.

Insofern ist das eine gute Lösung für die Menschen im Osten der Republik. Für die Forderung nach einer rückwirkenden Angleichung kann sich die Landesregierung kaum stark machen; wir sind froh, dass die Bescheide nun endlich erteilt sind. Dies würde bedeuten, dass man sowohl jeden positiven als auch jeden negativen Bescheid noch einmal in die Hand nehmen und unter Beachtung der dann vorliegenden Größenordnungen eine erneute Überprüfung vornehmen müsste. Das kann man nicht ernsthaft wollen; deshalb lehnen wir eine Rückwirkung ab. Was wir aber fördern wollen, ist, dass es so schnell wie möglich erfolgt. Ich gehe davon aus, dass es Mitte des nächsten Jahres so weit sein wird.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke schön, Frau Ministerin. Es gibt zwei Nachfragen.

Frau Böhnisch (Die Linkspartei.PDS):*

Frau Ministerin, aus aktuellem Anlass folgende Nachfrage: Es gab ständig widersprüchliche Aussagen zur Höhe des Bundesanteils an den Kosten für die Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern. Am Montagnachmittag hat uns der Pressedienst des Deutschen Bundestages mitgeteilt, dass man beabsichtigt, den Bundesanteil rückwirkend zum 01.01.2005 zu streichen. Da eine ständige Bewegung in dieser Problematik ist, frage ich Sie erstens: Wie sicher ist, dass der Bundesanteil in Höhe von 29,1 % an die Kommunen weitergereicht wird?

Zweitens: Wie wird die Landesregierung reagieren, wenn gewiss ist, dass die anhand einer Datenerhebung der kommunalen Spitzenverbände festgestellten tatsächlichen Kosten bei 34 % liegen?

Ministerin Ziegler:

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, fanden 2005 zwei Termine - an denen auch ich teilgenommen habe - statt, auf denen sich die Kommunalvertreter und die Vertreter des Landes mit der Bundesseite auf einen höheren Wert als 29,1 % einigen wollten. Die kommunalen Spitzenverbände forderten nachdrücklich 34,4 %. Wir wissen auch, dass es einen Streit sowohl auf Bundes- als auch auf kommunaler Seite darüber gibt, auf welche Weise diese Daten zustande gekommen sind. Bisher ist es zu keiner Einigung über die Datengrundlage gekommen. Ich bin ganz ehrlich: Ich fürchte, wir werden in absehbarer Zeit keine Einigung erzielen. Das sicherste Mittel sind die Ist-Zahlen von 2005, die allerdings noch nicht vorliegen.

Ich bin froh, dass sich die kommunalen Spitzenverbände durchsetzen konnten und es im Koalitionsausschuss am 8. Dezember zu der Einigung gekommen ist, ohne Revision für das Jahr 2005 und 2006 den Wert 29,5 % festzuzurren, mit der Maßgabe, dass für die darauf folgenden Jahre eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, sodass wir nicht quartalsweise oder jedes Jahr im Herbst beieinander sitzen und über die Verteilung neu streiten müssen.

Nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände sind die berechneten Entlastungen auf der kommunalen Seite nicht eingetreten. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Bundesseite weit mehr als geplant - nämlich 3,5 Milliarden Euro - in das System gegeben hat. Wir wissen, dass alle öffentlichen Haushalte darüber klagen, nicht ausreichend ausfinanziert zu sein.

Wir haben vorhin über die Regionalisierungsmittel gesprochen. Alle wollen gleichermaßen bedient werden. Gleichzeitig sind die Maastrichtkriterien zu erfüllen. Es bestehen also Zielkonflikte. Deshalb müssen wir gemeinsam eine Einigung anstreben. Das ist, glaube ich, mit den 29,1 % geschehen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Herr Otto hat noch eine Nachfrage.

Otto (Die Linkspartei.PDS):

Ich habe eine Nachfrage zur Angleichung des Arbeitslosengeldes Ost an West. Welche Probleme könnten aus Ihrer Sicht eine Anpassung des Arbeitslosengeldes II zum 01.01.06 verhindern?

(Bochow [SPD]: Das ist eine neue Frage!)

Ministerin Ziegler:

Ich sagte bereits: Das Bundesgesetzgebungsverfahren läuft. Das hieße, es wäre nur rückwirkend wirksam. Das hieße, die Antragsbearbeitung bis zum Wirksamkeitstermin aufzuhalten oder alle Anträge noch einmal in die Hand nehmen zu müssen. Das halte ich aus Gründen des Bürokratieabbaus sowie der Handhabbarkeit in den ARGEn und Optionskommunen für nicht durchführbar.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Danke schön, Frau Ministerin. - Der Abgeordnete Karney stellt

nun die **Frage 505** (Sicherung der Infrastruktur brandenburgischer Kurorte).

Karney (CDU):

Die Prädikatisierung von Burg im Spreewald als Kurort erfolgte am 7. Dezember 2005.

Um den Status als Kurort zu wahren, ergeben sich finanzielle Anforderungen an die Kurortkommunen Brandenburgs zum Ausbau und Erhalt ihrer kommunalen Infrastruktur.

Ich frage die Landesregierung: Wie werden diese Anforderungen im Rahmen der zentralörtlichen Gliederung und der kommunalen Finanzausstattung angemessen berücksichtigt?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Der Minister der Finanzen wird die Frage beantworten.

Minister der Finanzen Speer:

Herr Karney, wenn eine Stadt Kurort geworden ist, setzt man voraus, dass die Infrastruktur, die notwendig war, um das Prädikat zu erhalten, vorhanden ist.

Zum Unterhalt enthält das Kommunalabgabengesetz in § 11 Abs. 1 eine Regelung, nach der Kurorte Kurtaxe erheben können. In Abs. 6 steht: Wenn die Übernachtungszahl das Siebenfache der Einwohnerzahl überschreitet, kann die Stadt eine Abgabe von den Unternehmen fordern, die davon - logischerweise - profitieren.

Eine darüber hinaus gehende Förderung ist im Rahmen der Förderprogramme, die das Land bietet, zum Beispiel über die GA Infrastruktur, möglich. Eine Regelung über den kommunalen Finanzausgleich ist nicht vorgesehen. Eine Änderung der derzeitigen Strukturen ist nicht beabsichtigt, weil ich die bisher bestehenden Regelungen im Kommunalabgabengesetz für ausreichend halte.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die **Frage 506** (Führerschein mit 17) wird von der Abgeordneten Stark gestellt.

Frau Stark (SPD):

Presseberichten war zu entnehmen, dass das Land Niedersachsen mit dem Modellversuch „Begleitetes Fahren“, bei dem schon 17-Jährige den Führerschein erwerben und am Steuer sitzen dürfen, sofern ein Elternteil mit im Fahrzeug sitzt, sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

Auch Brandenburg wird sich an diesem Modellversuch beteiligen. Ich frage daher die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Modellversuchs?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Szymanski, Sie haben das Wort.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Stark, das menschliche Leid, das durch schwere Unfälle entsteht, ist unermesslich. Jeder Unfall ist ein Unfall zu viel. Die hohen Unfallzahlen betreffen gerade junge Fahrzeugführer, die ein höheres Unfallrisiko aufweisen. Fast jeder vierte auf unseren Straßen Getötete ist ein junger Mensch zwischen 18 und 25 Jahren. Gerade deswegen ist das Modellvorhaben „Begleitetes Fahren mit 17“ ein geeignetes Instrument, das Unfallrisiko zu reduzieren.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen deutlich, dass sich das Unfallrisiko um 20 bis 40 % reduziert. In Niedersachsen ist dies in einer ersten Zwischenbilanz ebenfalls bestätigt worden. Dort sind 40 % weniger Unfälle zu verzeichnen.

Ich freue mich, dass wir dieser Verordnung nach einer sehr offenen und konstruktiven Diskussion in den letzten Monaten und in der letzten Woche im Kabinett zugestimmt haben. Ich habe sie heute unterschrieben. Sie wird am 01.02. nächsten Jahres in Kraft treten. Damit können junge Menschen in Begleitung Fahrpraxis erlangen und haben damit eine bessere Fahrpraxis, bevor sie 18 Jahre alt sind und das Fahrzeug allein steuern können.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich beim Forum für Verkehrssicherheit, bei der Landesverkehrswacht, bei den kommunalen Spitzenverbänden, bei Ihnen als Abgeordneten, die an der Erarbeitung der Verordnung teilgenommen haben, sowie beim Landesschulbeirat und beim Fahrlehrerverband für die Unterstützung. Ich bin sicher, dass wir in einer ersten Evaluation positive Ergebnisse vorweisen können. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte schön, Herr Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Minister, trifft es zu, dass wir im Land Brandenburg bei den Verkehrsunfallstatistiken sinkende Zahlen nachweisen können, aber weitere dramatische Entwicklungen - Sie haben es eben beschrieben - feststellen müssen? In dem immer noch aktuellen Verkehrssicherheitsprogramm ist festgehalten, dass das Fahrsicherheitstraining gerade für junge Fahranfänger von Bedeutung ist, um in den ersten Jahren praktische Erfahrungen zu sammeln. Ist das Thema Fahrsicherheitstraining noch in diesem Modellversuch enthalten oder soll es außerhalb des Programms weitergeführt werden?

Minister Szymanski:

Dies wird außerhalb des Programms fortgeführt, denn der Bundesgesetzgeber hat durch die Veränderung des Straßenverkehrsgesetzes den Ländern die Möglichkeit gegeben, an diesem Modellvorhaben teilzunehmen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die **Frage 507** (Kürzung im internationalen Jugendaustausch) wird vom Abgeordneten Krause gestellt.

Krause (Die Linkspartei.PDS):

Meine Frage richtet sich an den Bildungsminister. Das Bildungsministerium hat im internationalen Jugendaustausch seit dem Jahre 2000 sukzessive allein im Landesjugendplan eine Kürzung von 72 % realisiert. Standen den Jugendverbänden im Jahr 2000 noch 357 904 Euro für internationale Maßnahmen zur Verfügung, so sind es in diesem Jahr nur noch 100 000 Euro.

Bei den Bewilligungen aus Lottomitteln für Schüler- und Jugendbegegnungen sieht es noch drastischer aus. Dort gab es Kürzungen um 85 %.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welchen Stellenwert misst sie dem internationalen Jugendaustausch bei?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Krause, die von Ihnen genannten Zahlen stimmen leider nicht ganz mit den mir vorliegenden überein. Da müssen wir noch einiges gerade rücken - nehme ich an. Richtig ist, dass im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung auch im Landesjugendplan gekürzt werden musste und diese Kürzung leider auch den internationalen Jugendaustausch betroffen hat.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass dies ein Bereich ist, für den den Jugendverbänden kaum Mittel aus dem Landesjugendplan zufließen, weil die Jugendverbände in aller Regel über ihre Bundesverbände durch Zuwendungen aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert werden.

Bei der internationalen Jugendarbeit muss man überdies bedenken, dass sie innerhalb der gesamten Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich der einzige Bereich ist, bei dem es keine fest definierte Zuständigkeit einer einzelnen staatlichen Ebene gibt. Die internationalen Jugendbegegnungen werden - ich zähle einiges auf - sowohl von den örtlichen Jugendämtern als auch vom Land, vom Bund, von Institutionen wie dem Deutsch-Französischen oder dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk und schließlich auch von der EU gefördert.

Wenn man alle diese Förderungen - Landes-, Bundes- und Europamittel - zusammenrechnet, die nach Brandenburg geflossen sind, um damit Maßnahmen in der internationalen Jugendarbeit zu fördern, dann stehen Ausgaben von 812 000 Euro im Jahr 2000 und immer noch Ausgaben in Höhe von 786 000 Euro im Jahre 2004 gegenüber. In dieser Summe sind noch nicht jene Mittel enthalten, die auf direktem Wege über die Bundeszentralen an die Jugendverbände fließen. Daher kann man meiner Meinung nach nicht von einer drastischen Verringerung reden.

Dass die Landesregierung die internationale Jugendarbeit sehr schätzt und dass sie ihr am Herzen liegt, sieht man auch daran, dass die dafür im Landeshaushalt 2006 vorgesehenen Mittel wieder steigen. Sie werden mit 150 000 Euro veranschlagt; damit sind wir zumindest wieder auf dem Stand der Jahre 2003/2004. Das sollte als positives Zeichen gesehen werden.

Der internationale Jugendaustausch wird dem Land Brandenburg - um Ihre Frage direkt zu beantworten - auch weiterhin sehr am Herzen liegen und einen hohen Stellenwert haben.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Recht herzlichen Dank, Herr Minister. - Es gibt vom Fragesteller Nachfragen.

Krause (Die Linkspartei.PDS):

Ich habe drei Nachfragen.

Die erste bezieht sich auf die falschen Zahlen. Ich würde gern vom Minister erfahren, wieso die Angaben in der Drucksache 4/2213 nicht korrekt sind.

Die zweite Nachfrage: Laut Haushaltsgesetz stehen für 2006 150 000 Euro für internationale Jugendbegegnungen zur Verfügung. In Zeitungsberichten ist nachzulesen, dass das Ministerium diese Zahl vakant stellt.

Drittens würde ich gern wissen wollen, ob der Landesregierung bekannt ist, dass das Deutsch-Polnische Jugendwerk bis heute keine Angaben darüber hat, wie viel Geld im Jahre 2005 zur Verfügung steht.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister!

Minister Rupprecht:*

Ich beginne mit dem Angebot, die Zahlen abzugleichen. Es bezog sich überhaupt auf die Zahlen. Auch ich war irritiert, als ich den Zeitungsartikel gelesen habe; offensichtlich herrschte totale Verwirrung. Mein Angebot bestand nicht darin, Position für Position zu vergleichen, denn das kann ich natürlich nicht. Aber das können wir beide gemeinsam tun; ich biete das an.

Die andere Frage ist offensichtlich auf einen Irrtum zurückzuführen. Herr Hilliger, der zuständige Abteilungsleiter, hat in der letzten Sitzung des Landeshilfejugendausschusses erwähnt, dass die Mittel für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Jahre 2006 wieder auf 200 000 Euro hochgefahren werden; sie waren auf 160 000 Euro gekürzt worden. Er hat nicht davon gesprochen, dass die Mittel - nämlich besagte 150 000 Euro -, die für die internationalen Jugendbegegnungen vorgesehen sind, noch erhöht werden. Das ist ja schon eine Erhöhung.

Letzter Punkt. Diese Information ist für mich neu, aber ich werde sie verfolgen. Sie irritiert mich ein wenig, da das Jahr 2005 eigentlich zu Ende ist. Ich gehe der Frage nach und werde Ihnen dann eine Mitteilung zukommen lassen. Versprochen!

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 3:**

Drittes Gesetz zur Änderung der Brandenburgischen Bauordnung

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/1932

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung

Drucksache 4/2190

Wir kommen zur Aussprache und ich erteile der Abgeordneten Frau Böhnisch von der Linkspartei.PDS das Wort. Bitte schön.

Frau Böhnisch (Die Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Es war einmal ...“ Ja, so fangen die meisten Märchen an. Ich will Ihnen jetzt kein Märchen erzählen, sondern die Realität vorführen. Es war einmal eine Zeit - das ist noch gar nicht so lange her, nämlich drei Jahre -, da einigten sich die Bauminister aller 16 Länder auf eine Musterbauordnung. Alles sollte einfacher, klarer, einheitlicher und übersichtlicher werden. - So weit das lobenswerte Anliegen.

Nun hätte man meinen können, die Bauminister seien zufrieden mit dieser Musterbauordnung am Abend nach Hause gefahren und hätten alles frohgemut in ihren Ländern umgesetzt. Sie hätten damit Arbeitszeit und unnötigen Bürokratieaufwand eingespart.

Doch weit gefehlt! In fast allen Ländern, die ich kenne, wurden seitdem die Ministerien in Marsch gesetzt, um eigene neue Bauordnungen zu entwerfen. In allen neuen Bundesländern haben die Ministerialbeamten eifrig wie die sieben Zwerge - denn jeder wollte es ja richtig machen - an neuen Bauordnungen gearbeitet: mit zahllosen Paragraphen, Richtlinien, neuen Satzungsregelungen. Das war so in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und auch in Brandenburg.

(Zuruf von der SPD: Szymanski ist doch kein Zwerg!)

- Dazu komme ich noch. - Die Berliner haben bei dieser Bauordnung den Vogel abgeschossen: Sie haben im April dieses Jahres ein so genanntes Bauvereinfachungsgesetz gemacht, das auf rund 155 Seiten aufgebläht wurde. Bauvereinfachungsgesetz!

Aber auch wir Brandenburger können uns noch nicht rühmen. Ich möchte Sie daran erinnern - ein Teil der jetzigen Abgeordneten saß damals bereits hier im Parlament -: Im Juni 2003, also vor gut zwei Jahren, verabschiedete der Landtag eine neue Bauordnung für das Land Brandenburg. Sie trat zum 1. September 2003 in Kraft und wurde damals, Herr Szymanski, als das Modernste vom Modernen gepriesen. Das von der Landesregierung damals formulierte Ziel der Novellierung hieß: Die Verwaltungen müssen laufen und nicht die Bürger! Diesem Anspruch wollte man durch Fristverkürzungen, durch Straffung

von Verfahren, mehr Bürgerfreundlichkeit, mehr Wirtschaftsfreundlichkeit gerecht werden.

Wir haben damals kritisiert, dass das auf Kosten der Kinder, der in ihrer Mobilität beeinträchtigten Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen gehen würde. Zu der Frage, ob die seinerzeit vorgesehenen Verbesserungen bereits eingetreten sind, liegt uns heute noch keine abschließende Bewertung vor, aber es wird schon wieder an einer neuen Bauordnung gebastelt.

Heute liegt uns bereits das Dritte Gesetz zur Änderung der Brandenburgischen Bauordnung zur Beschlussfassung vor. Unser Herr Minister Szymanski, der, wie wir alle wissen, ein dynamischer Mensch ist bzw. immer sein will, hat schon Ende November, vor wenigen Tagen also, ein neues Änderungsvorhaben in der Presse angekündigt. Müssen wir deshalb wohl bald mit einem vierten oder fünften Änderungsgesetz rechnen? Für das nächste Jahr wurde uns im Ausschuss außerdem eine umfassende Novellierung der Bauordnung angekündigt. Also wir bleiben immer noch in Bewegung - wie wir heute früh schon einmal gehört haben.

Solche Änderungen der Gesetzeslage im Halbjahrestakt werden in aller Regel nicht zum Bürokratieabbau, sondern zu neuerlichen Verordnungen und Richtlinien, auch zu neuer Verwirrung bei den bauplanenden und bauleitenden Ingenieuren sowie bei den Bauherren führen. Nicht zu vergessen: Die kommunalen Bauämter müssen immer wieder die neuen Paragraphen durchsetzen, sich auf eine geänderte Rechtslage einstellen.

Abgesehen davon, dass wir nicht alles schlecht finden, was geändert werden soll, stellt sich uns auch die Frage, ob solche häufigen Änderungen der Bauordnung statt zum Abbau nicht eher zu mehr Bürokratie und Verwirrung beitragen. Denken Sie einmal an die Architekten und Bauingenieure und an das, was hier ständig anders gemacht werden muss. Wahrscheinlich findet man sich dann doch nicht so schnell in den neuen Paragraphen zurecht, und dann folgen schon wieder neue.

Deshalb, Herr Szymanski, unser Vorschlag: Wenn Sie wirklich dynamisch sein wollen, wagen Sie jetzt den großen Schritt, nicht nur den kleinen. Machen Sie Schluss mit der Kleinstaaterei in der Baugesetzgebung, denn das ist fast wie mit den Zollgrenzen im Mittelalter: Hinter dem Teltowkanal gilt eine andere Ordnung als davor. Überzeugen Sie doch Ihre Kollegen Bauminister in den anderen Ländern, vor allem auch den in Berlin, dass es sinnvoll ist, sich auf eine gemeinsame schlanke Bauordnung zu einigen. Diese sollte die zentralen Mindeststandards zur Sicherung des Allgemeinwohls enthalten, zum Beispiel einheitliche Regelungen für den Brandschutz, die Bausicherheit und Statik, die Energieeinsparung, Barrierefreiheit, und ein einheitliches Verfahren zur elektronischen Einreichung und Bearbeitung von Bauanträgen. Wir fordern auch, dass das Satzungsrecht der Kommunen, was die bauliche Nutzung und Gestaltung betrifft, gestärkt wird.

Mit einer solchen Musterbauordnung, die in allen Ländern eingeführt würde, könnte man viel Bürokratie abbauen und einheitliche Verfahren in allen Ländern festlegen. Dann könnte das Märchen vom Bürokratieabbau - jedenfalls auf diesem Gebiet - doch noch ein gutes Ende finden und Sie hätten uns an Ihrer Seite, Herr Minister.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Es spricht nun der Abgeordnete Günther von der SPD-Fraktion.

Günther (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat - es ist angesprochen worden -: Nach nicht einmal drei Jahren Brandenburgischer Bauordnung sollen wir nun bereits das dritte Gesetz zur Änderung derselben beschließen. Auch die Frage: „Ist das nötig?“, ist - mit anderen Worten - gestellt worden. Meiner Meinung nach ist es nötig, denn wie jedes Gesetz muss sich auch und gerade eine Bauordnung vor allem in der Praxis bewähren. Wenn in der Praxis dringender Änderungsbedarf besteht, muss man auch so mutig sein, diesem noch vor einem langwierigen, aber nötigen Evaluationsprozess zu entsprechen.

Von dem, was ich eben gehört habe, geht vieles in die gleiche Richtung, in die auch die Koalitionsfraktionen gehen wollen: Verschlanke, mehr zu Regelungen der Musterbauordnung zu kommen, aber eben auch - deshalb ist es nicht so einfach - die Brandenburger Spezifika dabei zu beachten, das, was wir als Brandenburger im Rahmen der Musterbauordnung für uns regeln wollen.

Aus Sicht der Koalitionsfraktionen gibt es an einigen Punkten der bestehenden Bauordnung Änderungsbedarf. Dabei geht es eigentlich um eine ganze Reihe kleiner Änderungen, die aber durchaus wahrnehmbare Auswirkungen haben, erst recht für die Betroffenen.

Im Mittelpunkt der vorgesehenen Änderungen steht ganz klar der Wegfall der Schlussabnahme. Ich bin froh, dass dieses Anliegen in der Sache von fast allen Angehörten befürwortet wurde. Andere Länder haben nämlich bereits auf eine Schlussabnahme verzichtet, weil immer wieder bestätigt wurde, dass zu diesem Zeitpunkt grundlegende bauliche Mängel ohnehin nicht festgestellt werden können. Insofern wurde die Frage gestellt: Was bringt zu diesem Zeitpunkt noch eine Schlussabnahme? - Wer dabei aber wegen der Aufsichts- und Einsichtsbefugnis der Baubehörde Sorge hat, der sei auf § 75 der Bauordnung verwiesen, der „Überprüfung der Bauausführung“ heißt. Darin sind für die Zeit während des Baus - während des Baus ist genau der richtige Zeitrahmen - eine ganze Reihe von Verantwortlichkeiten für Prüfsachverständige und Bausachverständige und natürlich auch Eingriffsrechte der Baubehörde festgelegt. Diese Regelungen bleiben ausdrücklich unberührt. Aber wenn mit Bauabschluss alle notwendigen Unterlagen bei der Behörde vorliegen, gilt der Bau binnen zwei Wochen als genehmigt und somit bezugsreif. Das schafft dann für den Bauherren Rechtssicherheit, das schafft Zeit- und Kostenersparnis.

Genau das bleibt auch das Ziel aller zukünftigen Reformen der Bauordnung. Das ist meiner Überzeugung nach auch in Einklang zu bringen mit dem Ziel der Wahrung öffentlicher Sicherheit und dem Ziel des Verbraucherschutzes.

Die Stellungnahmen im Rahmen der schriftlichen Anhörung haben allesamt gezeigt, dass die Verbände und Kammern grundsätzlich bereit sind, bisherige Regelungen infrage zu stellen und bei Vereinfachungen mitzuhelfen. Dank geht ausdrücklich an die Vertreter der Architekten und Planer, die wieder ein Stückchen mehr fachliche Verantwortung bekommen, Dank

auch an den Landkreistag, der sich nicht in erster Linie um weniger Arbeit in seinen Bauämtern gesorgt hat.

Auf andere Regelungen des Gesetzentwurfs - zur Feuerbeständigkeit von Gebäudeteilen, die nicht als Wohnraum dienen, oder zur Hinterlegung von Sicherheitsleistungen für privilegierte Vorhaben im Außenbereich -, möchte ich nicht detailliert eingehen. Darin wurde im Wesentlichen Bundesrecht umgesetzt oder Landesrecht auf das Niveau aller anderen Bundesländer gebracht.

Wir werden die Bauordnung in der Tat noch einmal im Rahmen von Bürokratieabbau und eines jetzt wohl gerade durch das Ministerium beauftragten Gutachtens insgesamt auf den Prüfstand stellen. Die Zielrichtung der Überprüfung habe ich beschrieben. Ich erwarte mir von dem entsprechenden Gutachten bis zum Sommer nächsten Jahres vor allem Aussagen darüber, ob die neue Bauordnung aus dem Jahr 2003 für den Bauherren schnellere, einfachere und kostengünstigere Verfahren mit sich gebracht hat.

Langfristiges Ziel muss dann in der Tat eine gemeinsame Bauordnung mit Berlin sein. Das heute zu beschließende Änderungsgesetz betrachte ich als einen ersten kleinen Zwischenschritt in genau diese Richtung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Schrey [CDU])

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Günther. - Es spricht jetzt die Abgeordnete Hesselbarth. Bitte schön.

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Abbau von Normen und Standards muss und darf nicht gleichzeitig Infragestellung von Sicherheitsstandards bedeuten. Dies trifft besonders auf die Änderung des § 76 zu.

Bereits im Ausschuss habe ich darauf hingewiesen, dass eine Kannbestimmung bei der Schlussabnahme nicht ausreichend ist, vor allem nachdem im Jahr 2003 bereits die Rohbauabnahme aus der Bauordnung gestrichen wurde. Wie soll so noch eine effektive Kontrolle der Bausicherheit gewährleistet werden? Es kann nicht sein, dass sich die öffentliche Verwaltung bei einem so wichtigen Thema wie dem der Überprüfung der Bausicherheit einfach aus der Verantwortung stiehlt.

(Bischoff [SPD]: Vertrauen Sie Ihren Handwerkern nicht mehr - oder?)

Während Steuern und Abgaben steigen, werden staatliche Leistungen abgebaut. Ich glaube, nein, ich bin mir sicher, dass kein Bürger unseres Landes dafür Verständnis hat, besonders wenn es, wie in diesem Fall, nicht nur um seine Rechtssicherheit geht, sondern im Extremfall auch um die Sicherheit an Leib und Leben.

(Beifall bei der DVU)

Es muss daher auch weiterhin die Aufgabe der Staatlichen Bauaufsicht sein, das Ergebnis eines Bauprozesses vor Ort auf der Baustelle zu überprüfen.

Keine Frage: Dort, wo Normen überflüssig oder sogar kontraproduktiv sind, müssen sie abgeschafft werden. Auf wesentliche Teile des Änderungsgesetzes trifft das zu und findet auch unsere Zustimmung. Dies darf aber nicht auf Kosten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geschehen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Es spricht der Abgeordnete Schrey für die CDU-Fraktion.

Schrey (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abbau von Normen und Standards, Bürokratieabbau - bei all diesen Schlagwörtern fällt vielen Bürgern in Brandenburg immer wieder ein Gesetz ein, das daran gemessen wird: die Brandenburgische Bauordnung.

Die Novellierung im Jahr 2003 war mit langen und zähen Verhandlungen verbunden. Heraus kam eine Bauordnung, die - so sagen die Experten - durch ihre Konzentrationswirkung einzigartig und empfehlenswert ist.

Aber Expertenmeinungen sind das eine. Die Meinung der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger sollte dabei nie außer Acht gelassen werden. Denn sie sind es, die mit den Gesetzen leben müssen. Deren Meinungen und Erfahrungen müssen wir berücksichtigen.

Sie sind es, die eingebunden, überzeugt und mitgenommen werden wollen. Bei solch bürgernahen Gesetzen wie der Bauordnung sollte der Gesetzgeber immer ein offenes Ohr für die Belange der Bürger haben.

In der Zwischenzeit sind Informationen über fachliche und praktische Unzulänglichkeiten und Fehler durch die Baubehörden vor Ort und durch Bauherren an uns herangetragen worden. Aus diesem Grund will die Regierungskoalition mit dem Dritten Änderungsgesetz einige Vereinfachungen für die Bürger erreichen. Hierbei ist eindeutig die Abschaffung der bisher zwingend vorgeschriebenen Schlussabnahme hervorzuheben. Damit wäre Brandenburg das letzte Bundesland, das diese zwingende Vorschrift aus seiner Bauordnung streichen würde. In allen anderen Bundesländern wurde sie entweder bereits gestrichen oder die Entscheidung den unteren Bauaufsichtsbehörden überlassen. Unstrittig ist auch, dass die Schlussabnahme mit Mehraufwand für den Bauherren und für die Verwaltung sowie mit höheren Kosten verbunden ist. Mit der Abschaffung der Schlussabnahme leisten wir einen weiteren Beitrag zur Entlastung der Bürger und der Behörden im Land.

Es muss aber auch allen hier im Haus klar sein, dass die mit dem Dritten Änderungsgesetz und auch die schon mit dem Zweiten Änderungsgesetz verbundenen Neuerungen viele Anpassungen an bestehendes Bundes- und Europarecht, aber nur wenige wirkliche Neuerungen beinhalten. Aus diesem Grund haben die SPD und die CDU schon in ihrem Koalitionsvertrag eine Evaluierung und gegebenenfalls eine Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung vorgesehen.

Auch der Sonderausschuss zum Abbau von Normen und Stan-

dards hat das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung gebeten, die Bauordnung auf den neuesten Stand zu bringen. Dazu zählen nicht nur reine Änderungen im Gesetz, sondern auch die Überprüfung eines Benchmarkings von Rechtsverordnungen im Baurecht oder eine Überprüfung der Bauvorlagenverordnung hinsichtlich möglicher Absenkungen von administrativen Lasten für Bauwillige, soll heißen: weniger Papierkrieg und weniger Vorschriften für den Bauherrn.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, dass uns die Brandenburgische Bauordnung in den nächsten Monaten immer wieder beschäftigen wird. Ich bitte Sie, dem Dritten Änderungsgesetz als einem ersten Schritt hin zu einer bürgerfreundlicheren Bauordnung Ihre Zustimmung zu geben. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Ich rufe nun die Wortmeldung der Landesregierung auf. Herr Minister Szymanski, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass die geltende Brandenburgische Bauordnung zum 1. September 2003 in Kraft getreten ist. Sie beinhaltet erhebliche Änderungen materiell-rechtlicher wie auch insbesondere verfahrensrechtlicher Fragen: Konzentrationswirkung, Subsidiaritätsprinzip gestärkt, mehr Kompetenzen und Gestaltungsfreiheiten für die Gemeinden, natürlich auch mehr Verantwortung für die Bauherren und für diejenigen, die sie unterstützen. Damit haben wir den Bedürfnissen der Praxis entsprochen und haben damit auch Erfolg. In den Landkreisen und kreisfreien Städten, wo diese Bauordnung auch sehr klug angewandt wird, hat sich die Zeit für die Erteilung von Baugenehmigungen deutlich verkürzt. Das heißt, damit werden Investitionshemmnisse abgebaut.

Was bringt nun das Dritte Gesetz? Insbesondere der Wegfall der Schlussabnahme ist ein mutiger, aber ein in anderen Bundesländern auch schon erprobter Schritt. Das muss man so deutlich sagen. Die Bauaufsichtsbehörden werden künftig nicht mehr präventiv, sondern repressiv tätig werden. Das bedeutet wiederum eine Erhöhung der Verantwortung der Objektplaner und der Bauherren. Ich weiß, dass insbesondere die Ingenieure dies in den Anhörungen auch kritisiert haben. Wer den Abbau von Bürokratie will, muss aber auch die Folgen eigenverantwortlichen Handelns akzeptieren; sonst geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Böhnisch, wenn Ihre Einschätzung richtig ist - ich will jetzt kein Gleichnis aus dem Märchen „Schneewittchen und die sieben Zwerge“ bringen, in dem es ja auch einen Prinzen gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und Linkspartei.PDS)

Ich verwahre mich auch davor, Ministerialbeamte in diesem

Gleichnis darzustellen. Denn warum interessieren sich andere Bundesländer gerade für unsere Bauordnung, die natürlich in Teilen von der Musterbauordnung abweicht? Hamburg zum Beispiel hat großes Interesse daran, Mecklenburg-Vorpommern will sogar noch einen Schritt weiter gehen und will auch die fachgesetzlichen Genehmigungen, wenn eine Baugenehmigung erteilt wird, wegfallen lassen. Es ist richtig, dass ich im Zuge des Bürokratieabbaugesetzes weitere Vorschläge in Richtung Staatskanzlei gemacht habe, die wir prüfen werden. Es ist auch richtig, dass man drei Jahre danach auch ein novelliertes Baugesetzeswerk evaluieren muss, um zu schauen, welche Wirkungen es erzielt hat. Ich gehe davon aus, dass wir Mitte 2006 wieder eine sehr umfassende Diskussion führen werden, denn wir haben vor wenigen Tagen die Evaluation unserer Brandenburgischen Bauordnung in Auftrag gegeben. Es ist richtig: Im Bauordnungsgeschehen und im Bauordnungsrecht des Landes Brandenburg liegen ein gutes Tempo und eine gute Dynamik. Deswegen unterstütze ich diesen Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Wir kommen zur Abstimmung.

Dazu liegt Ihnen die Beschlussempfehlung, Drucksache 4/2190 - Änderung der Bauordnung -, vor. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei mehreren Stimmenthaltungen ist dieses Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/1750

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 4/2201(Neudruck)

Es wurde vereinbart, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass wir gleich zur Abstimmung kommen können.

Wer der Beschlussempfehlung, Drucksache 4/2201, Neudruck, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei sechs Gegenstimmen und mehreren Stimmenthaltungen ist dieses Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Meldegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/1441

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 4/2202
(Neudruck)

Auch hierzu ist vereinbart worden, keine Debatte zu führen, sodass wir auch bei diesem Tagesordnungspunkt sofort abstimmen können.

Wer der Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/2202, Neudruck, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen und mehreren Stimmenthaltungen ist dieses Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetz zur Neuorganisation der Liegenschafts- und Bauverwaltung

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/2059

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/2228
(Neudruck)

Auch hierzu ist vereinbart worden, keine Debatte zu führen, sodass wir sofort zur Abstimmung kommen können.

Es wird abgestimmt über die Beschlussempfehlung, Drucksache 4/2228, Neudruck. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 7**:

Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 27. September 2005 zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/2060

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 4/2230

Es ist vereinbart worden, auch zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass die Abstimmung sofort erfolgen kann.

Es wird über die Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/2230 abgestimmt. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Beschlussempfehlung zugestimmt worden. Damit ist das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetz zu dem Dritten Staatsvertrag über die Änderung des Landesplanungsvertrages

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/2080

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 4/2245

Es ist vereinbart worden, auch zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Es wird über die Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/2245 abgestimmt. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und mehreren Stimmenthaltungen ist das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet worden.

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Schulze (SPD) das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

Schulze (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Ich habe mit Nein gestimmt. Viele Kolleginnen und Kollegen wissen, aus welchem Wahlkreis ich komme. Dort wohnen 30 000 Menschen, die von den rechtlichen Konsequenzen des soeben verabschiedeten Gesetzes betroffen sind. Ich weiß auch, dass in einer Minderheitauffassung immer Gründe gesehen werden, die als mit den Motiven der Mehrheit nicht kompatibel erscheinen. Mit dieser

Tatsache kann und muss ich leben. Aber ich muss dem Gesetz nicht zustimmen. Ich will das auch ganz kurz begründen.

Im Gesetz heißt es, die Unvollständigkeit der Begründung eines Raumordnungsplanes sei unbeachtlich. Angesichts dessen fragt man sich als juristischer Laie, insbesondere dann, wenn dieser Aspekt im Fachausschuss nicht erörtert worden ist, warum überhaupt noch eine Begründung notwendig ist, wenn Fehler daran unbeachtlich sein sollen.

Auch das in § 22 a geregelte Rückwirkungsgebot bedeutet für mich eine Beschneidung von Bürgerrechten.

Deswegen konnte ich weder mit Ja stimmen noch mich der Stimme enthalten. Ich musste mich insoweit positionieren. Ich denke, das Haus kann das aushalten. Für mich ist an dieser Stelle Geradlinigkeit wichtig.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Schulze. Ihre persönliche Erklärung ist zur Kenntnis genommen worden.

Ich schließe damit Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Gesetz zur Neuregelung der Berufsbezeichnung „Ingenieurin“ und „Ingenieur“

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/2227

1. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 4/2227 an den Ausschuss für Wirtschaft. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Überweisung ist einstimmig zugestimmt worden.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Nachfragen und Ergänzungen zur Kleinen Anfrage „Die DDR im Geschichtsunterricht, Drs. 4/1456 und 4/1571 - Ergänzungsfragen zur Kleinen Anfrage der Abgeordneten Saskia Funck (CDU) und zu den Antworten der Landesregierung (Drs. 4/1443)“

Große Anfrage 16
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/1671

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 4/2111

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der DVU-Fraktion. Frau Abgeordnete Fechner, Sie haben das Wort.

Frau Fechner (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Gäste! Die DVU-Fraktion wollte mit der Großen Anfrage an die Landesregierung in Erfahrung bringen, welchen Stellenwert das DDR-Regime im Schulunterricht im Land Brandenburg hat. Es mag durchaus sein, dass es hier in diesem hohen Hause bezüglich der Wichtigkeit dieses Themas unterschiedliche Meinungen gibt.

Die Mitglieder meiner DVU-Fraktion halten jedoch die eingehende Befassung mit der DDR-Geschichte, dem SED-Unrechtsregime und seinen Verbrechen an den Schulen unseres Landes für sehr wichtig. Bei einigen der linken Genossen mag das eventuell anders sein; schließlich geht es ein Stück weit um ihre eigene Aufarbeitung. Aber ich denke, dass sich die einstigen Diktatoren zu Demokraten gewandelt haben und demzufolge nicht allzu viele Schwierigkeiten damit haben werden. Ich kann also davon ausgehen, dass die meisten hier im Hause daran interessiert sind, dass sichergestellt wird, dass junge Menschen an den Schulen in Brandenburg auch über diesen Teil der deutschen Geschichte umfassend unterrichtet werden.

Leider geben uns neuere Medienberichte und auch meine eigenen Erfahrungen aus Gesprächen mit Schülern Anlass zu der Sorge, dass hier einiges im Argen liegt. Uns stellt sich die Frage: Woran liegt das?

Wir haben zu dieser Problematik bereits eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt; doch wie es hier leider so oft der Fall ist, blieben etliche Fragen unbeantwortet. Daraufhin haben wir uns veranlasst gesehen, diese Große Anfrage zu konzipieren.

Ich komme zu den einzelnen Fragen und Antworten.

In der Antwort zu Frage 1 wird uns unter anderem mitgeteilt, dass der Unterricht in den allgemein bildenden Schulen des Landes Brandenburg nicht so geregelt sei, dass Lerninhalte pro Unterrichtsstunde vorgegeben würden. Es sei vielmehr so, dass ein allgemeiner Rahmenplan existiere. Dieser gibt eben nur einen Rahmen vor. Die Gewichtung eines bestimmten Lernstoffes obliegt der jeweiligen Lehrkraft. Sie bestimmt, ob man sich damit intensiv oder nur oberflächlich beschäftigt.

Nun gibt es durchaus Lehrkräfte, die Schwierigkeiten haben, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Das sind hauptsächlich Lehrkräfte, die schon zu DDR-Zeiten im Schuldienst tätig waren. Letztendlich waren auch diese Lehrkräfte Teil des real existierenden Sozialismus.

(Frau Große [Die Linkspartei.PDS]: So wie Sie, Frau Fechner!)

- So wie ich. Das ist richtig, Frau Große. - Im Grundsatz halten auch wir von der DVU-Fraktion es für sachgerecht, den Schulen einen möglichst großen Freiraum bei der Ausgestaltung des Unterrichts zu geben. Das entbindet die Landesregierung aber nicht von der Verantwortung, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Erfolg des Unterrichts ausbleibt oder ausbleiben droht. Nach Kenntnisnahme der PISA-Ergebnisse

hat die Landesregierung die Hände auch nicht in den Schoß gelegt und den Dingen ihren Lauf gelassen. So wurden Rahmenpläne überdacht und mit verbindlichen Vorgaben versehen, die die Vermittlung entsprechenden Grundwissens sicherstellen sollen. In einigen Bereichen wurde der Rahmenplan durch einen konkretisierten Rahmenlehrplan ersetzt.

Auch die Aufarbeitung der DDR-Geschichte gehört unserer Meinung nach zu den Dingen, die verbindlich an den Schulen gelehrt werden müssen. Hier geht es zwar nicht um Mathe oder Deutsch, also unmittelbar für das Berufsleben elementares Wissen, aber es geht um unser Land.

(Beifall bei der DVU)

Für dessen künftige demokratische Entwicklung und Gestaltung sind fundierte Kenntnisse über die DDR-Geschichte unerlässlich, insbesondere deshalb, weil wir es heute mit einer Schülergeneration zu tun haben, die die DDR aus eigenem Erleben nicht mehr kennt. So wie der Sozialismus unter der Führung der Nazis kritisch aufgearbeitet wird, so muss auch der Sozialismus unter der Führung der SED-Sozialisten kritisch aufgearbeitet werden.

(Beifall bei der DVU - Dr. Klocksinn [SPD]: Ihre Beschränktheit ist grenzenlos!)

- ist ja gut! -, ohne dass es uns hierbei um ein Aufrechnen der einzelnen Arten des praktizierten Sozialismus geht.

Ich komme auf einige weitere Fragen unserer Großen Anfrage zu sprechen. In den Fragen 3 und 4 wollten wir wissen, in welcher Weise und mit welchen Unterrichtsinhalten die DDR-Diktatur einschließlich ihrer ideologischen Hintergründe abgehandelt wird.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Gehen Sie zur Schule, dann lernen Sie etwas!)

Uns wird mitgeteilt, die Landesregierung fördere bereits seit Jahren die Aufklärung über die Geschichte der DDR im Rahmen des Geschichtsunterrichts und der historischen Bildungsarbeit. Das Ministerium habe den Schulen bereits 1992 eine kommentierte Quellensammlung und eine vierbändige Publikation zum Thema DDR-Volksbildung zur Verfügung gestellt. Des Weiteren bestünden zahlreiche Kooperationsvereinbarungen wie beispielsweise mit der Gedenkstätte in Hohenschönhausen. Das alles ist gut und richtig, wenn es denn auch wirklich genutzt wird. Die Landesregierung jedenfalls kann aber keine Aussage darüber treffen, inwieweit all diese Angebote tatsächlich genutzt werden.

Wir wollten in unserer Großen Anfrage auch wissen, ob im Rahmen der Befassung mit der Ideologie des Sozialismus an Brandenburger Schulen ein Vergleich des Menschenbildes des Grundgesetzes mit dem des Marxismus-Leninismus sowie des Stalinismus stattfindet. Darauf hat die Landesregierung geantwortet, so etwas sähen die Rahmenlehrpläne nicht vor. Übrigens ist jetzt die Rede von Rahmenlehrplänen und nicht mehr von Rahmenplänen. Es stellt sich damit die Frage, ob die Befassung mit dem Thema auf der Grundlage eines Rahmenplanes oder auf der eines konkreteren Rahmenlehrplanes erfolgt. Vielleicht kann der Vertreter der Landesregierung anschließend dazu Stellung beziehen.

(Zuruf von der SPD: Wir sind doch nicht in der Fragestunde!)

Ich merke schon, er hat wieder Redeverzicht angemeldet. Das ist nicht weiter verwunderlich; schließlich lässt diese Landesregierung alles sprachlos über sich ergehen und kann noch nicht einmal auf eine so einfache Frage Antwort geben.

(Beifall bei der DVU)

Wir von der DVU-Fraktion halten einen Vergleich des Menschenbildes des Grundgesetzes mit dem des Marxismus-Leninismus sowie des Stalinismus für unerlässlich, weil sich hieraus Ursachen für menschenrechtswidriges staatliches Handeln und die diktatorischen Herrschaftsansprüche ergeben.

Dasselbe ergibt sich im Hinblick auf die Antworten auf unsere Fragen 5, 6 und 7 vor allem für das Scheitern dieses Systems.

Mit den Fragen 8, 9 und 10 wollten wir herausfinden, über welche Erkenntnisse die Landesregierung bezüglich des Wissensstandes Brandenburger Schüler zur DDR-Geschichte verfügt. Es ist nur als erstaunlich zu bezeichnen, dass die Landesregierung offensichtlich keine Ahnung vom Wissensstand der Schüler zur DDR-Geschichte hat, jedoch gleichzeitig jeglichen Änderungsbedarf für die Rahmenlehrpläne verneint. Aus Sicht der DVU-Fraktion ist der Erfolg von Unterricht an seinen Ergebnissen zu messen. Zum Kenntnisstand unserer Schüler zur DDR-Geschichte kann diese Landesregierung offenbar keine vernünftigen Aussagen machen.

Die Bedeutung einer fundierten Befassung mit den Tatsachen zur DDR-Diktatur an den Schulen Brandenburgs für die Entwicklung der Demokratie in unserem Land lässt sich mit dem vermeintlichen Desinteresse der Landesregierung nicht in Einklang bringen. Wahrscheinlich erklärt dieses vermeintliche Desinteresse, warum sich die Landesregierung bei ihren Antworten auf unsere Frage 4 gegen den dort eingeführten Begriff der Vermittlungstiefe wehrt, statt näher darauf einzugehen. Mit dem Begriff der Vermittlungstiefe meinen wir nichts anderes als bei der Mathematik. Hier wie dort ist ein gewisses Kernwissen unerlässlich.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit von zehn Minuten ist um.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Gott sei Dank! - Zuruf von der SPD: Irgendwann muss Schluss sein!)

Frau Fechner (DVU):

Das kann nicht sein, denn ich habe erst acht Minuten gesprochen. Es wird ja alles aufgezeichnet und es wird sich nachvollziehen lassen, wie viel Redezeit ich in Anspruch genommen habe.

(Zuruf: Richtig!)

Ich möchte zum Abschluss noch einen Satz anbringen, bevor die Redner der anderen Fraktionen ans Pult treten und irgendwelchen Unsinn erzählen. Mit dieser Großen Anfrage ging es uns nicht darum, die einzelnen Arten des Sozialismus aufzurechnen, sondern einzig und allein um die Behandlung der DDR und des SED-Regimes im Unterricht und darum, was letztlich an überprüfbarem Wissen bei den Schülern angekommen ist. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU - Zuruf von der SPD: Wir haben viel von Ihrem Weltbild gelernt!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Dombrowski, der für die Fraktionen von CDU und SPD spricht.

Dombrowski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Großen Anfrage der DVU-Fraktion unter Bezugnahme auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Funck ging es im Wesentlichen darum, zu beleuchten, ob das Thema DDR und Lebensumstände in der DDR in unseren Schulen ausreichend und tiefgründig genug behandelt wird.

Die Fragen, die die DVU-Fraktion hier gestellt hat, waren zum Teil in einem Ton gehalten, den ich nicht für angemessen halte. Die Antworten der Landesregierung lassen schon erkennen, dass einiges nicht zu beantworten ist, weil die Brandenburger Rahmenlehrpläne den Lehrern einen großen Spielraum dabei lassen, auf welche pädagogische Art und mit welchen Mitteln sie einzelne Themen behandeln und vertiefen. Dennoch haben wir uns immer wieder die Frage zu stellen, ob das, was wir in den Rahmenplänen vorgeben, und das, was in diesem Bereich wie auch in anderen Bereichen an Wissen tatsächlich vermittelt wird, ausreichend ist und ob es in ausreichendem Maße abgefragt werden kann.

Die Herangehensweise in den Schulen ist daher unterschiedlich. Die Kollegin Funck hatte in ihrer Kleinen Anfrage einen „Vorfall“ vorgetragen, wonach Schüler aus Rathenow und Premnitz die Lesung eines DDR-kritischen Buchs unter Missfallensbekundungen verlassen haben sollen. Das konnte nicht ganz aufgeklärt werden.

Ich kann aber ein anderes Erlebnis schildern: Ich selbst habe im vorigen Jahr am Humboldt-Gymnasium in Premnitz zwei Stunden lang mit 100 Schülern, die gut vorbereitet waren, über diesen Themenkreis gesprochen. Ich habe der Lehrerin hinterher 780 Euro aus privaten Mitteln zur Verfügung gestellt, damit die Schülerinnen und Schüler zur Gedenkstätte Hohenschönhausen fahren können.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das Thema wurde dort ordentlich verarbeitet. Es wäre schön - dies ist vielleicht auch eine Aufforderung an den Landtag -, wenn unseren Schulen geholfen werden könnte, diese Mittel aufzubringen, wenn sie an solchen Projekten interessiert sind. Die Erfüllung des Wunsches, dass Schülerinnen und Schüler an authentische Stätten fahren, um dort die Unterrichtsinhalte zu vertiefen, kann nicht davon abhängig gemacht werden, dass Private Geld dafür bereitstellen. Nichts ist so anschaulich wie das persönliche Erleben.

(Beifall bei der CDU)

Eines ist doch völlig klar: Jeder, der das Leben in der DDR beleuchtet, wird es ein bisschen aus seiner Position heraus tun. Jeder wird es so tun, wie er es persönlich erlebt hat. Das ist nur zu verständlich und zu menschlich. Dass wir hier offenbar Defizite haben, ist auch durch diesen Landtag belegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden sich sicherlich an die Aktuelle Stunde im vorigen Jahr zum Thema „Brandenburg

15 Jahre nach dem Fall der Mauer“ erinnern, als die Kollegin Steinmetzer für die PDS-Fraktion 25 Minuten vorgetragen hat. Die Kollegin Steinmetzer hat den Großteil ihrer Schulzeit in Brandenburger Schulen verbracht. Ihr Vortrag konnte von mir letztlich unter die Überschrift gestellt werden: „Bei Mutti und bei der SED war es schön.“ Das zeigt, dass auch hier offenbar noch Defizite sind.

Wir könnten schon darüber diskutieren, ob wir die Rahmenlehrpläne in Einzelfällen noch stärker mit konkreten Inhalten auskleiden. Wir müssten die Einbindung von Zeitzeugen in den Unterricht von Geschichte und die politische Bildung stärker als Hilfsmittel heranziehen. Auch das kann der Landtag darstellen: Wir haben hier ehemalige Mitarbeiter des MfS. Wir haben einen ehemaligen Bezirksparteisekretär. Wir haben hier Mitglieder der ehemaligen Bürgerrechtsbewegung, wie unseren Ministerpräsidenten. Wir haben ehemalige politische Gefangene. Wir können das gesamte Repertoire bieten, das Schülerinnen und Schülern hilft, zu begreifen, was in der DDR geschehen ist.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

- Regen Sie sich doch nicht auf. Das wäre doch sehr interessant. Im Rahmenlehrplan Geschichte der Sekundarstufe I wird unter „Verbindliche Inhalte“ vorgeschrieben, dass Flucht und Vertreibung zu behandeln sind. Sie erinnern sich sicherlich daran, dass Herr Kollege Vietze vor zwei Jahren hier erklärt hat, es habe gar keine Vertreibung gegeben. Es wäre doch spannend, an Brandenburger Schulen zu besprechen, wie solche Kontraste aufgelöst werden und welche Rückschlüsse Schülerinnen und Schüler daraus ziehen können.

Meine Damen und Herren, damit komme ich auch schon zum Schluss. Jedem hier ist wohl klar, worum es am Ende geht. Wir haben darauf zu achten, dass unseren Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, was Heimat ist, woraus ihre Heimat entstanden ist, auch darauf, dass sie ihre Rolle in diesem demokratischen Rechtsstaat finden und im Zweifelsfall kritisch beurteilen können, wo ihre Eltern gestanden haben. Auch ich habe meine Mutter früher gefragt: Sag mal, wie war denn das bei dem Hitler? - Da hat sie mir ehrlich gesagt: Ich habe auch an der Straße gestanden und gejubelt. Das haben wir alle gemacht. Das war, im Nachhinein betrachtet, nicht richtig. - Wenn wir unsere Schülerinnen und Schüler dahin bringen, dass sie bei Erwachsenen nachfragen: „Wie war das damals?“, dann haben wir viel erreicht. Wir brauchen uns nicht in die Familien einzumischen, aber wir müssen sicherstellen, dass die Schulen Impulse geben werden dahin gehend, dass auch kritische Dinge betrachtet werden. In sehr vielen Fällen ist das schon so. Unser Problem ist vielleicht, dass wir nicht mit Sicherheit sagen können - auch der Minister wird das nicht sagen können -, dass es an allen Schulen der Fall ist, dass mit der notwendigen Objektivität, der notwendigen Tiefe und den angemessenen und pädagogisch richtigen Mitteln gearbeitet wird, um DDR im Vergleich zum demokratischen Rechtsstaat zu begreifen.

Von daher besteht hier keinerlei Vorwurf. Unsere Lehrer sind dazu in der Lage. Unsere Lehrer, die im Durchschnitt 48 Jahre alt sind, haben ihre Ausbildung überwiegend in der DDR bekommen. Sie sind es gewöhnt, mit konkreten Vorgaben stundengenau zu arbeiten, wenn es die Politik denn will. Ich denke, dass die Lehrer auch daran interessiert sind, möglichst konkrete

te Vorgaben zu haben. Das gibt es ja auch in anderen Fachbereichen, und ich will das auch nicht auf das kritische Thema DDR-Betrachtung begrenzen. Die Lehrer wollen konkrete Vorgaben, wie sie Unterricht zu halten haben. Die Lehrer wollen - so ist ihre Ausbildung - auch kontrollfähig arbeiten.

Meine Damen und Herren, alles in allem: Die DVU-Fraktion hat aus meiner Sicht bei dem Ton, den sie hier in der Anfrage gewählt hat, überzogen. Ich denke, Brandenburg ist ein tolerantes Land. Wir leben hier in dem positiven Teil der preußischen Tradition. Das sollten wir auch fortführen. Die Toleranz, die wir praktizieren, soll aber nicht dazu führen, dass über Dinge, die benannt, ausgewertet und vermittelt werden müssen, einfach der Schleier des Vergessens gelegt wird. Es geht nicht darum, Vorwürfe auszutauschen, auch nicht hier im Landtag, aber jeder hat seinen Platz, jeder hat seine Aufgabe. Aufrichtigkeit gegenüber jungen Menschen ist unerlässlich. Das gilt nicht nur für Lehrer. Wir sagen auch unseren Kindern - das tun wir alle, egal, wo wir stehen -: Sagt die Wahrheit, es ist alles nicht so schlimm. - Es gehört also auch dazu, dass wir hier die Wahrheit sagen und nicht davor kneifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Damit möchte ich schließen. Ich bin gespannt auf die Anmerkungen der Fraktion der Linkspartei.PDS zu dem vorher Gesagten. Vielleicht kann ich mich danach noch einmal zu Wort melden, wenn ich noch Redezeit habe. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Dombrowski. - Die Abgeordnete Große hat das Wort. Bitte schön.

Frau Große (Die Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren von der DVU-Fraktion, ich nenne noch einmal Ihre erste Frage der Großen Anfrage, auch wenn sie mir schwer über die Lippen kommt:

„Welche Gewichtung weist an Schulen Brandenburgs die Vermittlung von rund 40 Jahren 'DDR'-Unrechtsregime im Vergleich zur Behandlung der 12 Jahre NS-Unrechtsregime konkret auf?“

Schon mit dieser Frage wird Ihre Intention deutlich; Sprache entlarvt. Im Unterschied zu Ihnen, verehrter Herr Kollege Dombrowski, meine ich nicht, dass das nur ein Vergreifen im Ton ist, sondern ich meine, dass man hier inhaltlich völlig daneben liegt. Ihnen, meine Damen und Herren von der DVU, geht es um die Relativierung der Verbrechen der NS-Diktatur.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Eigentlich müsste man schon an dieser Stelle aufhören, sich mit Ihnen auseinander zu setzen. Eine so gestellte Frage kann nur aufs Schärfste zurückgewiesen werden, wie es auch die Landesregierung getan hat.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mein Respekt gilt an dieser Stelle der Landesregierung, die Ihre zum Teil von unglaublicher Unkenntnis getragenen Fragen dennoch beantwortet hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Nach sechs Jahren parlamentarischer Tätigkeit sollten auch Sie endlich verstanden haben, dass es in unserem Land nach § 10 des Brandenburgischen Schulgesetzes glücklicherweise um schulstufenbezogene Rahmenlehrpläne geht, welche vom Ministerium erlassen werden, zumal das in genau diesen beiden Legislaturperioden, in denen auch Sie hier tätig waren, für die Sekundarstufe I und für die Grundschule getan wurde und zurzeit für die Sekundarstufe II geschieht. Das transparente Verfahren hierzu scheint an Ihnen vorbeigegangen zu sein. Ansonsten hätten Sie manche Ihrer Fragen gar nicht stellen müssen.

Ich möchte, weil ich so herzlich von Herrn Dombrowski eingeladen wurde, dennoch einige inhaltliche Anmerkungen machen, auch wenn es mir wegen der oben genannten Grundhaltung wirklich widerstrebt.

Die Vermittlung der DDR-Geschichte gehört zweifellos zu den schwierigen Aufgaben für Lehrkräfte im Lernbereich Gesellschaftswissenschaften. Im Übrigen gehört es zu meiner Erfahrung, dass sich auch Lehrkräfte anderer Fächer, beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen von den Fremdsprachen sowie die in den Fächern Deutsch, Musik, Kunst und ganz besonders die im Fach Darstellendes Spiel, dieser Thematik annehmen. Dass dies dennoch schwierig ist, hat viele Gründe. Ich will mich auf einige wenige beschränken. Der wichtigste Grund ist schon die zeitliche Nähe. Auch wenn DDR-Geschichte seit mehr als zehn Jahren zu den Forschungsschwerpunkten im Bereich der Zeitgeschichte gehört und mittlerweile eine Vielzahl von Darstellungen vorliegt, gibt es noch kein abgeschlossenes, gesichertes, wissenschaftlich fundiertes, objektives Bild. Das DDR-Bild, das Sie, meine Damen und Herren von der DVU-Fraktion, hier haben wollen, ist eben nicht dieses wissenschaftlich fundierte, abgeschlossene.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Stattdessen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Sichtweisen auf die DDR, die durch unterschiedlichste Erfahrungen, Erlebnisse, Befindlichkeiten und Biografien von Lehrkräften, aber auch von Großeltern, Eltern und Geschwistern ergänzt werden. Dazu gibt es eine auch von uns durchaus kritisch bewertete mediale Aufbereitung dieses Themas - von Ostalgieshows über „Super Illu“-Darstellungen, zurückgezogene Nostalgie-Duschbäder bis hin zu verzerrenden Filmversuchen. Auch zurückliegende Einwürfe von Mitgliedern dieser Landesregierung - ich erinnere an das vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Schönbohm Gesagte - führen letztendlich dazu, dass ein Bild über die DDR vermittelt wird, das einfach nicht stimmig ist.

Die Landeszentrale für politische Bildung, die Sie, meine Damen und Herren von der DVU, eigentlich eher „wegsparen“ wollen, versucht, dem ernsthaft entgegenzuwirken, und erstellt hierzu für Schule wichtige Materialien.

Ich möchte auch zu bedenken geben, dass die Schüler der derzeitigen 9. Klasse um die Zeit der Wende geboren sind. Ihr Verhältnis zur DDR ist ambivalent. Das Interesse der meisten Schüler an dieser Zeit unterscheidet sich nicht von dem Inte-

resse an anderen geschichtlichen Epochen. Ihre Fragestellungen jedenfalls sind von einer einseitigen, ahistorischen Geschichtsbetrachtung geprägt. Die DDR kann und darf nicht losgelöst von den realen geschichtlichen Abläufen unter Ausblendung der Parallelgeschichte der Alt-BRD und des von beiden Seiten erbittert geführten Kalten Krieges betrachtet werden. Nur durch eine differenzierte Geschichtsbetrachtung können alle gesellschaftlichen demokratischen Kräfte dazu beitragen, die Defizite bei der Erforschung und Vermittlung von DDR-Geschichte allmählich aufzuarbeiten.

Eine sachliche und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR kann und muss ein Beitrag sein, die Urteilsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu befördern, Schülerinnen und Schüler zu emanzipierten Bürgern einer demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft zu erziehen und sie gegen jegliche Fremdbestimmung zu immunisieren. Das ist auch der Auftrag von Schule. Dazu kann die differenzierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR einen Beitrag leisten.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Große, Ihre Redezeit ist beendet.

Frau Große (Die Linkspartei.PDS):

Das hat die Landesregierung in der Beantwortung der Großen Anfrage trotz der völlig undifferenzierten Fragestellung auch aufgezeigt. Die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes stellen sich dieser nicht leichten Herausforderung. Es bedarf Ihrer Anfrage dazu nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Es gibt die Information, dass die Landesregierung zu dieser Debatte nicht Stellung nehmen möchte, aber den Hinweis auf eine Kurzintervention durch Frau Fechner. Bitte schön.

(Frau Fechner [DVU]: Ich warte die Ausführungen des Abgeordneten Dombrowski ab!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Dombrowski, Sie haben noch zwei Minuten. Bitte schön.

Dombrowski (CDU):

Frau Große, ich habe mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich meine, dass ich das, was die DVU gefragt hat, mit meinen Worten schon deutlich genug bewertet habe, nämlich als überzogen.

(Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Finden Sie!)

Ich glaube, dass es nicht richtig ist, Frau Große, wenn Sie den Eindruck erwecken, man könne ein Unrecht gegen ein anderes aufwiegen oder das eine mit dem anderen vergleichen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Eindruck, der hier entstanden ist. Den finde ich un-

angemessen. Ich möchte daran erinnern, dass Sie unseren Ministerpräsidenten, der ein Musterbeispiel an Ausgeglichenheit ist, im vorigen Jahr in der Debatte „Brandenburg 15 Jahre nach dem Fall der Mauer“ dazu gebracht haben, dass er das Rednerpult erobert und Sie deutlich angesprochen hat. Das sollten Sie bei der Toleranz, die wir untereinander pflegen, bitte berücksichtigen. Wenn Sie sagen, es gebe kein wissenschaftliches, objektives Bild von der DDR, das man vermitteln könne,

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

und die Schüler der 9. Jahrgangsstufe seien nicht so sehr daran interessiert, dann haben wir tatsächlich Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Es geht nicht darum, dass unsere Schülerinnen und Schüler das vermittelt bekommen sollen, was ihnen am meisten Spaß macht, sondern das, was insgesamt sinnhaft ist und pädagogisch für sinnvoll gehalten wird. Dazu gehört selbstverständlich auch die Beschäftigung mit unserer Heimat und allem, was dazugehört. Dabei geht es mitnichten darum, die DDR nur in Schwarz und das andere in hellem Pastellrosa zu malen. Darum geht es überhaupt nicht, sondern es geht darum, beide Seiten darzustellen. Ich glaube, dass unsere Lehrer auch dazu bereit sind, wenn ihnen - ich wiederhole es - die notwendigen Instrumente dazu an die Hand gegeben werden.

Jeder hat seine persönlichen Erfahrungen. Ich kann Ihnen sagen, wir haben im Landkreis Rathenow nach der Wende mehrere Klassensätze von Büchern angeschafft, unter anderem von Margarete Buber-Neumann „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“, einer deutschen Kommunistin, die in die Sowjetunion geflüchtet ist und von den sowjetischen Kommunisten an die Nazis ausgeliefert wurde. Innerhalb von 16 Jahren sind diese Bücher von unseren Lehrern in der Region nicht ein einziges Mal ausgeliehen worden. Von daher bedarf es schon Impulse, sich mit der Geschichte unseres Landes, mit dem Positiven und dem Negativen, auseinander zu setzen,

(Beifall bei der CDU)

von mir aus auch in beiden Teilen Deutschlands. Aber mit Ihrer Darstellung hier bin ich überhaupt nicht einverstanden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der Linkspartei.PDS: Das müssen Sie auch nicht!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Damit ist Ihre Redezeit beendet. - Frau Fechner erhält das Wort zu einer Kurzintervention.

Frau Fechner (DVU):

Ich will es kurz machen; Herr Dombrowski hat vieles vorweggenommen.

Die Art und Weise, wie die PDS sich heute hier mit diesem Thema auseinander gesetzt hat, verwundert mich gar nicht. Letztendlich geht es um die Aufarbeitung ihrer unrühmlichen Geschichte. Es verwundert mich auch nicht, dass es den einstigen Diktatoren besonders schwer fällt, sich mit ihrer Vergangenheit auseinander zu setzen. Sie nennen sich jetzt ja Neude-

mokraten; vielleicht sollten sie wirklich einmal umdenken lernen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich beende die Aussprache. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 16 ist damit zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln
Zweiter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe
Aufbau Ost**

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 4/2200

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit ist der Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Bericht zur Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes (IVK) 2002

Antrag
der Fraktion der Linkspartei.PDS

Drucksache 4/2178

Des Weiteren liegt der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU, Drucksache 4/2286, vor. Wir treten in die Aussprache ein. Das Wort erhält die Abgeordnete Tack von der Linkspartei.PDS.

Frau Tack (Die Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen im Zusammenhang mit der Debatte zur Regierungserklärung einige Geschichten gehört, auch eine aus einer Backstube. Ich will Ihnen über eine wahre Begebenheit berichten, die hier im Haus stattgefunden hat.

Genau vor elf Jahren - lange ist es her, aber es gibt Zeitzeugen - gab es hier im Parlament folgendes Ereignis: Der PDS-Antrag mit der Aufforderung, die Landesregierung möge ein Integriertes Verkehrskonzept erarbeiten und dem Parlament vorlegen, wurde angenommen, obwohl die PDS auch damals nicht die absolute Mehrheit hatte, und die Landesregierung legte dem Parlament 1995 das erste Integrierte Verkehrskonzept zur Debatte vor. So viel zu wahren Begebenheiten, zu einer Situation, die hier im Haus möglich war.

Dieses Beispiel nenne ich deshalb, weil es gut wäre, wenn auch Sie wieder zu Sachentscheidungen zurückfinden könnten und sich dafür engagierten, dass es wieder Normalität würde, dass auch Anträge der Linkspartei.PDS-Fraktion zur Beratung in

die Ausschüsse überwiesen und angenommen würden. Das wäre gut und es wäre der Sache dienlich. Dann müsste nicht mit Entschließungsanträgen der vorliegenden Art auf unseren Antrag reagiert werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Landesregierung hat ihr Konzept im Jahr 2002 überarbeitet und - ich nenne es ganz deutlich - anspruchsvolle und ehrgeizige Ziele für die Verkehrspolitik des Landes formuliert. Auf diese Fassung aus dem Jahre 2002 will ich mich im Folgenden beziehen. Ich nenne einige Zitate, weil diese sehr eindrucksvoll widerspiegeln, zu welcher Positionsfindung man kommen kann, wenn man sich sehr intensiv mit Verkehrs- und gesellschaftspolitischen Zielstellungen im Zusammenhang mit der Zukunftsentwicklung in Brandenburg beschäftigt.

Erstes Zitat:

„Ziel ist die Begrenzung eines weiteren Anstiegs des Verkehrsaufkommens ... und eine Reduzierung der Belastung des Straßennetzes durch den Personen- und Güterverkehr auf ein erreichbares Mindestmaß.“

Ein zweites Zitat:

„Der ÖPNV ... dient der ... Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit.“

Ein drittes Zitat:

„Nutzung vorhandener Kapazitäten und Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Der schienengebundene Personen- und Güterverkehr, die Binnenschifffahrt sowie der ÖPNV haben Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr.“

Damit ist das Auto gemeint.

Die Entwicklung lief, obwohl diese guten Grundsätze bestanden, ausgehend von 1995 und 2002, leider etwas anders. Ich will nur zwei Zahlen nennen. 1991 wurden die Fahrten und Wege im Land zu 50 % mit dem motorisierten Individualverkehr, sprich: mit dem Auto, zurückgelegt. 2001, also 10 Jahre später, waren es bereits 56 %. Der Anteil des ÖPNV sank in diesem Zeitraum von 9 auf 8 % und der des Fußgänger- und Radverkehrs von 41 auf 36 %. Das ist also das Basisjahr bzw. das Vergleichsjahr 2001. Sie wissen, dass sich dieser Trend in negativer Richtung leider fortgesetzt hat.

Ein viertes Zitat:

„Grundprinzipien des Ausbaukonzeptes sind die Verbesserung der Erreichbarkeit, die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Bewältigung der prognostischen Verkehrsmengen. Planerisch ist derjenige Straßenverkehr zugrunde zu legen, der nach Ausschöpfung aller Vermeidungs- und Verlagerungsstrategien zu bewältigen bleibt. Die vorhandene Netzdichte der Bundesfern- und Landesstraßen reicht hierfür bis auf den nordwestlichen Raum“

- hier wird auf die A 14 verwiesen -

„überwiegend aus.“

Das ist, denken wir, ein richtiger Grundsatz. Im Gegensatz dazu kennen wir die aktuelle Situation, dass sich die regionalen Wachstumskerne, die alle ihre Engpassfaktoren zusammengestellt haben, im Wesentlichen darauf fixiert haben, Engpassfaktoren in der Verkehrsinfrastruktur zu sehen und zu finden. Das heißt, sie haben in erster Linie den Engpassfaktor Straße ermittelt und erwarten hier Straßenbauinvestitionen in Milliardenhöhe. Auch hier läuft die Entwicklung anders als in den Grundsätzen formuliert. Dies halten wir für bedenklich. Ich weise auch darauf hin, dass sich der Bundesrechnungshof gegenwärtig damit beschäftigt, ob all diese Brücken- und Straßenbauten in dieser Art und Weise in Brandenburg wirklich Sinn machen und demzufolge der Mitteleinsatz gerechtfertigt ist.

„Mit dem Integrierten Verkehrskonzept beschreibt die Landesregierung ihre Ziele für die Verkehrspolitik. Diese Ziele sind in konkrete Handlungskonzepte umzusetzen.“

Auch das ist ein Zitat aus dem IVK.

Das alles sind also Zielsetzungen und Grundpositionen der Landesregierung, die es unseres Erachtens nach wie vor durch kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen und konkrete Konzepte zu untersetzen und in Verantwortungsteilung zwischen EU, Bund, Land und Kommunen umzusetzen gilt. Grundsätzlich gilt dabei laut Integriertem Verkehrskonzept der Landesregierung die Priorität Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Verkehrsintegration.

Nach meiner Überzeugung liegt es auch in Ihrem Interesse, dass die Landesregierung bis Anfang April nächsten Jahres einen Bericht zur Umsetzung der genannten Grundsätze und Ziele der Verkehrsplanung im Lande Brandenburg im Parlament vorlegt, damit wir die Situation für alle Verkehrsträger, für deren Verflechtungselemente, für deren Verlagerungspotenziale kennen. Dabei soll die Landesregierung ihre im IVK aufgestellten verkehrspolitischen Zielstellungen analysieren und bewerten. Dann haben wir eine gemeinsame Ausgangsbasis, um über notwendige Veränderungen nachzudenken.

Der Bericht soll sich auf folgende Hauptziele konzentrieren:

Erstens: Verkehrsvermeidung. Den Schwerpunkt sehen wir hier bei der Verminderung der Verkehrs- und Immissionsbelastung, insbesondere bei der Herabsetzung des CO₂-Ausstoßes - die Energiepolitik hat ja schon bei einer anderen Debatte heute Morgen eine Rolle gespielt -, des Feinstaubausstoßes und des Lärms, verbunden mit einer anzustrebenden Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Zweitens: Notwendige Prozesse der Verlagerung von Personen- und Güterverkehr von der Straße auf den umweltverträglichen Verkehrsträger Schiene und auch auf die Binnenschifffahrt und von Kurzstreckenflugverkehr auf die Bahn sowie Verlagerungen auf den ÖPNV bzw. auf Radwege.

Drittens - das liegt uns besonders am Herzen -: Zusammenarbeit mit Berlin, deren Notwendigkeit gerade gestern wieder bekräftigt worden ist. Hierbei geht es darum, Verkehrsschnittstel-

len zwischen Berlin und Brandenburg noch besser zu gestalten, als das bisher der Fall ist.

Viertens: Sicherung der Mobilität in allen Landesteilen zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen unter den veränderten demografischen Bedingungen, worüber wir ebenfalls heute Morgen schon diskutiert haben. Das ist ein sehr wichtiger Ansatz, wenn es darum geht, die entsprechenden Lebensbedingungen für die Menschen einschließlich ihrer Ansprüche auf Mobilität zu gewährleisten.

Nach unseren Vorstellungen soll der Bericht aufzeigen, inwieweit die gestellten Ziele erreicht werden können und in welchen Bereichen es veränderten Handlungsbedarf gibt, wofür also neue Handlungsstrategien abgeleitet werden müssen.

Einen veränderten Handlungsbedarf wird es sicherlich geben, weil durch die neue Bundesregierung gemäß der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den verkehrspolitischen Zielsetzungen der Landesregierung in vielerlei Hinsicht entgegenstehen. Wir alle haben ja zur Kenntnis genommen, dass die schwarz-rote Koalition im Bund vor allem eine große Straßenbaukoalition sein wird, wie sie es uns etwa mit der geplanten deutlichen Kürzung der Regionalisierungsmittel zurzeit schon spüren lässt.

Lassen Sie mich in der mir verbleibenden letzten Minute meiner Redezeit jetzt noch einige Sätze zu Ihrem Entschließungsantrag sagen. Zwar ist ein Entschließungsantrag grundsätzlich eine geeignete Methode, nur ist das unserer Meinung nach in diesem Fall halbherzig, weil Sie die Debatte wieder in die nichtöffentliche Ausschusssitzung hinein verschieben wollen, wobei Sie das Ganze in nur einem Ausschuss behandeln möchten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksins [SPD])

- Wie aber auch die Diskussion heute Morgen schon deutlich gemacht hat, Herr Dr. Klocksins, ist die Förderpolitik des Landes ein Thema - Stichwort: regionale Wachstumskerne -, das uns alle hier interessiert. Aus diesem Grunde gehören der Bericht und die Debatte darüber hier ins Parlament und nicht nur in den Verkehrsausschuss.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Übrigen kann ich in Ihrem Entschließungsantrag bedauerlicherweise nur erkennen, dass nach Ihren Vorstellungen Verkehr auch künftig nur verwaltet, statt zukunftsorientiert gestaltet werden soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Dr. Klocksins [SPD]: Das ist jetzt aber ganz böse gewesen!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich bedanke mich ebenfalls.

Jetzt begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Oberschule Massen, die schon seit einiger Zeit bei uns hier zu Gast sind. - Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält nun der Abgeordnete Dr. Klocksinn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Klocksinn (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler, dem Gruß der Präsidentin schließe ich mich gern an; denn ich freue mich, dass damit eine gewisse Öffentlichkeit vorhanden ist.

Die Diskussion, die wir zu führen haben, liebe Frau Tack, sollte nicht auf den Bereich des Parlaments und des Ausschusses beschränkt sein; vielmehr wird diese Diskussion permanent geführt. Insofern sollten wir ehrlich sein und eingestehen, dass es hierbei auch darum geht, eine persönliche Performance zu gestalten, was Ihnen ja auch zustehen mag. Gestatten Sie mir aber, auf den Kern der Sache zurückzukommen.

Mit dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS wird die Landesregierung aufgefordert, bis Anfang April 2006 einen Bericht zur Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzepts 2002 vorzulegen. Das ist der Inhalt des Antrags. Der Kollege Klein wird mir zustimmen, wenn ich sage: Als es vor elf Jahren darum ging, dem Antrag der damaligen Fraktion der PDS zuzustimmen, war all das, was Sie seinerzeit angeregt hatten, sehr wohl in der Planung. Das war also nichts Neues, lag im Trend der Zeit, und es war erklärte Absicht der Landesregierung, hier tätig zu werden, im Rahmen eines Integrierten Verkehrskonzepts deutlich zu machen, wohin die Reise gehen soll.

Vor solchen Debatten, wie wir sie jetzt hier führen, ist man ja geneigt, in die schlaun Papiere zu schauen, die zu dem Thema schon im Schrank stehen.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Man muss das auch lesen!)

- Ja, man muss das auch lesen. In dem Sinne beginne ich jetzt auch mit einem kleinen Zitat:

„Das IVK“

- das ist die Abkürzung für „Integriertes Verkehrskonzept“ -

„dient der langfristigen Ausrichtung der Landesverkehrspolitik, der Verzahnung der Verkehrsträger und der Integration von Zielen und Maßnahmen der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik sowie der Wirtschafts-, Struktur- und Umweltpolitik.“

Das ist also ein sehr umfassender Ansatz. Weiter heißt es darin, dass der Betrachtungszeitraum bis zum Jahre 2010 reiche und dass Einzelmaßnahmen nicht Gegenstand des Konzepts seien. Das Konzept beschreibt also die verkehrspolitische Philosophie der Landesregierung und ist nicht etwa ein Maßnahmenkatalog, bei dem man nach ein paar Jahren fragt, was gemäß den einzelnen Spiegelstrichen abgearbeitet worden ist. Noch einmal: Das Konzept beschreibt nur, wohin die Reise gehen soll. Dazu haben Sie, Frau Tack, ja auch zu Recht einiges zitiert. Leider haben Sie vergessen, darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung auch beabsichtigt, den Wirtschaftsverkehr zu sichern, und zwar namentlich durch die verstärkte Einbeziehung von Schiene und Wasserstraße. Ebenfalls vergessen zu erwähnen haben Sie - was ich gerade vor dem Hintergrund des

Klimagipfels in Kanada sehr bedauere -, dass die Landesregierung sehr wohl beabsichtigt, dem Klimaschutz Rechnung zu tragen.

Das alles war also im Jahre 2002. Das ist bekanntlich die 2. Auflage, die das Kabinett vorgestellt und dem Parlament zur Kenntnis gegeben hat. Meiner Meinung nach ist das eine gute und ambitionierte Arbeit, klar in der Funktion. Die Inhalte habe ich hier noch einmal angesprochen.

Wenn es darum gehen soll, zu klären, was umgesetzt worden ist, ist es immer gut, Bilanz zu ziehen. Dies ist aber nicht eine Arbeit, die an einem bestimmten Tag erledigt wird, sondern das ist ein permanenter Prozess. So verstehen wir unsere Arbeit auch in den Koalitionsfraktionen. Es wäre ja hanebüchen, lediglich alle vier oder fünf Jahre nachzufragen, wie der Stand der Dinge ist. Realitätsferne ist uns nun einmal nicht eigen, wofür ich um Nachsicht bitte.

In der Tat gibt es hier Entwicklungen, die auf der Ebene der EU, des Bundes, mitunter auch auf der der Kommunen ablaufen und die Einfluss darauf haben, was das Land gestalten kann. Da gibt es zum Beispiel die eine oder andere EU-Verordnung etwa zur Ausschreibungspflicht oder zum Wettbewerb im ÖPNV. Heute wurde bereits das Thema der Regionalisierungsmittel erörtert. Es ist also auch Bundespolitik, die auf die Landesebene durchwirkt. Denken Sie bitte schließlich an mögliche Rückschritte auf kommunaler Ebene. Ich nenne hier das Beispiel, dass die Stadt Brandenburg an der Havel die Attraktivität ihres Straßenbahnnetzes gerade so herunterzoomt, dass es mittelfristig nicht mehr funktionieren wird. Das sind Dinge, auf die das Land nicht unmittelbar Einfluss nehmen kann, für die es aber schon Rahmensetzungen vornehmen kann.

Ich formuliere es einmal so und bitte Sie, das nicht als anmaßend misszuverstehen: Ich freue mich über Ihr Engagement an der Stelle. Diese Freude wird in der Koalition weitgehend geteilt. Wir möchten, dass Ihrem Ansinnen Rechnung getragen wird. Deshalb sagten wir, die Landesregierung soll darüber informieren, was geschehen ist und was in bestimmten Einzelpunkten geschieht. Das haben wir in unserem Entschließungsantrag niedergelegt, wobei der darin genannte Zeitraum, III. Quartal 2006, für einen substantiierten Bericht gut ausreichen dürfte. Dies geht im Übrigen etwas weiter als das, was Sie eben einforderten.

Ich hoffe, dass unser Entschließungsantrag auch aus Ihren Reihen heraus unterstützt wird; denn dem gemeinsamen Interesse, die qualifizierte Verkehrspolitik in Brandenburg weiterzuentwickeln, sollten wir gemeinsam eine Chance geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Für die DVU-Fraktion erhält die Abgeordnete Hesselbarth das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Das Verlangen, politische Ideenlosigkeit zu überspielen, treibt manchmal seltsame Blüten. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist so eine seltsame Blüte.

Knapper werdenden öffentlichen Mitteln und der Forderung nach einer anhaltenden Verkehrsentwicklung stehen immer größere Verkehrsprobleme gegenüber. Das Verhältnis von Neuausbau, Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur ändert sich gerade hier in Brandenburg viel stärker als in anderen Bundesländern. Selbstverständlich interessiert es gerade deswegen den Landtag, wie weit die Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes 2002 vorangeschritten ist. Jedoch erscheint mir dieser oberflächlich und einseitig formulierte Antrag mit seinen vier Hauptzielen geradezu - bitte erlauben Sie mir dieses kleine Wortspiel - linkisch.

Die PDS-Fraktion widerspricht sich wieder einmal selbst. Ich möchte den Punkt „Verkehrsvermeidung bei gleichzeitiger Sicherung der Mobilität“ erwähnen, der ein Widerspruch in sich ist.

(Frau Tack [Die Linkspartei.PDS]: Nur bei Ihnen, junge Frau!)

Sie sprechen von der Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen. Ich bitte Sie: Auf welchem sozialistischen Abreißkalender finden Sie solche Phrasen?

(Beifall bei der DVU)

Das IVK 2002 soll schließlich allen - ich betone: allen - Bürgerinnen und Bürgern Rechnung tragen. Jedoch finde ich in Ihrem Antrag in keinem Punkt erwähnt, wie den Bürgern, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, gerade diese Mobilität gesichert werden soll; von dem Erhalt der so genannten gleichwertigen Lebensbedingungen ganz zu schweigen.

Meine Damen und Herren, der Verkehr wächst, die Wirtschaft leider nicht. Ein wesentliches Hauptziel des IVK 2002 ist die Einbindung von privaten Unternehmen in verkehrliche Aufgaben und - jetzt genau aufpassen, Frau Tack - die Realisierung von Investitionsprojekten. Jedoch verhindert gerade Ihre Politik, die sich auch in diesem Antrag niederschlägt, die Verbesserung der Attraktivität des Landes Brandenburg als Wirtschaftsstandort.

Das IVK 2002 dient der langfristigen Ausrichtung der Verkehrspolitik. Der Zeitraum bis zum Jahr 2010 wird als Betrachtungszeitraum genannt. Sie wollen jedoch bereits im April 2006 einen Bericht. Daher frage ich mich: Wie kommen Sie auf diesen frühen Termin? Haben Sie gewürfelt oder nur nicht richtig gelesen?

Das alles zeigt eine erschreckende Orientierungslosigkeit der Linkspartei in der Verkehrspolitik. Dass sich diese Orientierungslosigkeit auch auf Ihre restlichen politischen Aktivitäten erstreckt, würde ich natürlich nie sagen. Ich sehe daher leider keine Möglichkeit, Ihrem Antrag zuzustimmen.

Dem Entschließungsantrag von SPD und CDU werden wir unsere Zustimmung nicht verwehren. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schrey das Wort.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 1995 wurde erstmals in Brandenburg ein Integriertes Verkehrskonzept von der damaligen Regierung vorgelegt. Sieben Jahre später wurde das novellierte Konzept vorgelegt und beschlossen. Durch Veränderungen in der Verkehrsinfrastruktur, in der Gesetzgebung und bei den Anforderungen an die Verkehrssicherheit war das alte Konzept nicht mehr auf dem neuesten Stand und musste geändert werden.

Das Integrierte Verkehrskonzept dient - so heißt es auf den Internet-Seiten des MIR - der langfristigen Ausrichtung der Landesverkehrspolitik, der Verzahnung der Verkehrsträger und der Integration von Zielen und Maßstäben der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik sowie der Wirtschafts-, Struktur- und Umweltpolitik. Zweifellos sind das ehrgeizige Ziele, die zu erreichen uns eine Menge Kraft kosten wird. Aber wir stehen als Koalition dazu.

Das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung ist nun dabei, eine Zwischenbilanz zu erarbeiten. Dazu wurden Berichte aus den Landkreisen und Städten angefordert, die die derzeitige Situation vor Ort darstellen. Diese Fakten werden zurzeit noch erstellt und bis zum II. Quartal des kommenden Jahres dem MIR zugeleitet. So weit zum Konzept als solchem.

Lassen Sie mich nun einige Worte zum Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion sagen. Sie fordern in Ihrem Antrag einen Bericht der Landesregierung bis Anfang April 2006. Wie Sie meinen kurzen Ausführungen entnehmen konnten, wird dieser Termin nicht haltbar sein, sondern wird dies frühestens im III. Quartal 2006 zu erreichen sein.

Der vorliegende Entschließungsantrag der Regierungskoalition sieht nun vor, dass der Bericht des MIR in dem entsprechenden Quartal vorgelegt wird und folgende Punkte enthält: erstens die Verzahnung der verschiedenen Verkehrsträger und die Integration von Zielen der Verkehrspolitik mit der Stadtentwicklung sowie der Wirtschafts- und Umweltpolitik, zweitens den Stand der Evaluation des ÖPNV-Gesetzes, drittens die Umsetzung der Regionalisierung des SPNV im Land

(Zuruf der Abgeordneten Tack [Die Linkspartei.PDS])

und die zukünftige Aufrechterhaltung der Qualität im öffentlichen Nahverkehr. Die Landesregierung wird gebeten, bis zum II. Quartal 2007 ein entsprechendes Konzept für den Ausbau der Verkehrswege zwischen Berlin und Brandenburg, die Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarland und die Auswirkungen des europäischen Rechtsrahmens vorzulegen.

Sie sehen, meine verehrten Damen und Herren von der Fraktion der Linkspartei.PDS, wir nehmen das Thema des Integrierten Verkehrskonzeptes für Brandenburg ernst und arbeiten intensiv an dessen Umsetzung. Aus diesem Grund werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen und stellen stattdessen den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU zur Abstimmung. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung dazu. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Kollege Schrey. - Für die Landesregierung hat Minister Szymanski das Wort.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Brandenburg hat seit dem Jahr 1995 ein verkehrspolitisches Grundsatzdokument - das Integrierte Verkehrskonzept -, das im Jahr 2002 fortgeschrieben wurde, um die sich in dem Zeitraum vollzogenen Entwicklungen adäquat widerzuspiegeln und einzelne Ziele und Aufgaben neu zu definieren bzw. fortzuschreiben.

Ich freue mich über die positive Bewertung dieses Konzepts und bedanke mich dafür, dass die Verkehrspolitik einen sehr hohen Stellenwert in diesem hohen Haus hat.

Das Integrierte Verkehrskonzept ist ein politisches Programm. Es unterstützt die europäischen und bundesweiten verkehrspolitischen Ziele und versucht, sie für Brandenburg anwendbar und umsetzbar zu gestalten. Es ist kein einfacher Plan, den man relativ schnell statistisch auswerten und abrechnen kann. Notwendig sind zu speziellen Themen Bewertungen und qualitative Einschätzungen.

Der Verkehr, seine Entwicklung und die Entwicklung seiner Rahmenbedingungen, ist ein äußerst wichtiges Thema der Politik unseres Hauses. Das betrifft die Infrastrukturentwicklung, die Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs und die Einbindung Brandenburgs in die europäischen Verkehrsachsen.

Diese verkehrlichen Fragen können jedoch nicht losgelöst von demografischen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklungen betrachtet werden. Wir brauchen deshalb eine qualitative Bewertung der sich hieraus ergebenden weiteren Anforderungen in ihrer ganzen Komplexität; dies muss mit der Definition neuer bzw. modifizierter Ziele verbunden sein. Meiner Einschätzung nach ist es zum jetzigen Zeitpunkt dafür zu früh.

Sinnvoll ist die Betrachtung einzelner, von der aktuellen Entwicklung besonders betroffener Fragen. Die Fraktionen der SPD und der CDU haben mit ihrem Entschließungsantrag zum Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS die aus meiner Sicht wichtigsten Themen formuliert. Eine Konzentration auf ausgewählte Themen und die Verschiebung des Termins sind sinnvoll.

Zu dem in dem Änderungsantrag genannten Termin - III. Quartal - sind in ausgewählten Fragen belastbare Aussagen möglich. Lassen Sie uns deshalb die in diesem Antrag definierten Fragen aufbereiten und im Ausschuss diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre Ausführungen. - Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge. Ich lasse zunächst über den Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion in Drucksache 4/2178 abstimmen. Wer ihm die Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Da-

mit wurde der Antrag ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 4/2286 abstimmen. Wer dem Antrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Reihe von Enthaltungen wurde dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich verlasse den Tagesordnungspunkt 12 und rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Initiative des Landes Brandenburg gegen geplante Steuererhöhungen

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/2259

Die Aussprache wird mit dem Beitrag des Abgeordneten Schuldt von der DVU-Fraktion eröffnet.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Steuern müssen runter. Eine Erhöhung ist wirtschaftspolitisch absolut kontraproduktiv. Doch was tut die rot-schwarze Bundesregierung? - Sie plant trotz der Warnung fast aller wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, aller Experten und nicht zuletzt des Bundes der Steuerzahler ab 2007 eine Erhöhung der regulären Steuersätze, der Umsatzsteuer sowie der Versicherungssteuer um 3 % von bisher 16 auf 19 %.

Die deutsche Wirtschaft ist heute von einer heftigen Deflation mit dramatischen Nachfragerückgängen geprägt. Die Strukturumbrüche infolge des Globalisierungswahnsinns haben bereits jetzt zu Massenarbeitslosigkeit und Insolvenzrekorden geführt. Hier in Brandenburg mit seinen fast ausschließlich mittelständischen Strukturen ist die Lage besonders schlimm. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer würde einer konjunkturellen Katastrophe gleichkommen. Die Nachfrage würde noch mehr gedämpft und die Schwarzarbeit weiter ansteigen. Darüber hinaus würde eine Umsatzsteuererhöhung aufgrund der erhöhten Faktorkosten zu weiteren Betriebsverlagerungen in Billiglohnländer führen.

Andererseits kommt es zu einer noch stärkeren Konkurrenz durch ausländische Waren und Dienstleistungen, insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Das Ergebnis wäre ein weiterer rapider Zusammenbruch der mittelständischen Strukturen mit neuerlichen Insolvenzrekorden und einer noch weiter ansteigenden Massenarbeitslosigkeit. Die dadurch bewirkten zusätzlichen Ausfälle von Unternehmenssteuern sowie Lohnsteuern würden finanzpolitische Effekte einer Umsatz- und Versicherungssteuererhöhung nicht nur wieder zunichte machen, sondern sogar weit übertreffen und damit neben der wirtschaftspolitischen auch zu einer fiskalpolitischen Katastrophe führen.

Wie sich die Erhöhung der Versicherungssteuer mit der durch die neue Bundesregierung - wie im Übrigen auch der bisherigen - angeblich geförderten privaten Altersversorgung verhält, bleibt ein Geheimnis. Schließlich wendet sich auch der Bund der Steuerzahler entschieden gegen die von der neuen Bundes-

regierung geplante Erhöhung der Umsatzsteuer. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, erklärte:

„Damit zeigen die Parteien erneut, dass ihre Wahlversprechen nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben sind.“

(Beifall bei der DVU)

Bekanntlich hatte die SPD eine Mehrwertsteuererhöhung vor der Bundestagswahl grundsätzlich ausgeschlossen, um danach ihre eigenen vollmundigen Aussagen Lügen zu strafen. Und die CDU? - Am 8. Mai dieses Jahres erklärten Sie, Herr Kollege Petke, als Brandenburger CDU-Generalsekretär wörtlich vor der IHK-Potsdam:

„Deutschland braucht keine Steuererhöhung, sondern eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung.“

Doch die neue rot-schwarze Bundesregierung will, wenn sie niemand daran hindert, die wirtschaftspolitische Katastrophopolitik ihrer Vorgängerin durch weitere massive Steuererhöhungen fortsetzen. Wir als engagierte Vertreter der mittelständischen Wirtschaft und des kleinen Mannes hier in Brandenburg lehnen eine solche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und finanzpolitische Katastrophentotalitarpolitik konsequent ab. Daher fordere ich Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Das Wort geht an die Koalitionsfraktionen. - Sie verzichten auf einen Redebeitrag. Ebenso haben die Linkspartei.PDS und die Landesregierung Verzicht auf einen Redebeitrag angezeigt. - Herr Abgeordneter Schuldt, Sie haben das Wort.

Schuldt (DVU):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So sprachlos habe ich Sie noch nie gesehen. Wahrscheinlich ist das Thema so interessant und Sie trauen sich wieder einmal nicht, hier die Wahrheit zu sagen.

(Baaske [SPD]: Wir wollen nur nicht auf dieses Niveau herabsinken; das ist alles!)

- Herr Baaske, über Ihr Niveau brauchen wir nicht lange zu diskutieren, das kennen wir mittlerweile.

(Beifall bei der DVU)

Eines ist wichtig: Der Mittelstand braucht finanzielle Spielräume, denn gerade hier in Brandenburg ist die Eigenkapitaldecke der fast ausschließlich kleinen und mittelständischen Betriebe dünn. Das Gleiche gilt für die Ertragssituation. Dass eine Branche wie die Bauwirtschaft - einst die wichtigste Branche und der größte Arbeitgeber des Landes - schon seit Jahren an einem dramatischen Umsatzrückgang und damit einhergehenden Firmenpleiten und Massenarbeitslosigkeit leidet, wissen Sie selbst.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Sie sind nicht gezwungen, Ihre Redezeit auszuschöpfen!)

- Ich werde meine Redezeit nutzen.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Erbarmungslos?)

- Genauso mache ich das.

(Beifall bei der DVU)

Eine Umsatzsteuererhöhung um sage und schreibe 3 % ab 2007 würde nicht nur der Baubranche in Brandenburg endgültig den Rest geben. Auch so genannte Schlüsselbranchen wie die Ernährungswirtschaft, die Papierindustrie oder der Tourismus hier in Brandenburg würden bei steigenden Preisen drastische Umsatzrückgänge zu verzeichnen haben und notorisch in die Verlustzonen geraten - mit allen damit verbundenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Folgen. Das wollen Sie nicht wahrhaben!

Hochtechnologiebranchen wie die Bio- oder die Luftfahrttechnologie - heute Morgen hat der Ministerpräsident darüber gesprochen - oder die Informations- und Kommunikationstechnologie würde es danach in Brandenburg vermutlich überhaupt nicht mehr geben, da diese Firmen einfach in Billiglohnländer abwandern würden. Bekanntlich liegt Polen nicht weit entfernt von uns. Ein Großteil der auf unseren Computern genutzten Software wird schon jetzt in Indien oder anderen Ländern hergestellt.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: So wie Ihre Flugblätter!)

- Das stimmt nicht. Unsere Flugblätter werden hier hergestellt. Sie sollten nachdenken, bevor Sie etwas sagen. Aber das sind wir von Ihnen ja nicht gewohnt.

(Beifall bei der DVU)

Für Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe hier in Brandenburg wäre eine Umsatzsteuererhöhung in dieser Größenordnung so katastrophal, dass ein Großteil von ihnen dadurch auf einen Schlag in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wäre.

Dies gilt im Übrigen nicht nur für Brandenburg, sondern für ganz Deutschland, insbesondere auch deshalb, da die Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung zum finanzpolitischen Löcherstopfen verwendet werden sollen. Von der ursprünglich im Gegenzug angekündigten Senkung der Lohnnebenkosten ist schon lange keine Rede mehr. Das ist Wählerbetrug pur, meine Damen und Herren. Sie sagen deshalb nichts, weil Sie das selbst wissen!

(Beifall bei der DVU)

Zum Abschluss möchte ich nur noch sagen: Bereits heute zahlt in Deutschland jeder 51,5 % seines Einkommens in Form von Steuern und Abgaben an den Staat. Dieser würde sich durch die Umsatz- und Versicherungssteueranhebung weiter erhöhen und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen würde weiter sinken.

Dies kann sich wohl niemand, schon gar nicht ein strukturschwaches Bundesland wie Brandenburg, wünschen. Auch wenn Sie bis jetzt vielleicht taub und blind gewesen sind -

sprachlos sowieso -, fordere ich Sie auf, nachzudenken und in diesem Fall vielleicht einmal zuzustimmen.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Wir sind damit am Ende der Debatte zum Tagesordnungspunkt 13 angelangt.

Zur Abstimmung steht der Antrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/2259. Wer dem Begehren, ihn in den Ausschuss für Haushalt und Finanzen - federführend - und den Ausschuss für Wirtschaft - mitberatend - zu überweisen, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag in Drucksache 4/2259 in der Sache abstimmen. Wer den Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 13 und ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Zusätzliche Öffnungszeiten für den Einzelhandel während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/2267

Die Aussprache eröffnet der Abgeordnete Karney für die CDU-Fraktion.

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Brasilien gegen Kroatien, Schweden gegen Paraguay, Ecuador gegen Deutschland und die Ukraine gegen Tunesien - das sind die Paarungen, die in der Vorrunde der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im Berliner Olympiastadion gegeneinander antreten werden. Hinzu kommen noch ein Viertelfinalspiel und selbstverständlich das Endspiel um die Weltmeisterschaft.

Es werden also insgesamt sechs Spiele in Berlin ausgetragen. Damit strömen sechsmal Fans aus aller Welt in unsere Region, um sich die Spiele anzusehen. Das sind die wenigen Glücklichen, die eine Eintrittskarte ergattern konnten. Viele tausend Fußballfans werden in Biergärten oder Kneipen sitzen, um sich die Spiele auf Leinwänden und an Fernsehern anzuschauen. Sie werden sich nicht nur die sechs Spiele aus Berlin, sondern alle 64 Begegnungen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 anschauen. Zahlreiche Gäste aus aller Welt werden nicht nur nach Berlin kommen, um sich die Spiele anzusehen, sondern auch die Gelegenheit nutzen, die Region Berlin-Brandenburg kennen zu lernen.

Aus diesen Gründen hat die Koalition aus SPD und CDU dem Landtag diesen Antrag zur Abstimmung vorgelegt. Eine Ausnahmeregelung zum Ladenschlussgesetz für den Zeitraum der

Fußball-Weltmeisterschaft, also vom 9. Juni bis 9. Juli 2006, ist aus unserer Sicht absolut notwendig. Damit schaffen wir nicht nur für die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland in unserer Region die Möglichkeit, länger einzukaufen, sondern wir geben den Händlern und Geschäftsleuten in Brandenburg auch die Möglichkeit, durch längere Öffnungszeiten ihren Umsatz zu steigern. Damit können wir einem gebeutelten Wirtschaftszweig in Brandenburg einen neuen Schub geben und für - wenn auch nur befristete - Arbeitsplätze sorgen.

Anfang November hat die zuständige Senatsverwaltung in Berlin mitgeteilt, dass sie eine solche Sonderregelung für die Weltmeisterschaft getroffen hat. Danach sollen die Geschäfte werktags von 6 bis 24 Uhr und an den fünf Sonntagen von 14 bis 20 Uhr öffnen können. Unser Antrag sieht vor, dass sich das Land Brandenburg diesen Kriterien aus Berlin grundsätzlich anschließt. Damit kommen wir auch den Wünschen aus der Wirtschaft entgegen. Die Unternehmer in Brandenburg sollen während der Fußball-Weltmeisterschaft selbst entscheiden, wann sie ihre Läden öffnen; sie sollen selber entscheiden, wann sie etwas „unternehmen“. Das trifft aber auch auf die Gäste und Bürger Brandenburgs zu. Sie sollen selbst entscheiden, wann sie einkaufen gehen. Wir Politiker würden in dieser Sache eine flexible und unbürokratische Lösung schaffen.

Die neue Bundesregierung unter der Führung der CDU hat im Koalitionsvertrag konstatiert, dass in puncto Ladenschlussrecht eine Kompetenzverlagerung auf die Länder erfolgte. Meine Hoffnung ist, dass dies mit der Wiederaufnahme der Arbeit der Föderalismuskommission, die zwischen Bund und Ländern eingerichtet wurde, endgültig geklärt wird. Dann könnten wir uns solche Ausnahmeregelungen sparen und den Ladenschluss in Brandenburg grundsätzlich selbst regeln.

Ich verhehle hierbei nicht, dass sich die CDU-Fraktion in diesem Hause dann für eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an den Werktagen einsetzen würde; denn der Staat hat kein Recht, die Entscheidungsfreiheit seiner Bürger, zu welcher Zeit Waren und Dienstleistungen angeboten bzw. nachgefragt werden, zu beschneiden. Allerdings trete ich dafür ein, einen arbeitsfreien Sonntag zu schaffen, um diesen kulturellen und für unsere Familien wichtigen Wert in unserem Lande zu erhalten und damit auch das „C“ in unserem Parteinamen zu vertreten.

Wenn wir einen Blick über den Tellerrand wagen und ins benachbarte Ausland schauen, so wird schnell klar, dass wir uns ein enges Ladenschlussgesetz eigentlich nicht länger leisten können. Grundsätzlich muss jeder Unternehmer und jeder kleine Händler für sein Unternehmen und für seinen Laden das Risiko tragen. Die Politik hat aber für gerechte Rahmenbedingungen, auch im europäischen Kontext, zu sorgen. Im Verhältnis zum benachbarten Ausland halte ich die jetzige Regelung für hinderlich, wettbewerbsverzerrend und veraltet. In Polen, Dänemark, Frankreich, Schweden und Irland, um nur einige Beispiele zu nennen, können die Menschen von Montag bis Freitag - und teilweise auch am Samstag - rund um die Uhr einkaufen. Die Freigabe der Öffnungszeiten ist nicht nur ein Beitrag gegen die zunehmende Verödung der Innenstädte, sondern trägt auch den veränderten Lebensgewohnheiten der Bevölkerungsmehrheit Rechnung.

Ich hoffe, dass die Föderalismuskommission ihre Arbeit schnell wieder aufnimmt und diese zu einem positiven und erfolgreichen Ergebnis führt.

„Die Welt zu Gast bei Freunden“ ist das Motto der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Lassen Sie uns dieses Motto zu Eigen machen und unseren bescheidenen Beitrag zum umfassenden Gelingen der Fußball-Weltmeisterschaft leisten! Die Gäste sollen unsere Region in guter Erinnerung behalten und anderen von ihr erzählen. Aus diesem Grunde sollten wir dem Einzelhandel und unseren Bürgern und Gästen während der WM die Möglichkeit geben, eine solche Sonderregelung zu nutzen und davon zu profitieren. Handeln wir also gegen die drohende Ungerechtigkeit im Einzelhandel zwischen Berlin und Brandenburg! Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die Linkspartei.PDS-Fraktion spricht der Abgeordnete Christoffers.

Christoffers (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor rund acht Monaten wurden im Gebäude der ILB durch das Organisationskomitee die Standorte und Hotels vorgestellt, an und in denen die Teilnehmer der Weltmeisterschaft - in Abstimmung mit Berlin - in Brandenburg Quartier beziehen.

In diesem Zusammenhang wurde bereits darüber debattiert, dass die Freigabe der Ladenöffnungszeiten während der Austragung der Weltmeisterschaft eine unverzichtbare Bedingung ist, weil das einfach internationaler Standard ist. Ich habe den Antrag nicht ganz verstanden, weil ich bis jetzt immer davon ausgegangen bin, dass sich die Landesregierung bereits mit Berlin abgestimmt und über die Freigabe letztendlich schon entschieden hat.

Unabhängig davon kann natürlich ein politischer Beschluss des Landtags in solchen Entscheidungsfindungsprozessen nur hilfreich sein. Wir als Bundesland Brandenburg sollten uns nicht blamieren, sondern gemeinsam mit Berlin einheitliche Regelungen schaffen und damit einem internationalen Standard bei Weltmeisterschaften entsprechen. Ich empfehle die Annahme dieses Antrags.

Bei der weiterführenden Debatte bezüglich des Ladenschlussgesetzes darf ich daran erinnern, dass wir bereits einen Prüfauftrag beschlossen haben, bei dem unter der Bedingung, dass die Arbeitnehmerschutzrechte in das Arbeitszeitgesetz des Bundes überführt werden, eine Freigabe des Ladenschlussgesetzes auch in Brandenburg erfolgen könnte bzw. sollte.

Insofern, meine Damen und Herren, lassen Sie uns bitte für eine vernünftige Weltmeisterschaft sorgen. Lassen Sie uns gemeinsam mit Berlin Regelungen finden, die dem internationalen Standard entsprechen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Für die SPD-Fraktion setzt der Abgeordnete Müller die Debatte fort.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Christoffers, eine Antwort sind Sie eben schuldig geblieben. Sie haben gesagt, wir müssten für eine vernünftige Weltmeisterschaft sorgen. Was verstehen Sie denn darunter? Wie wollen wir dazu beitragen, dass zum Beispiel die deutsche Nationalmannschaft erfolgreich ist? Diese Frage müssten Sie noch beantworten.

Die Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land wird ein wesentliches Highlight sein. Sie wird vielleicht nicht unbedingt ein sportliches, aber auf jeden Fall ein wirtschaftliches Highlight sein.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS sowie Zuruf des Abgeordneten Vietze - Bochow [SPD]: Das war jetzt zu viel!)

Wir haben - und das ist das Interessante - immer mehrere Perspektiven.

(Birthler [SPD]: Sie müssen die Frauen von Potsdam spielen lassen! - Vereinzelt Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS)

- Ja, das wäre auch eine Variante. - Wir haben mehrere Perspektiven. Die, über die wir heute reden, ist eben nicht die sportliche, sondern die wirtschaftliche Perspektive.

Wir sind wieder beim Thema und können frei von jeder Emotion darüber nachdenken. Weshalb wir den heutigen Antrag eingebracht haben, ist meines Erachtens, sehr plausibel. Wir leben in einem Wirtschaftsraum; darüber haben wir heute Morgen gesprochen. Nun steht dieser Region ein Event, ein Highlight bevor, das Touristen in erheblichen Größenordnungen zu uns bringen wird. Die Touristen werden zum einen den Fußball und zum anderen das Drumherum erleben. Das Drumherum besteht nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Brandenburg. Wir müssen das anbieten, was von einer Weltstadt, von einer Metropolenregion erwartet wird. Dort, wo es sinnvoll ist, sollten die Türen der Geschäfte offen stehen.

Im Übrigen - das sei an dieser Stelle erwähnt - passiert in Brandenburg vielerorts etwas, von dem die Öffentlichkeit noch gar keine Notiz nimmt. Zum Beispiel wird in Paaren-Glien eine Zeltstadt aufgebaut. Sie könnte den Fußballfans die Gelegenheit bieten, sich zusammenzufinden und die Spiele auf Großleinwänden zu verfolgen; dazu reichen die Kapazitäten der Berliner Hotels möglicherweise nicht aus. Die Gäste können darüber hinaus in der Region wirtschaftlich aktiv werden. Sie schauen sich nicht nur die Spiele an, sondern gehen einkaufen oder zum Essen in die Gaststätten; unternehmen all die Dinge, die zum Fußballspaß dazu gehören.

Insofern ist es nur konsequent, wenn wir uns den Berliner Regelungen anschließen. Nach meiner Kenntnis war das noch nicht richtig durchgestellt. Im Übrigen ergänzt das unseren vor kurzem gefassten Beschluss, dass Gaststätten im Außenbereich in den Sommermonaten bis 24 Uhr öffnen dürfen. Ich glaube, wir sind auf dem Weg, ein bisschen weltoffener zu werden, als wir es vielleicht in der Vergangenheit waren. Dies ist gut so. Deswegen freue ich mich, dass auch die Linkspartei.PDS unserem Antrag folgt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Die Meinung der DVU-Fraktion bringt uns der Abgeordnete Schuldt zu Gehör.

Schuldt (DVU):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fußballweltmeisterschaft steht vor der Tür und der Einzelhandel freut sich über die längeren Öffnungszeiten; bis jetzt allerdings nur in Berlin. Es wird Zeit - ich freue mich, dass die CDU- und die SPD-Fraktion diesen Antrag eingebracht haben -, dass auch in Brandenburg die Öffnungszeiten so gestaltet werden, dass wir unsere Gäste so begrüßen können, wie es eigentlich üblich ist, und damit Weltoffenheit zeigen können. Danach sollten wir weiterhin über die Öffnungszeiten insgesamt sprechen. Denn an ihnen zeigt sich unter anderem, wie ein Staat, wie ein Land seine Gäste empfängt. Ich denke, da sind wir auf dem richtigen Weg. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Wir hören die Position der Landesregierung von Ministerin Ziegler.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ball ist rund und wieder einmal hat er uns fest im Griff. Zweifelsohne werden die vier Wochen vom 9. Juni bis 9. Juli 2006 das wichtigste sportliche Ereignis in Deutschland wie auf dem ganzen Globus sein und wohl vor allem die Männer in ihren Bann ziehen. Zehntausende Gäste werden auch in der Region Berlin-Brandenburg willkommen heißen. Während sie hier unterwegs sein werden, wollen sie einkaufen sowie touristisch und kulturell unterhalten werden. Durch verlängerte Öffnungszeiten im Einzelhandel könnte der Umsatz gesteigert und könnte auch die Weltoffenheit unserer Region gestärkt werden.

Das alles hatten die Koalitionsfraktionen im Blick, als sie diesen Antrag einbrachten. Da Berlin zum Hauptaustragungsort avanciert ist und sowohl Mannschaften als auch Offizielle dort und wahrscheinlich auch in unserer Region logieren werden, ist die Landesregierung grundsätzlich dafür, dem Handel erweiterte Öffnungszeiten zu ermöglichen. Die Wege dafür sind geebnet. Der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik beschloss Rahmenvorschläge für die Ladenöffnung anlässlich der Fußball-WM. Diese waren auch die Leitschnur für die Berliner Regelung.

Die Freigabe erweiterter Öffnungszeiten erfolgt danach im Wege einer Allgemeinverfügung nach § 23 des Ladenschlussgesetzes. Allerdings verlangt § 23 für die Erteilung einer Ausnahmeregelung das Vorhandensein eines dringenden öffentlichen Interesses. In jedem Fall haben die Austragungsstädte - wie eben Berlin - einen Bedarf, die Öffnungszeiten zu verlängern. In Brandenburg finden zwar keine Spiele statt, aber die Unterbringung von Spielern, Offiziellen, Schiedsrichtern, Gästen usw. würde den Bedarf an längeren Öffnungszeiten durchaus rechtfertigen.

Natürlich wollen auch wir die Regelung so großzügig wie möglich gestalten und uns als weltoffene Gastgeber etablieren.

Doch über die geltenden Regeln können wir bei allem Für und Wider nicht hinaus. Diese Regel lautet: Nach der Arbeitsschutzzuständigkeitsverordnung sind im Land Brandenburg die Kreisordnungsbehörden für die Erteilung von Ausnahmen nach § 23 des Ladenschlussgesetzes zuständig.

(Bochow [SPD]: Stimmt!)

Das MASGF übt die Fachaufsicht aus. Wir werden die Ordnungsbehörden der Kreise deshalb anschreiben und ihnen empfehlen, in Anlehnung an die Rahmenvorschläge des LAS Ausnahmen zuzulassen. Für eine Landesregelung fehlt die Rechtsgrundlage.

Eine konkrete Aussage, in welchen Regionen des Landes erweiterte Öffnungszeiten zugelassen werden können, ist deshalb jetzt noch nicht möglich. Es haben sich erst 19 von 32 Turnierteilnehmern für ein Quartier entschieden. Mit Ausnahme der deutschen Mannschaft, die in Berlin-Grünwald logieren will, wollen alle Mannschaften in Westdeutschland Quartier beziehen. Bekannt ist, dass sich bislang vier brandenburgische Hotels als Wohn- und Trainingsquartiere beworben haben. In Paa-ren-Glien soll eine Campingstadt für 5 000 Fußballfans aufgebaut werden. Es ist also noch nichts endgültig entschieden.

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort und der Staatskanzlei werden wir im Februar Gespräche mit allen Interessengruppen, nämlich dem Handel und seinen Verbänden, den Gewerkschaften, den Landkreisen und den Kirchen führen und die dann aktuelle Situation erläutern. Wir hoffen, dass bis dahin klar ist, welche Mannschaft wo wohnen und trainieren wird und mit wie viel Touristen und Fußballfans zu rechnen ist. Dann werden wir den Bedarf an zusätzlichen Öffnungszeiten klarer erkennen können und die Landkreise können dementsprechend Ausnahmeregelungen treffen. Ich meine, es ist ein guter Weg, den wir vorgesehen haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU sowie des Abgeordneten Christoffers [Die Linkspartei.PDS])

Präsident Fritsch:

Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt gelangt. Leider übersteigt es meine Befugnisse, Sie beschließen zu lassen, dass Deutschland Weltmeister wird.

(Schulze [SPD]: Aber probieren könnten Sie es, Herr Präsident!)

Also begnügen wir uns damit, über die Drucksache 4/2267 abzustimmen. Wer dieser seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Solch ein Ergebnis haben wir sonst nur bei der Abstimmung über die Tagesordnung.

Ich verlasse den Tagesordnungspunkt 14 und komme zum **Tagesordnungspunkt 15:**

Konzept zur Weiterentwicklung des integrierten Brand- und Katastrophenschutzes

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/2268

Der Abgeordnete Schippel eröffnet die Debatte für die SPD-Fraktion. Wo ist er? - Damit hat die SPD-Fraktion auf ihr Rede-recht verzichtet und ich rufe den Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [Die Linkspartei.PDS] und bei der DVU)

Der Abgeordnete Dr. Scharfenberg spricht.

Dr. Scharfenberg (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte gern nach Herrn Schippel gesprochen, aber das lässt sich nun leider nicht einrichten.

Mit dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Brand- und Katastrophenschutzgesetz ist die Verantwortung der knapp 50 000 Angehörigen der Feuerwehr im Land Brandenburg weiter gewachsen. Leider muss man feststellen, dass die Rahmenbedingungen für das Wirken der Feuerwehr nicht entsprechend verbessert worden sind. Es gibt nach wie vor einen deutlichen Widerspruch zwischen den wachsenden Anforderungen an die Feuerwehrleute und ihren Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne. Ich erinnere an das Strategiepapier 2000 des Landesfeuerwehrverbandes. Darin enthalten ist ein aus Sicht der Aktiven und eben nicht aus Sicht von Politik und Verwaltung klarer Problemaufriss. In Verbindung damit ist ein konkreter Forderungskatalog erstellt worden. Richtschnur waren nicht die immer wieder beschworenen Sachzwänge, sondern war der unverfälschte Änderungsbedarf. Die PDS-Fraktion hat das Strategiepapier mehrfach zum Thema von Landtagsdebatten gemacht. Seitdem hat sich zweifellos einiges getan, was zu einer Verbesserung der Situation beigetragen hat.

Es bestehen jedoch nach wie vor zahlreiche Probleme. Das ist zum einen die technische Ausstattung. Trotz Neuanschaffung von Feuerwehrfahrzeugen - es gibt jetzt 180 mehr als im Jahr 2000 - sind 40 % der Fahrzeuge älter als 20 Jahre. Das verbindet sich mit solchen Folgeproblemen wie einem hohen Instandsetzungsaufwand und entsprechenden Ausfallzeiten. Problematisch sind vor allem die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, was die laufenden Investitionen angeht. So differierten die Investitionsmittel im Zeitraum 2000 bis 2004 je Einwohner der Landkreise zwischen 56 Euro und 127 Euro. Ich halte das für eine erhebliche Spanne. Die Bürger haben jedoch landesweit den gleichen Anspruch auf Sicherheit. Sie darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Kommunen abhängig gemacht werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb halte ich es für einen Fehler, dass im Brand- und Katastrophenschutzgesetz keine verbindlichen Einsatzzeiten festgelegt worden sind, die im ganzen Land gelten. Den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, der das erreichen sollte, haben Sie abgelehnt. Dieses Anliegen darf aber nicht am Konnexitätsprinzip scheitern.

Vor dem Hintergrund der schwierigen kommunalen Finanzsituation ist klar, dass es deutliche Fortschritte beim Brand- und Katastrophenschutz ohne eine stärkere Unterstützung des Landes nicht geben kann. Deshalb ist die Kürzung im Finanzaus-

gleichgesetz 2006 um immerhin 50 Millionen Euro auch in dieser Hinsicht ein Schritt in die falsche Richtung.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir begrüßen es, dass endlich ernsthaft über die Verwendung der Feuerschutzsteuer ausschließlich für Zwecke des Brand-schutzes geredet wird. Auch hier erinnere ich an unseren Antrag, den Sie Mitte des Jahres abgelehnt haben.

Strittig ist der Erhalt der LSTE als Landeseinrichtung. Dazu gab es einen Prüfauftrag der Landesregierung. Sie sieht in der LSTE offenbar große Einsparpotenziale, obwohl das Brand- und Katastrophenschutzgesetz eindeutig die Verantwortung des Landes festschreibt. Ich erinnere daran, dass die Linkspartei auch dazu im Mai einen Antrag gestellt hat, den Sie mit dem Vorwurf der Panikmache abgelehnt haben. Wie der Prüfauftrag letztlich beschieden wird, ist noch offen. Ich hoffe, dass die Vor-Ort-Besuche des Innenausschusses, mit denen wir Signale für den Erhalt der LSTE gesetzt haben, nicht ohne Wirkung bleiben.

Ein großes Problem ist der Rückgang der Anzahl der Feuerwehrangehörigen. 2004 waren es immerhin 1500 weniger als 2002; die Tendenz ist eindeutig. Hier spielt neben der demografischen Entwicklung die Tatsache eine große Rolle, dass die Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr den Arbeitsplatz gefährden kann. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung dieser wichtigen ehrenamtlichen Tätigkeit gibt es noch viel zu tun. Dazu gehört endlich auch eine entsprechende Vereinbarung mit Berlin.

Vom Problem des Mitgliederrückgangs sind auch die Jugendfeuerwehren betroffen, die eine wichtige gesellschaftliche Arbeit leisten. Ich meine, hier muss erheblich mehr getan werden. Damit spreche ich nicht die Verantwortlichen in den Feuerwehren an, sondern ich meine eine Veränderung der Rahmenbedingungen.

Den aufgeführten Problemen soll im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit durch die Bildung von Stützpunktfeuerwehren als gut ausgerüsteten Feuerwehren entgegengewirkt werden. Ausgangspunkt dabei können die dauerhaft besetzten Wachen sein. Die Diskussion um die regionalen Leitstellen ist in vollem Gange. Dabei zeigt sich am Beispiel Cottbus, dass es gut ist, auf die Befindlichkeiten vor Ort Rücksicht zu nehmen und die in lokaler Eigeninitiative geschaffenen Strukturen nicht einfach wegzuwischen.

Bereits 2001 hat meine Fraktion ein Konzept zur Entwicklung der Feuerwehr gefordert. Sie haben unseren damaligen Antrag zurückgewiesen. Mit dem nun vorliegenden Antrag stellen Sie vier Jahre später die gleiche Forderung. Wären wir erneut initiativ geworden, hätten Sie sicher damit argumentiert, dass die Landesregierung ohnehin an einem solchem Konzept arbeite. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir dieses Anliegen unterstützen, denn es gibt dringenden Handlungsbedarf.

Es wäre gut, wenn sich dieser Landtag darauf verständigen könnte, den jährlichen Bericht zum Brand- und Katastrophenschutzgesetz künftig im Plenum oder zumindest im Ausschuss für Inneres zu diskutieren, um mehr Kontinuität in diesem wichtigen Bereich zu sichern. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen fort mit dem Beitrag des Abgeordneten Petke von der CDU-Fraktion.

Petke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade die jüngsten Ereignisse in London - der Brand eines großen Treibstofflagers - haben uns deutlich vor Augen geführt, welche Gefahren auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes drohen und welche Anstrengungen wir und die damit Betrauten vor Ort in den Landkreisen, Städten, Gemeinden und Ämtern unternehmen müssen, um sich auf diese Gefahren vorzubereiten.

Auch der vorhergehende Tagesordnungspunkt, die Diskussion über verlängerte Ladenöffnungszeiten während der Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr, betraf ein Großereignis, das uns, was die Vorbereitung dieser Fußballweltmeisterschaft und die Absicherung von hunderttausenden Besuchern betrifft, vor enorme Herausforderungen stellt.

Ich möchte auf den Beitrag der Linkspartei.PDS eingehen, um den Menschen im Land zu versichern: Brandenburg ist ein sicheres Land und die Menschen in Brandenburg können sicher sein, dass der Staat und die kommunale Ebene alles für ihre Sicherheit und auch für die Sicherheit ihres Eigentums unternehmen.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Dass es nicht so oft brennt! - Dr. Scharfenberg [Die Linkspartei.PDS]: Das musste gesagt werden!)

- Es musste insbesondere deswegen gesagt werden, Kollege Scharfenberg, weil Sie - offensichtlich aufgrund einer gewissen inneren Unzufriedenheit über die Oppositionsrolle der Linkspartei.PDS - bei Ihrem Vortrag die Sachlichkeit verloren haben. Es geht Ihnen - so ist jedenfalls mein Eindruck - offensichtlich nicht darum, tatsächlich etwas zum Thema beizutragen - Ihre Fraktionsvorsitzende hat das am heutigen Vormittag nicht anders gemacht -, sondern es geht Ihnen um den blanken Populismus, es geht Ihnen darum, Ängste zu schüren.

(Dr. Scharfenberg [Die Linkspartei.PDS]: Das sagen ausgerechnet Sie!)

Sie legen Ihre kruden Rechnungen vor, dass Landkreise unterschiedlich viel Geld für den Brand- und Katastrophenschutz ausgeben. Damit wollen Sie offensichtlich suggerieren, dass die Menschen in den Landkreisen, in denen weniger ausgegeben wird, entsprechend unsicherer leben. Die Menschen können sicher sein, dass die Koalitionsfraktionen aus CDU und SPD gemeinsam mit dem verantwortlichen Innenministerium alles unternehmen werden, um die Herausforderungen des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes in Brandenburg anzunehmen und zu meistern.

Ich möchte einige Maßnahmen nennen, die wir in den vergangenen Jahren gemeinsam - das Ministerium und die die Koalition tragenden Fraktionen SPD und CDU - ergriffen haben.

(Dr. Scharfenberg [Die Linkspartei.PDS]: Vor allem Sie persönlich!)

Wir haben die Landesschule ausgebaut. Sie ist mittlerweile auf einem hohen Niveau. Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr sind mit dem dort zur Verfügung stehenden Angebot sowie mit den Unterbringungsmöglichkeiten sehr zufrieden. Im Ministerium des Innern wurde ein Lagezentrum zum Brand- und Katastrophenschutz eingerichtet. Wir haben durch die seitens der Koalitionsfraktionen im Brand- und Katastrophenschutzgesetz vorgenommenen Veränderungen entscheidende Verbesserungen erzielt und sind in der Diskussion um die Regionalleitstellen vorangekommen.

Gleichwohl stehen wir Herausforderungen gegenüber. Eine Herausforderung besteht im Verschmelzen von innerer und äußerer Sicherheit. Man kann bei der heutigen Situation des Brand- und Katastrophenschutzes die äußere und die innere Sicherheit nicht mehr voneinander trennen, wie es vielleicht vor zwei oder drei Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Das Bedrohungsszenario hat sich geändert. Die damalige Bedrohung durch den Ost-West-Konflikt ist im Wesentlichen durch eine Bedrohung mit terroristischem Hintergrund ersetzt worden. Darauf müssen wir uns einstellen.

Wir stehen auch vor einer Herausforderung, die nicht nur den Brand- und Katastrophenschutz, sondern alle Bereiche des staatlichen bzw. kommunalen Handelns betrifft: die demografische Entwicklung im Land. Es ist richtig, dass die Probleme vor Ort, junge Kameradinnen und Kameraden für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr zu gewinnen, nicht von der Hand zu weisen sind. Angesichts dessen bedarf es - das hat der Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung eindrucksvoll unter Beweis gestellt - nicht nur des staatlichen Handelns, sondern auch des Ideenreichtums vor Ort. Diesen wollen wir unterstützen.

Ich möchte an dieser Stelle das Engagement des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers, Jörg Schönbohm, gerade im Bereich der Jugendfeuerwehren hervorheben. Uns geht es darum, hier die notwendigen Veränderungen auf den Weg zu bringen. Die Kameradinnen und Kameraden wissen, dass wir an ihrer Seite stehen. Ich kann auch für den Kollegen Schippel sprechen, der in einer Freiwilligen Feuerwehr aktiv ist. Er besitzt nicht nur eine Uniform, sondern engagiert sich selbst stark. Wir im Landtag werden alles unternehmen, um die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen. Wenn Sie dabei mittun, dann ist das Ihre Sache. Sie sind willkommen. Das habe ich mehrfach versichert. Ich habe aber meine Zweifel, ob es Ihnen, Herr Dr. Scharfenberg, nicht um etwas ganz anderes geht, nämlich um blanken Populismus und nicht um die Sache selbst. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Für die DVU-Fraktion spricht der Abgeordnete Claus. Bitte schön.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Natürlich macht die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land Brandenburg vor dem Brand- und Katastrophenschutz nicht Halt. Es bringt an dieser Stelle nichts, darüber zu lamentieren, wer an dieser Entwicklung schuld ist. Tatsache ist,

dass die desolote wirtschaftliche Entwicklung, gepaart mit der defizitären Familienpolitik, für die sicherlich nicht nur die Landesregierung, sondern in hohem Maße auch der Bund und seine Politik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Verantwortung tragen, dazu führten, dass immer weniger Kinder geboren wurden und immer mehr Menschen unserem Land Brandenburg den Rücken kehrten.

Ich will das nicht weiter vertiefen, aber Fakt ist: Selbst wenn wir die verfehlte Politik von heute auf morgen ändern würden, hätten wir über Jahre mit ihren Folgen zu tun. Der einzige Unterschied ist: Ändern wir nichts daran, wird sich die Abwärtsspirale, in die unser Land geraten ist, unweigerlich fortsetzen. Wir werden uns sicherlich nicht zum letzten Mal hier in diesem Hause über die Sicherstellung des Brand- und Katastrophenschutzes unterhalten haben.

In jedem Fall ist die Feststellung in der Begründung der antragstellenden Fraktionen von SPD und CDU, dass die personellen Ressourcen sehr schnell große Bedeutung gewinnen werden, richtig. Sagen wir es offen: Ursächlich dafür ist der drastische Geburtenschwund in den Jahren seit der deutschen Wiedervereinigung. Wie gesagt, selbst wenn wir die aufgelisteten Gründe mit sachgerechter Struktur-, Familien-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik beseitigen würden, hätten wir immer noch eine Geburtendelle. Diese wird - das ist absehbar - erhebliche Konsequenzen für den Brand- und Katastrophenschutz haben. Bis nämlich erneut junge Menschen in das für den Brand- und Katastrophenschutz geeignete Alter kommen, vergehen mindestens 18 bis 25 Jahre. Konkret kann man sagen: Der Brand- und Katastrophenschutz hat ein erhebliches Nachwuchsproblem. Herr Hohnen hat dies dem Innenausschuss, als er bei der LSTE in Eisenhüttenstadt war, bestätigt.

Es stellt sich also nur noch die Frage: Was ist zu tun? Um es einfach zu machen: Unsere Fraktion hält die drei Unterpunkte des SPD/CDU-Antrags, was das Konzept der Landesregierung insbesondere umfassen soll, für richtig. Wenn unsere Fraktion es richtig sieht, enthalten die seitens der Fraktionen von SPD und CDU ausgeführten Punkte drei Schwerpunkte: erstens den so genannten Bereich Brand- und Katastrophenschutz, zweitens die Verbesserung von Ausbildung und Technik sowie drittens die Prognose von Hochwasserwirkungen.

Alles schön und gut. Aber wie sieht es aus? In Ihrer Antragsbegründung steht etwas von „personellen Ressourcen“. Insoweit hält unsere Fraktion die von Ihnen gesetzten Schwerpunkte für um einen weiteren Punkt ergänzungsfähig. Dieser muss lauten - um ihn gleich als vierten Spiegelstrich einzufügen -: geeignete Maßnahmen zu ergreifen, welche dem Träger des Brand- und Katastrophenschutzes bei zunehmend knapper werdenden personellen Ressourcen die künftige Anwerbung von ehrenamtlichem Personal erleichtern.

Ich will der Landesregierung keine Vorgaben machen. Um Gottes willen! Ihrer Phantasie soll freier Lauf gelassen werden; das macht sie auch öfter. Denkbar wären aber eine verstärkte Argumentation in den Schulen, die zusätzliche Stärkung des Vereinslebens von Organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes oder anderweitige Vergünstigungen für den Werdegang junger Menschen, die heutzutage von Bedeutung sind.

Wir werden diesem Antrag zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht der Innenminister.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie dieses Thema ansprechen; denn hier liegen wichtige Aufgaben vor uns.

Vorweg möchte ich bemerken: Wir haben einen funktionierenden Brand- und Katastrophenschutz. Gerade beim Brand auf der Mülldeponie in Bernau hat sich gezeigt, dass die Kameradinnen und Kameraden von der Feuerwehr in kürzester Zeit präsent waren und unter hohem Einsatz gelöscht haben.

Dennoch habe ich angewiesen, eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung zu erarbeiten sowie die damit verbundenen Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz zu überprüfen. Damit möchte ich verdeutlichen, dass wir ein effizient funktionierendes, integriertes Hilfeleistungssystem bei Brandgefahren, bei anderen Gefahren, bei Not- und Unglücksfällen sowie bei Großschadensereignissen und Katastrophen benötigen. Wir haben daher Schwerpunkte für die weitere Tätigkeit gesetzt, um die Rahmenbedingungen für die Erreichung dieser Vorstellungen zu schaffen. Schwerpunkte sind insbesondere die Stärkung des überörtlichen Brand- und Katastrophenschutzes sowie die Zentralisierung von allgemeinen Maßnahmen im Brand- und Katastrophenschutzfall.

Diese drei Säulen der Entwicklung der Feuerwehren unseres Landes und der Einheiten des Katastrophenschutzes im Land Brandenburg fügen sich grundsätzlich in die Aufgabenvielfalt zum Schutz unserer Bevölkerung ein. Diese Maßnahmen müssen unter Beibehaltung der kommunalen Selbstverwaltung der Aufgabenträger des örtlichen und überörtlichen Brand- und Katastrophenschutzes gemeinsam umgesetzt werden; an dieser Gemeinsamkeit liegt mir besonders.

Wir sehen unsere Aufgabe gegenüber den Aufgabenträgern darin, im Rahmen der Aus- und Fortbildung insbesondere von Führungskräften Hilfestellung bei der Feststellung und Ermittlung der Gefahrenpotenziale und letztlich der finanziellen Vorsorge im Rahmen der Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung zu leisten. Es ist vollkommen klar, dass die Aufgabe der Träger des Brandschutzes darin besteht, diesen Brandschutz vorzuhalten. Das können wir nicht ändern.

Es geht uns auch darum, dass wir die Brandschutzeinheiten des Landes verstärken. Sie wurden flächendeckend je Landkreis Anfang der 90er Jahre zur Waldbrandbekämpfung eingeführt. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um festzustellen, wie diese Brandschutzeinheiten weiterhin genutzt werden können, zum Beispiel bei Hochwasser; dort haben sie sich in besonderer Weise bewährt. Ziel ist es, diese Einheiten regional entsprechend den neuen Leitstellenbereichen anzupassen und sie einheitlich zur Unterstützung der bereits aufgebauten mobilen Führungsstäbe zu führen.

Den Einheiten im Katastrophenschutz kommt im Gesamtsystem der Neustrukturierung des Brand- und Katastrophenschutzes besondere Bedeutung zu. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass auch nach der letzten Innenministerkonferenz die Innenminister überwiegend der Auffassung sind, dass die Katastrophenschutzeinheiten in der Zuständigkeit des Bundes bleiben sollten. Wir müssen mit ihnen aber eng zusammenarbeiten; das werden wir tun. Sicher ist dabei, dass das Zusammenwirken der Einheiten der örtlichen Feuerwehren und der Einheiten des Katastrophenschutzes ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Gesamtsystems ist.

Ferner haben wir vorgesehen, im Rahmen der Zentralisierung von allgemeinen Maßnahmen im Brand- und Katastrophenschutz Folgendes anzugehen: Aufbau der Regionalleitstellen im Land, Ausbau des Lagezentrums für Brand- und Katastrophenschutz im Innenministerium, Weiterentwicklung der Landesschule für Technische Einrichtungen für Brand- und Katastrophenschutz. Wir wollen sie zu einem Kompetenzzentrum für den Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Zivilschutz ausbauen. Im Rahmen des Besuchs des Innenausschusses sind Einzelheiten vorgetragen worden.

Im Hinblick auf die Einführung digitaler Funktechnik ist es wichtig, dass wir in den dann vorhandenen vier regionalen Leitstellen des Landes die gleiche Ausstattung haben und dies auch mit der Ausbildung entsprechend vorbereiten.

Wir haben uns bei der Entscheidung der Bildung von Regionalleitstellen davon leiten lassen, dass das Lagezentrum für Brand- und Katastrophenschutz und die Landesschule für Technische Einrichtungen als Lehrleitstellen in das System eingebunden werden.

Ich fasse zusammen: Katastrophen- und Zivilschutz ist ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtsystems der integrierten Gefahrenabwehr im Land Brandenburg. Im Mittelpunkt steht dabei, dass das Land, der Bund und die Kommunen in den vier genannten Bereichen zusammenarbeiten. Ich gehe davon aus, dass wir das von Ihnen geforderte Konzept bis zum III. Quartal 2006 vorlegen werden. Die Arbeiten dazu haben bereits begonnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen zum Konzept zur Weiterentwicklung des integrierten Brand- und Katastrophenschutzes in Drucksache 4/2268. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich verlasse Tagesordnungspunkt 15 und rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Fahren mit Licht am Tage

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/2269

Die Aussprache eröffnet Herr Abgeordneter Dr. Klocksinn für die SPD-Fraktion.

Dr. Klocksinn (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe 1975 den Führerschein gemacht; seitdem begleitet mich die Diskussion über das Fahren mit Licht am Tage. Ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, im Landtag dafür zu werben. In der vorweihnachtlichen Jahreszeit mit Licht zu fahren, sieht jeder ein. Ich bin der Meinung, es sollte das ganze Jahr über so sein. Die Verkehrswissenschaft, die Landesverkehrswachen und die Automobilindustrie haben die Erfahrungen gemacht, dass optimales Sehen und Gesehenwerden einen optimalen Schutz für Kraftfahrer wie auch für Fußgänger, Radfahrer und andere motorisierte Verkehrsteilnehmer darstellt.

Die Koalitionsfraktionen haben in gewohnter Einmütigkeit einen Antrag vorgelegt, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, auf Bundesebene die Initiative zu ergreifen, das Fahren mit Licht am Tage zur Pflicht zu erheben. Wir sind uns sicher, bei der Landesregierung offene Türen einzurennen - einzufahren hätte besser zum Thema gepasst. Ich glaube, wir können sogar eine Einigkeit unter den drei demokratischen Fraktionen in diesem Hause erzielen. Es wäre ein großes Ziel erreicht, wenn ein solches Ansinnen gemeinsam getragen würde. Wir sollten an dieser Stelle parteiliche Überlegungen hintanstellen.

Es gibt Länder, die bei diesem Thema weiter sind als die Bundesrepublik Deutschland. Seit Jahren besteht in Skandinavien Lichtpflicht. Es wird Sie interessieren zu erfahren, dass die Automobilhersteller imstande sind Fahrzeuge mit einer automatischen Ausschaltung zu versehen. Wem ist es noch nicht passiert, man stellt sein Fahrzeug ab, vergisst das Licht auszuschalten, und stellt bei der Rückkehr zum Wagen fest, dass die Batterie leer ist?

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Unterstützung von allen Seiten der fachlichen „Szenerie“, um diesen Antrag auszuformulieren. Ich bedanke mich auch für die Aufmerksamkeit, die ich mit diesem letzten Tagesordnungspunkt bei Ihnen wecken konnte, und empfehle, unserem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, CDU und der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Ich wünsche der Abgeordneten Tack, die jetzt für die Linkspartei.PDS sprechen wird, genauso viel Aufmerksamkeit.

Frau Tack (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind begeistert, dass den Koalitionsfraktionen passend zur Vorweihnachtszeit endlich ein Licht aufgeht.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Jawohl!)

Wir sind begeistert, dass Sie künftig das Licht einschalten wollen, wenn Sie am Tage Auto fahren. Wir begrüßen den Antrag der Koalitionsfraktionen, weil wir der Überzeugung sind, dass wir gemeinsam alles dafür tun sollten, die Verkehrssicherheit im Land zu erhöhen und das Unfallrisiko zu senken.

Die Landesverkehrswacht hat bereits im Dezember 2003 eine landesweite Initiative „Fahren mit Licht am Tage“ gestartet, die allerdings nur Empfehlungscharakter hatte. Ich weiß von mehreren meiner Kollegen, dass sie dieser Empfehlung schon gefolgt sind. Nun erhält diese Initiative noch einen Schub. Bundesverkehrsminister a. D. Stolpe hatte sich kurz vor Ende seiner Amtszeit dafür ausgesprochen; die Verkehrsministerkonferenz hat sich ebenfalls dafür ausgesprochen, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Wenn wir die Landesregierung mit diesem Antrag gemeinsam forsch und entschlossen auffordern, aktiv zu werden, ist die gesetzliche Regelung auf einen guten Weg gebracht. Wir alle haben nämlich erfahren, dass öffentliches Werben allein nicht ausreicht; wirklich überzeugen tut nur eine gesetzliche Regelung. Wenn es eine solche künftig geben sollte, wäre mir das sehr recht.

Ich frage mich nur, warum es so lange gedauert hat. In zwölf Ländern der Europäischen Union gibt es bereits Regelungen. In neun Ländern ist das Fahren mit Licht Pflicht, in drei weiteren Ländern ist diese Pflicht an bestimmte Zeiträume geknüpft. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran - das gehört zu der hier eingeforderten Ehrlichkeit dazu -, dass die PDS-Landtagsfraktion wiederholt eine gesetzliche Regelung gefordert und die Landesregierung aufgefordert hat, im Bundesrat aktiv zu werden. Bisher fand unser Ansinnen keine Zustimmung. Jetzt aber, da sich alle anderen, insbesondere die Verkehrsmister, dafür ausgesprochen haben, ist der Weg bereitet.

Bereits im Jahr 2003 haben der EU-Verkehrsministerkonferenz - damals ging es noch um den Betrachtungsraum der EU vor der Osterweiterung - 24 Studien zum Thema Licht am Tage vorgelegen, die deutlich gemacht haben, dass dadurch jährlich knapp zwei Millionen Verkehrsunfälle mit 155 000 Verletzten und 5 500 Toten sowie Folgekosten in Höhe von rund 5 Milliarden Euro vermieden werden könnten. Die Zahlen sind eindrucksvoll. Sie sollten uns ermuntern, den Antrag gemeinsam zu tragen und den Weg für eine gesetzliche Pflicht zum Fahren mit Licht am Tage zu ebnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter Schrey spricht für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verkehrssicherheit ist ein Thema, das uns angesichts der viel zu hohen Unfallzahlen immer wieder beschäftigen wird und beschäftigen muss. Um diese Zahlen zu senken, legen Ihnen die Regierungsfractionen einen Antrag vor, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, auf Bundesebene die Initiative mit dem Ziel zu ergreifen, das Fahren mit Licht am Tage zur Pflicht zu machen.

Wenn man den Brauhausberg hinabfährt, hat man einen guten Überblick, wie viele Autofahrer auch bei schlechter Sicht ohne Licht fahren. Dann wird einem bewusst, wie wichtig es ist, dass wir im Landtag für die Einführung der Lichtpflicht plädieren. In vielen europäischen Ländern, zum Beispiel in Dänemark, Estland, Finnland, Schweden, Tschechien und Polen, ist das Fahren mit Licht schon obligatorisch. Auch Österreich

wird sich anschließen. Zum Teil gilt diese Pflicht ganzjährig, zum Teil nur in den Wintermonaten. Laut einer Umfrage vom November dieses Jahres fühlt sich die Mehrheit der deutschen Autofahrer sicherer, wenn sie auch tagsüber mit Licht fahren.

84 % der Befragten würden mit Licht fahren, wenn es die Sicherheit erhöhte. Viele haben schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht. 80 % der Befragten gaben an, schon einmal einen Autofahrer in der Dämmerung sehr schlecht oder sehr spät gesehen zu haben, weil dieser ohne Licht gefahren ist. Ein niederländisches Institut hat herausgefunden, dass bei der Hälfte aller Unfälle spätes Erkennen oder Übersehen von Fahrzeugen eine Rolle spielt.

Auch die Bundesanstalt für Straßenwesen hat im Sommer einen Bericht vorgelegt, in dem sie darstellte, dass das Fahren mit Licht durchaus Einfluss auf die Anzahl der Unfälle in Deutschland hat. Sie geht darin - gemessen an den Unfallzahlen von 2002 - von einer Reduzierung der Unfälle um bis zu 11 000 aus. Das würde auch eine Reduzierung der Unfallkosten um 1 Milliarde Euro bedeuten.

Wichtiger als die Kosten sind selbstverständlich die Menschen, die bei Unfällen in Mitleidenschaft gezogen oder gar getötet werden. Im Jahr 2002 gab es über 362 000 Unfälle mit Personenschäden. Die Bundesanstalt für Straßenwesen geht davon aus, dass mehr als 177 000 Menschen bei Unfällen zu Schaden kamen, für die das Fahren mit Licht am Tage relevant gewesen wäre; das sind fast 50 % aller Unfallgeschädigten. Bei Unfällen, bei denen Menschen getötet wurden, liegt diese Quote bei 40 %.

Jetzt mögen viele Menschen sagen: Wenn ich ständig mit Licht fahre, verbrauche ich doch mehr Sprit. - Das stimmt natürlich, aber Berechnungen ergaben, dass das Fahren mit eingebauten Tagfahrleuchten bis zu zehnmal sparsamer ist als das Fahren mit Abblendlicht. Das heißt, die Autoindustrie muss aufgefordert werden, solche Leuchten serienmäßig anzubieten.

Dass alle Kraftfahrzeuge auch am Tag mit Licht fahren sollen, wird schon seit vielen Jahren von diesem hohen Haus gefordert. Ich denke, es ist an der Zeit, ein Gesetz einzuführen, welches das Fahren mit Licht am Tag zur Pflicht erhebt. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Befürwortung unseres Antrags.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Schrey. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion der DVU fort. Es spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem tosenden Beifall sollte wohl die Hartnäckigkeit des Herrn Schrey belohnt werden. Ich werde nicht so hartnäckig sein, sondern mich kurz fassen.

(Beifall bei der DVU)

Es ist wohl unstrittig, dass das Fahren mit Licht am Tage die Si-

cherheit der Verkehrsteilnehmer erhöht. Sicherlich gibt es noch einen großen Diskussionsbedarf - Herr Schrey sprach es bereits an -, zum Beispiel hinsichtlich der technischen Umsetzung. In der Frage, ob die Kfz mit Tagfahrleuchten nachgerüstet werden sollen, muss eine für die Verkehrsteilnehmer zumutbare Lösung gefunden werden.

Es ist auch noch nicht abschließend geklärt, inwieweit sich die Taglichtpflicht für Autos auf die Motorräder auswirkt. Diese Frage habe ich im Ausschuss bereits mehrfach gestellt. Ich meine, hier müssten zusätzliche Untersuchungen angestrengt werden.

Insgesamt verfolgt der vorliegende Antrag ein wünschenswertes Ziel. Ich denke, wir können ihm zustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht der Verkehrsminister. Bitte sehr.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An der Einführung der Pflicht zum Fahren mit Licht am Tage sollte kein Weg und keine Straße mehr vorbeigehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Der Nutzen für die Verkehrssicherheit ist mehrfach dargestellt worden. Es ist erwiesen, dass bei Fahren mit Licht am Tage ein Unfallrückgang von rund 3 % eintreten wird; das sind 60 000 bis 70 000 Unfälle weniger pro Jahr in der Bundesrepublik. Der Sicherheitsnutzen beträgt ca. 1 Milliarde Euro jährlich. Die letzte Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen hat deut-

lich gemacht, dass der Kraftstoffmehrerbrauch sehr moderat ist. Er liegt bei 0,05 Liter auf 100 Kilometer bzw. bei 0,02 Liter auf 100 Kilometer bei Benutzung der neuen Technik LED. Mit dem serienmäßigen Einbau von Tagfahrleuchten mit automatischer Aktivierung sowie von Dämmerungsschaltern wird dieser Mehrbedarf noch weiter gedrückt.

Es ist aus meiner Sicht sehr wichtig und vernünftig, dass die Bundesrepublik Deutschland das nächste europäische Land wird, das diese Pflicht obligatorisch einführt. Ich bedanke mich für den vorliegenden Antrag. Es ist scherzhafterweise ein Vergleich angestellt worden: wenn beim Rückwärtsfahren Licht brennt, sollte das auch beim Vorwärtsfahren so sein. - Deshalb erhält der Antrag meine volle Unterstützung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, da auch zu diesem Antrag niemand einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt hat, kann ich über ihn direkt abstimmen lassen. Wer dem Antrag in der Drucksache 4/2269 - Fahren mit Licht am Tage - zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Es ist neben der Tagesordnung der dritte heute einstimmig angenommene Antrag.

Das gibt Anlass zu Lob und Belohnung. Es findet, wie Sie wissen, zum Jahresende immer eine Bulettenparty statt, so auch heute. Nur wird es wahrscheinlich weniger Buletten als andere Dinge geben. Sie findet nicht wie üblich hier, sondern im Krongut Bornstedt statt und heißt nicht Bulettenparty, sondern Parlamentarischer Abend. Die „Lausitzer Rundschau“ lädt Sie für 19 Uhr herzlich ein. - Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.01 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****TOP 12:****Bericht zur Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes (IVK) 2002**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 23. Sitzung am 14. Dezember 2005 folgende EntschlieÙung angenommen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, das zuständige Mitglied der Landesregierung zu beauftragen, im III. Quartal 2006 dem Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung Bericht zu erstatten über:

- die Verzahnung der verschiedenen Verkehrsträger und die Integration von Zielen der Verkehrspolitik mit der Stadtentwicklung, der Wirtschafts- und der Umweltpolitik;
- den Stand der Evaluation des ÖPNV-Gesetzes;
- die Umsetzung der Regionalisierung des SPNV im Land Brandenburg und die zukünftige Aufrechterhaltung der Qualität im öffentlichen Nahverkehr. Dazu wird die Landesregierung gebeten, bis zum II. Quartal 2007 ein entsprechendes Konzept vorzulegen;
- den Ausbau der Verkehrswege zwischen Berlin und Brandenburg;
- die Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarland und
- die Auswirkungen des europäischen Rechtsrahmens.“

TOP 14:**Zusätzliche Öffnungszeiten für den Einzelhandel während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 23. Sitzung am 14. Dezember 2005 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 für den Einzelhandel im Land Brandenburg Ausnahmen zum Ladenschlussgesetz zuzulassen und sich dabei grundsätzlich den in Berlin getroffenen Regelungen anzuschließen.“

TOP 15:**Konzept zur Weiterentwicklung des integrierten Brand- und Katastrophenschutzes**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 23. Sitzung am 14. Dezember 2005 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag bis zum III. Quartal 2006 ein ganzheitliches Konzept auf der Grundlage eingeleiteter Initiativen des Ministeriums des Innern zur Weiterentwicklung des Brand- und Katastrophenschutzes der Bevölkerung unter Berücksichtigung

der demografischen Entwicklung in Brandenburg bis zum Jahr 2014 vorzulegen.

Dieses Konzept soll insbesondere

- den personalen und technisch-organisatorischen Brandschutz und dessen Finanzierbarkeit in den Segmenten der Spezialtechnik und der Fachkompetenz,
- die Bündelung der Einsatzkoordinierung, -führung und -dokumentation vor dem Hintergrund der Einführung eines digitalen Funksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und
- die Gewährleistung landesseitigen Katastrophenschutzes mit notwendiger Aus- und Fortbildung, Verbesserungen der Prognose von Hochwasserwirkungen, Vorhalten von Führungs- und Einsatzmitteln sowie personaler Fachkompetenz

umfassen.“

TOP 16:**Fahren mit Licht am Tage**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 23. Sitzung am 14. Dezember 2005 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene die Initiative zu ergreifen, mit dem Ziel, das Fahren mit Licht am Tage zur Pflicht zu erheben.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 14. Dezember 2005**Frage 508****Fraktion der CDU****Abgeordneter Sven Petke****- Zahlungsverpflichtungen des Landes Brandenburg -**

Nach aktuellen Berichten kam es bei der Berliner Polizei zu dramatischen Verzögerungen bei der Bezahlung von Rechnungen. Durch diese schlechte Zahlungsmoral sollen einzelne Unternehmen an den Rand des Konkurses gedrückt worden sein.

Ich frage die Landesregierung: Ist es zutreffend, dass erteilte Aufträge seitens der brandenburgischen Polizei rechtzeitig bezahlt und so Unternehmen rechtzeitig bezahlt werden?

Antwort der Landesregierung**Minister des Innern Schönbohm**

Unbestritten ist die pünktliche Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen von existenzieller Bedeutung für Handwerker und Unternehmer. Wegen dieser Bedeutung nimmt die termingemäÙe Zahlung im Geschäftsbereich einen hohen Stellenwert ein.

Mit Bekanntwerden der ersten Beschwerden aus der brandenburgischen Wirtschaft zur schlechten Zahlungsmoral der öffentlichen Hand Ende 2003 sind Appelle an die Führungskräfte ergangen, der Zahlungsmoral verstärktes Augenmerk zu schenken. Im August dieses Jahres habe ich deshalb die Behördenleiter meines Geschäftsbereiches gebeten, Zahlungsverpflichtungen - wie bisher - weiterhin termingerecht nachzukommen. Die Präsidenten der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern habe ich über mein Schreiben informiert.

Gespräche mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und auch persönliche Begegnungen mit Handwerkern und Unternehmern haben gezeigt, dass das Innenressort keinen Problemfall darstellt. Zustände, wie sie derzeit in der Berliner Polizei zu verzeichnen sind, sind bei der Polizei des Landes Brandenburg ausgeschlossen.

Somit eindeutige Aussage: Ja, es ist zutreffend, dass bei der brandenburgischen Polizei Unternehmen termingemäß bezahlt werden.

Frage 509

Fraktion der SPD

Abgeordneter Klaus Bochow

- Hooligan-Schlägerei bei Briesen -

Presseberichten zufolge fand Ende November bei Briesen eine zuvor verabredete Schlägerei zwischen deutschen und polnischen Hooligans statt, bei der offensichtlich die „Vorherrschaft“ für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 geklärt werden sollte. Ich frage die Landesregierung: Welchen Handlungsspielraum besitzt sie, um ähnliche Vorfälle im Vorfeld der WM, während der WM sowie danach zu verhindern?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Lassen Sie mich Folgendes voranstellen: Obwohl das Land Brandenburg nicht selbst Austragungsort ist, werden wir alles dazu beitragen, um Deutschland als weltoffenen, liberalen Gastgeber zu präsentieren, der jeglichen Missbrauch des Ereignisses „WM“ konsequent unterbinden wird.

Am 27.11.2005 trafen in einem unübersichtlichen, mehrere Quadratkilometer großen Waldstück bei Briesen 53 polnische und 45 deutsche Personen, die allesamt der Hooligan-Szene zuzurechnen sind, aufeinander. Bei diesem Aufeinandertreffen handelte es sich um eine so genannte „Drittortauseinandersetzung“.

Das Phänomen solcher „Drittortauseinandersetzungen“ hat seine Ursache in den immer besser greifenden personellen und materiell-technischen Sicherheitsvorkehrungen aller für die Sicherheit bei Sportveranstaltungen zuständigen Stellen. Mit anderen Worten: Mehr Sicherheit in den Stadien verdrängt zum Teil auch Gewaltsuchende aus den Stadien und ihrem Umfeld an „Drittorte“, wo sie sich vor dem Zugriff der Polizei sicher wähnen.

Dieses - wenn auch noch sehr seltene Phänomen - stellt vor allem die Polizeien von Bund und Ländern zum Beispiel vor folgende Probleme:

- Da diese Szene stark abgeschottet und konspirativ tätig ist, ermöglichen die Erkenntnisse der Polizei oft nur sehr kurze Reaktionszeiten.
- Hinzu kommt, dass die geografische Lage des Landes Brandenburg (Flächenland) mit seinen ausgedehnten, dünn besiedelten Waldregionen und versteckten Industriebrachen diesen Szeneangehörigen die Möglichkeit solcher Treffen bietet.

Nach den Erkenntnissen der Polizei organisiert sich die Hooligan-Szene überregional und rekrutiert ihre Teilnehmer zu solchen Treffen auch aus den benachbarten Bundesländern.

Auch wenn es im Land Brandenburg keine der Polizei bekannte gefestigte Hooligan-Szene gibt, bestätigt das Ereignis vom 27.11.2005 bei Briesen das Agieren dieser Phänomengruppen über Länder- und sogar über Staatsgrenzen hinweg.

Das Land Brandenburg war mit der in Rede stehenden „Drittortauseinandersetzung“ erstmalig betroffen. Gleiches gilt für die Beteiligung polnischer Hooligans.

Die Maßnahmen der Landesregierung zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr sind Ergebnis der Erörterungen/Abstimmungen des „Bund-Länder-Ausschusses WM 2006“.

Im Wesentlichen widmet sich dieser Ausschuss der Erarbeitung und Fortschreibung des „Nationalen Sicherheitskonzeptes“, welches mögliche Szenarien beschreibt und alle für die Sicherheit der Weltmeisterschaft verantwortlichen Akteure auf sukzessive Prüfung der Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zur Gewaltverhinderung sowie die ständige Fortschreibung ihrer Teilkonzepte verpflichtet.

Nicht unwesentlich ist in diesem Kontext das „Rahmenkonzept der Polizeien des Bundes und der Länder“. Mit dem Rahmenkonzept wurde unter anderem auch ein Maßnahmenbündel der Polizei gegen Hooliganismus geschaffen.

Erklärte Ziele sind die deutliche Reduzierung des Störerpotenzials am Ereignisort sowie die nachhaltige Wirkung auf die Szene. Zu deren Erreichung sind zum Beispiel Maßnahmen vorgesehen und abgestimmt wie:

- das Sammeln und Auswerten von Erkenntnissen über so genannte Gewalttäter Sport,
- der Einsatz von „szenekundigen Beamten“,
- präventivpolizeiliche Maßnahmen, zum Beispiel Gefährderansprachen, Platzverweise, Meldeauflagen,
- ein niederschwelliges und konsequentes Einschreiten bei erkannten „Gewalttätern Sport“, möglichst bereits auf den Anreisewegen zum jeweiligen Veranstaltungsort,
- eine konsequente Strafverfolgung auch unter der Anwendung von beschleunigten Verfahren, gerade auch unter dem Aspekt der generalpräventiven Wirkung,
- verstärktes Sensibilisieren der Einsatzkräfte für die Erscheinungsformen des Hooliganismus, um auch bei spontanen Ausweichaktionen oder bei geplanten „Drittortauseinandersetzungen“ ein konsequentes Einschreiten zu gewährleisten.

Bundesweit wirken somit gleiche Standards bei der Bewältigung polizeilicher Lagen. Bereits heute setzt die Polizei des

Landes diesen Maßnahmenkatalog anlässlich von Länderspielen der deutschen Fußball-Nationalmannschaft um.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen Staaten werden - wie bei bisherigen internationalen Begegnungen - anlassbezogene bilaterale Absprachen und Vereinbarungen getroffen.

Im Vordergrund stehen dabei der gegenseitige Informationsaustausch, gegebenenfalls erforderliche Ein- beziehungsweise Ausreiseverhinderungen, strafrechtliche Verfolgungsmaßnahmen, Einbindung ausländischer Sicherheitskräfte (zum Beispiel szenekundige Beamte, Verbindungsbeamte, Pressesprecher usw.).

Die Polizei des Landes Brandenburg nutzt ergänzend die Möglichkeit der Einbeziehung der seit einigen Jahren bestehenden und sich bereits mehrfach bewährten deutsch/polnischen Verbindungsstelle in Frankfurt (Oder).

Resümierend ist festzuhalten, dass die Polizei des Landes Brandenburg - fest eingebunden in die Anstrengungen von Bund und Ländern - alles tut, um Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verhindern bzw. unterbinden zu können. Hierzu habe ich auch Herrn Polizeipräsidenten a. D. Lüth zum Sicherheitsberater im Handlungsfeld „Sportveranstaltungen - Kommune - Polizei“ eingesetzt. Er entwickelt Strategien zur vorbeugenden Abwehr von Gefahren bei herausragenden Sportveranstaltungen, natürlich insbesondere zur Weltmeisterschaft 2006.

Frage 510

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Einsparungspläne im Brandenburger Strafvollzug -

Nach Pressemeldungen plant die Landesregierung massive Einsparungen im Brandenburger Strafvollzug. So sollen von den etwa 1 350 Personalstellen im Vollzugsdienst bis zum Jahr 2009 knapp 400 Stellen wegfallen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen für den Strafvollzug in Brandenburg werden sich nach ihrer Einschätzung im Falle der genannten Einsparungen ergeben?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Justiz Blechinger

Ich habe in meinem Hause eine Entwicklungskonzeption für den Justizvollzug im Land Brandenburg erarbeiten lassen, um insbesondere den Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung, das heißt einer weiterhin sinkenden Einwohnerzahl in unserem Land, Rechnung zu tragen. Diese Entwicklungskonzeption ist kürzlich im Rechtsausschuss des Landtages vorgestellt worden. Einhergehend mit einer Verminderung der Zahl der Haftplätze wird ein Abbau der Personalstellen im Justizvollzug von derzeit rund 1 400 auf etwa 1 200 Stellen bis zum Jahre 2009 vorgeschlagen.

Derzeit wird die Kabinettsbefassung vorbereitet. Die der Haftplatz- und Personalbedarfsprognose zugrunde liegenden Parameter müssen mit den übrigen Ressorts der Landesregierung abgestimmt werden.

Ein Abbau von 400 Stellen im Justizvollzug des Landes Brandenburg ist nicht Gegenstand der Planung. Deshalb liegen auch keine Erkenntnisse dazu vor, welche Konsequenzen sich daraus für den brandenburgischen Strafvollzug ergeben würden.

Frage 511

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordnete Kerstin Kaiser

- Aktuelle Probleme der Frauenhäuser -

Frauen und Kinder aus allen sozialen Schichten sind offensichtlich zu fast einem Viertel im familiären Nahbereich von Gewalt betroffen. Belegungszahlen in Frauenhäusern und Frauennotwohnungen sind in den letzten Jahren gleich bleibend hoch. Durch die Möglichkeit der Wegweisung eines Gewalttäters durch die Polizei ist die Nachfrage nach ambulanter Beratung weiter gestiegen. Gewachsen ist die Zahl Hilfesuchender Frauen in komplizierten Problemlagen (Gewalt, Sucht, Schulden) auch nach der Hartz-IV-Reform. Die wenigen Mitarbeiterinnen - davon in der Regel nur eine Diplomsozialarbeiterin pro Landkreis - sind zudem über Notruf rund um die Uhr erreichbar und leisten in akuten Krisen sofort Hilfe. Ihre Arbeit ist in den letzten Jahren komplizierter und umfangreicher geworden, ohne dass sich die materiellen Rahmenbedingungen verbessert haben.

Entsprechend der Antwort der Landesregierung in Drucksache 4/2193 sind ihr diese Fakten bekannt. Finanziell für zuständig erklärt das Land die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge. Diese halten die Absicherung der Frauenhäuser durchaus nicht überall für eine Pflichtaufgabe. Trotz der Landesfinanzierung von 50 000 Euro pro Kreis bleiben den Trägern nicht selten Defizite.

Ich frage die Landesregierung: Welche Vorstellungen hat sie, nach denen die zunehmenden Aufgaben der Frauenhäuser, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und die Finanzierung künftig landesweit im Sinne der betroffenen Frauen gesichert werden können?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Im Land Brandenburg bieten 18 Frauenhäuser, vier Beratungsstellen und sieben Frauenschutzwohnungen Schutz und Beratung für von Gewalt betroffene Frauen.

Die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern zeigen ein sehr hohes Engagement auch gerade in Einrichtungen, die personell knapp besetzt sind. Sie sind jederzeit telefonisch erreichbar, nehmen Frauen mit ihren Kindern in Not - unabhängig vom Wohnort - auf. Sie bieten dadurch Schutz vor weiterer Gewalt; sie beraten die Frauen auch unabhängig von ihrem Aufenthalt im Frauenhaus über ihre persönliche Situation und ihre Handlungsmöglichkeiten. Die neue proaktive - das heißt auf betroffene Frauen zugehende - Beratung wird in enger Zusammenarbeit mit der Polizei in mehreren Städten und Landkreisen von Betroffenen angenommen.

Gegenüber den Anfangsjahren der Frauenhausarbeit haben sich die Aufgaben für die Mitarbeiterinnen in Richtung Beratung

verlagert. Die Anzahl der Betten wurde verringert. Drei Frauenhäuser haben auf diese Entwicklung reagiert, indem sie heute nach dem Konzept einer Frauenberatungsstelle mit Frauenschutzwohnung arbeiten.

Die Qualifizierung der Frauenhausmitarbeiterinnen wurde in den 90er Jahren vom Frauenministerium auf den Weg gebracht. Die Fortbildung erfolgt jetzt durch das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser auch unter Einbeziehung bundesweiter Netzwerke. Das Land fördert Fortbildung für Frauenhausmitarbeiterinnen (nach Haushaltslage). Die Frauenhausarbeit wurde professionalisiert und der Bedarf an fachlicher Weiterbildung kann vom eigenen Netzwerk am besten koordiniert werden. Darüber hinaus gibt es spezifische Bildungsangebote der großen Träger wie der AWO oder der Diakonie.

Ich habe im Sommer einen Großteil der Frauenhäuser besucht und auch die Mitarbeiterinnen zu einem Erfahrungsaustausch nach Potsdam eingeladen. Das wollen wir fortsetzen.

Trotz der Notwendigkeit von Kürzungen in allen Bereichen werden auch im kommenden Jahr jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt weiterhin 50 000 Euro für Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder zur Verfügung gestellt. Das Land unterstützt die Landkreise mit dieser Förderung maßgeblich. Die Voraussetzung für die Landesförderung ist eine Kofinanzierung des Landkreises/der kreisfreien Stadt in der Regel von mindestens 40 %.

Ich setze mich persönlich dafür ein, die Verantwortung für Hilfe suchende Frauen und Kinder in den Landkreisen noch stärker bewusst zu machen. Dazu werden auch die regelmäßigen Treffen beitragen.

Frage 512

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

- Verkauf eines Teils der Fa. Securitas -

Ende November ist der Geschäftsbereich Geld- und Wertdienste Deutschland der Firma Securitas an die Firma Heros veräußert worden. Die Veräußerung erfolgte für die Öffentlichkeit und insbesondere die etwa 200 Beschäftigten in Potsdam völlig überraschend. Die Belegschaft befürchtet nun anhand von vergleichbaren vorherigen Firmenverkäufen einen drastischen Abbau der Arbeitnehmerrechte, sinkende Löhne und den Verlust des Arbeitsplatzes. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach den kartellrechtlichen Bewertungen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, um im Interesse der Beschäftigten der Firma Securitas eine Fehlentwicklung zu vermeiden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junhanns

Wenn ein Unternehmen einen Unternehmensteil an ein anderes Unternehmen verkauft, ist dies zunächst eine rein unternehmerische Entscheidung.

In dem hier vorliegenden Fall ist die Landesregierung weder vom Verkäufer noch vom Käufer vorher informiert worden.

Der Landesregierung ist bekannt, dass die Unternehmensgruppe Heros von der Firma Securitas den Geschäftsbereich Geld- und Wertdienst Deutschland gekauft hat, das heißt, dass alle Standorte dieses Geschäftsbereiches der Firma Securitas in Deutschland und nicht nur der Standort Potsdam von diesem Vorgang betroffen sind.

Der Landesregierung ist ebenfalls bekannt, dass die Firma Securitas, deren Muttergesellschaft in Schweden ansässig ist, sich wegen seit Jahren in diesem Geschäftsbereich angefallenen Verlusten in Millionenhöhe von diesem Geschäftsbereich getrennt hat.

Es ist nachvollziehbar, wenn der Käufer eines Unternehmens, das Verluste gemacht hat, den ernsthaften Versuch unternimmt, die Ursachen dieser Verluste zu beseitigen. Dies liegt in der Verantwortung des Unternehmens.

Die Landesregierung hält die Annahme für gerechtfertigt, dass der Käufer noch keine endgültige Entscheidung hinsichtlich Unternehmensplanung, aus der sich die Auswirkungen auf die einzelnen Standorte und dort bisher vorhandenen Arbeitsplätze ergeben, getroffen hat.

Die Landesregierung hat hier allerdings keine direkten Einwirkungsmöglichkeiten auf die Unternehmensentscheidung.

Die Bundesvereinigung deutscher Geld- und Wertdienste hat in der vergangenen Woche beim Landgericht Frankfurt gegen die Deutsche Bundesbank eine Kartellrechtsklage eingereicht. Sie wirft der Deutschen Bundesbank vor, im neuen Jahr einen Geldbearbeitungsservice zu quer subventionierten Dumpingpreisen anzubieten, die keinesfalls kostendeckend seien und einen fairen Wettbewerb unmöglich machen würden. Mit dieser Klage will der Verband gegen einen nach seiner Auffassung geplanten Eingriff einer staatlichen Behörde in ein privatwirtschaftliches Marktgeschehen vorgehen, der nach Auffassung des Verbandes Tausende von Arbeitsplätzen kosten könnte.

Auch hier obliegt es nicht der Landesregierung, eine Bewertung dieses kartellrechtlichen Verfahrens vorzunehmen.

Frage 513

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordnete Carolin Steinmetzer

- Razzia am Finsterwalder Janusz-Korczak-Gymnasium -

Am 29.11. haben fünf Revierpolizisten und zivile Mitarbeiter des Ordnungsamtes am Finsterwalder Janusz-Korczak-Gymnasium eine Razzia durchgeführt, bei der bei 450 Schülerinnen und Schülern eine Schultaschen- und Hosentaschenkontrolle vorgenommen wurde. Es lag der Verdacht vor, dass die Schülerinnen und Schüler Alkohol und Zigaretten in die Schule mitbringen.

Ich frage die Landesregierung: Hält sie diese Maßnahme für angemessen?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Von der vom Ordnungsamt Finsterwalde vorgenommenen Maßnahme hatte das Ministerium des Innern im Vorfeld keine

Kenntnis. Den zur Überprüfung des ordnungsbehördlichen Handelns angeforderten Berichten war zu entnehmen, dass die auf Hinweisen aus der Nachbarschaft beruhenden Maßnahmen von dem Gedanken getragen waren, der Gefährdung von Jugendlichen durch Zigaretten- und Alkoholkonsum - insbesondere in der Öffentlichkeit - entgegenzuwirken. Hierzu veranlasste das Ordnungsamt Finsterwalde im Einvernehmen mit der Schulleitung eine entsprechende Kontrolle. Bei einigen Schülern wurden hierbei Zigaretten aufgefunden.

Die rechtliche Überprüfung hat - nach dem jetzigen Berichts- und Kenntnisstand - Zweifel an der Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit aufkommen lassen. Ich habe daher veranlasst, dass die Maßnahme gegenwärtig zwischen der zuständigen Aufsichtsbehörde - dem Landkreis Elbe-Elster - und der Stadt Finsterwalde ausgewertet wird.

Frage 514

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordneter Peer Jürgens

- Studiendauer an Universitäten in Brandenburg -

Der Wissenschaftsrat legte kürzlich eine Studie zur Entwicklung der Fachstudiendauer an Universitäten vor. Daraus geht hervor, dass an den Brandenburger Universitäten die Studiendauer in ausgewählten Fächern länger wurde sowie im Vergleich zu den jeweiligen Bundesdurchschnitten in den meisten Fällen in Brandenburg höher ausfällt.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wie erklärt sie sich die Entwicklung der Studiendauer der letzten Jahre an Brandenburger Universitäten?

Antwort der Landesregierung

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka**

Die Landesregierung beobachtet die Entwicklung der Fachstudiendauer sehr genau. Zusätzlich zu eigenen Analysen werden selbstverständlich auch Studien des Wissenschaftsrats einbezogen.

Die Analyse des Wissenschaftsrats, auf die Ihre Frage abzielt, basiert jedoch auf Daten von 1999 bis 2003. Die bis dahin geringe Zahl von Absolventen in Studiengängen der gestuften Studienstruktur haben nur einen äußerst geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Die aktuellen Daten der Brandenburger Hochschulen für Studiengänge in der gestuften Studienstruktur zeichnen ein deutlich anderes Bild: Sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen schließen rund 90 % der Absolventen in BA/MA-Studiengängen in der Regelstudienzeit bzw. in der Regelstudienzeit plus zwei Fachsemester das Studium ab. Die Landesregierung sieht sich darin bestätigt, dass die gestufte Studienstruktur eine deutliche Annäherung der Studiendauer an die Regelstudienzeit bewirkt.

Die Hochschulen sind außerdem durch das Brandenburgische Hochschulgesetz (§ 7) aufgefordert, Struktur und Inhalt der Studiengänge mit Blick auf den Umfang des Lehrangebots und

auf die Anforderungen im Studium regelmäßig zu überprüfen. Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Evaluation und Akkreditierung tragen dazu bei, die Voraussetzungen für die Einhaltung der Regelstudienzeit weiter zu verbessern.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen, um eine Verbesserung der Studienbedingungen zu erreichen und dadurch auch positiv auf die Fachstudiendauer einzuwirken.

An erster Stelle ist hier das Studienplatzweiterungsprogramm zu nennen. Hier wird nicht nur vorhandene Überlast in Fächern abgebaut, sondern durch Personalverstärkung die Betreuung verbessert. Neue, innovative Studienangebote bewirken Strukturveränderungen an den Hochschulen.

Darüber hinaus setzt das Modell der leistungsorientierten Mittelvergabe Anreize für die Hochschulen, weitere Verbesserungen der Studienbedingungen umzusetzen. Im Mittelverteilungsmodell wird die Zahl der Absolventen und die Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit „belohnt“. Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass der Wissenschaftsrat die Entwicklung von 1999 bis 2003 analysiert hat, das Mittelverteilungsmodell jedoch erst seit dem Haushaltsjahr 2004 zur Anwendung kommt. Steuerungseffekte des Modells können sich also in der Studie des Wissenschaftsrats noch gar nicht abbilden.

Frage 515

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Kultur ins Grundgesetz -

Noch vor der Bundestagswahl im September 2005 war die Idee, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, aus den unterschiedlichen politischen Richtungen zu vernehmen. Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU ist diese Aufgabe nicht fixiert worden. Da für die Kulturpolitik der Länder diese Forderung eine wesentliche Bedeutung hat, frage ich die Landesregierung:

Welche Auffassung vertritt sie in der Frage, Kultur als Staatsziel im Sinne von Daseinsvorsorge ins Grundgesetz aufzunehmen?

Antwort der Landesregierung

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka**

Deutschland ist nicht nur ein demokratischer Rechtsstaat, sondern ohne Zweifel auch ein Kulturstaat. Der föderale Aufbau Deutschlands hat über die Jahrhunderte zu einer Vielzahl kultureller Zentren geführt, und Deutschland ist zu Recht stolz auf sein reiches kulturelles Erbe - allein 30 herausragende Zeugnisse seiner Geschichte wurden aufgrund ihrer globalen Bedeutung als Welterbestätten von der UNESCO anerkannt. Viele davon stehen für neue gesellschaftliche Entwicklungen, deren Ausgangspunkt sie waren. Deutschlands Dichte an Theatern, Orchestern und Museen wird weltweit hoch geschätzt. Zudem verfügt es über eine vielgestaltige zeitgenössische Kunstszene.

Das Erbe zu erhalten, die Künste zu fördern und die Teilhabe

am kulturellen Leben allen Bürgern zu ermöglichen betrachtet das öffentliche Gemeinwesen als Verpflichtung, die im Interesse der Allgemeinheit wahrgenommen wird. Hierüber besteht in Deutschland ein breiter gesellschaftlicher Konsens. In den Ländern fand diese Übereinstimmung in den Landesverfassungen, die eine - mehr oder weniger ausführliche - Staatszielbestimmung Kultur aufweisen, ihren Niederschlag. Auch die brandenburgische Gemeindeordnung wie auch die Landkreisordnung sehen die Kommunen in der Verpflichtung, sich für die kulturellen Belange ihrer Bürger einzusetzen.

Das Grundgesetz hingegen weist eine solche - explizit formulierte - Staatszielbestimmung nicht auf, wenngleich die Rechtsprechung die Verpflichtung des Staates, die Kultur zu fördern, aus Artikel 5 GG herleitet. Für diese vermeintliche „Fehlstelle“ gibt es historische wie auch ordnungspolitische Gründe, wie zum Beispiel die Expertendebatte der Enquetekommission des Deutschen Bundestages anschaulich gezeigt hat, ohne dass Kulturförderung durch die öffentliche Hand an sich infrage gestellt wurde. Zudem dürfen die Wirkungen eines solchen Staatsziels auch nicht überschätzt werden. Das Staatsziel stünde gleichrangig neben den anderen von Verfassung wegen zu verfolgenden Aufgaben des Staates. Ebenso wenig ließe sich daraus ein einklagbarer Anspruch auf eine bestimmte Förderung ableiten. Zugleich kann niemand ernsthaft behaupten, dass das Fehlen des Staatsziels im Grundgesetz der Kultur in den letzten 50 Jahren geschadet habe.

Änderungen der Verfassung bedürfen eines einhergehenden gesellschaftlichen Diskurses, der außerhalb der Enquetekommission gerade erst begonnen hat. Möglicherweise mit Blick darauf und dass dieses Thema weder im Bundestag noch im Bundesrat oder in der Föderalismuskommission bislang zur Diskussion stand, hat die Koalition der die Bundesregierung tragenden Parteien im Koalitionsvertrag keine Regelung zum Staatsziel getroffen.

Bis zur Vorlage eines Entwurfs zur Änderung des Grundgesetzes müssen diese Fragen, das Dafür und Dagegen einer Staatszielbestimmung, breit diskutiert werden, damit klar wird, welche Ziele damit verfolgt werden. Da das Grundgesetz grundlegende Wertentscheidungen zum Ausdruck bringt, die unser Zusammenleben bestimmen, bin ich in diesem Sinne dafür, die Staatszielbestimmung um ihrer appellativen Wirkung willen in das Grundgesetz aufzunehmen, denn politische Wertentscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Parlament zu treffen.

Frage 516

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

- Gemeinsame Polizeiausbildung -

Seit längerem gibt es Überlegungen zu einer besseren Abstimmung der Polizeiausbildung zwischen Brandenburg und Berlin. Mit der Verlegung der Fachhochschule der Polizei nach Oranienburg und einer hohen Investition an dem neuen Standort verbindet sich der Anspruch einer entsprechenden Auslastung der Ausbildungskapazität.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Gespräche mit dem Land Berlin zu einer gemeinsamen Polizeiausbildung?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Die Innenressorts der Länder Berlin und Brandenburg wurden in der gemeinsamen Kabinettsitzung im Januar dieses Jahres gebeten, Möglichkeiten einer gemeinsamen Ausbildung des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes zu prüfen. Verschiedene Modelle einer gemeinsamen Ausbildung wurden daraufhin untersucht. Favorisiert wurden im Ergebnis die gemeinsame Ausbildung des mittleren Dienstes sowie die gemeinsame Ausbildung des gehobenen Dienstes an einer gemeinsamen Fachhochschule der Polizei bzw. einer gemeinsamen Landespolizeischule.

Insbesondere die Ausbildung des gehobenen Dienstes ist jedoch in Brandenburg und Berlin völlig anders organisiert und strukturiert. Dabei stellt sich insbesondere der unterschiedliche Status der beiden Fachhochschulen als problematisch dar. Die Rechts- und Fachaufsicht an der Berliner Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, an der das Studium des gehobenen Polizeivollzugsdienstes erfolgt, ist der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur übertragen. In Brandenburg wird die Dienst- und Fachaufsicht durch das Ministerium des Innern ausgeübt. Alle anderen Bundesländer führen ebenso wie Brandenburg das Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst an internen Fachhochschulen durch, die der Fachaufsicht der Innenressorts unterliegen. Auch die künftige Deutsche Hochschule der Polizei unterliegt als interne Hochschule der Fachaufsicht des Innenressorts. Hierbei geht es nicht vorrangig um Formalaspekte, sondern um tief greifende inhaltliche und konzeptionelle Ausrichtungen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Polizeiausbildung eine Materie großer Sensitivität und politischer Relevanz ist, bei der Formal- oder Opportunitätskompromisse um des Kompromisses willen fehl an Platze sind. Eine einvernehmliche Lösung konnte aus diesem Grund bisher nicht herbeigeführt werden.

Frage 517

Fraktion der Linkspartei.PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Anhörung der Schulkonferenz -

In der letzten Sitzung des Kreistages Prignitz wurde mit dem Beschluss zur Kapazitätsfestlegung die Zügigkeit für die Gesamtschule (GOST) in Pritzwalk für das Schuljahr 2006/2007 auf „null“ Züge festgeschrieben.

Da mit der vorliegenden Schülerprognose keine größere Anzahl Schüler für das Schuljahr 2007/2008 zu erwarten ist, kann man davon ausgehen, dass auch für dieses Schuljahr mit einer „Nullzügigkeit“ für die Gesamtschule (GOST) in Pritzwalk zu rechnen ist. Damit ist die Schließung der Schule faktisch beschlossen.

Eine Anhörung der Schulkonferenz zur Festlegung der „Nullzügigkeit“ für das Schuljahr 2006/2007 hat nicht stattgefunden.

Ich frage die Landesregierung: Ist es richtig, dass die Schulkonferenz bei der Festlegung der Zügigkeit auf „null“ und der damit verbundenen Gefahr der Schulschließung nicht anzuhören ist?

Antwort der Landesregierung**Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht**

Mit Bescheid meines Hauses vom 01.11.05 wurde die 1. bis 3. Fortschreibung des kreislichen Schulentwicklungsplanes Prignitz für den Planungszeitraum 2002 bis 2007 mit Auflagen genehmigt. Wesentlicher Inhalt der 3. Fortschreibung ist, dass die Gesamtschule mit GOST in Pritzwalk im Folgejahr des Jahres, in dem erstmalig keine 11. Klassen gebildet werden können, in eine Oberschule umgewandelt werden soll. Mit der Nichteinrichtung einer Jahrgangsstufe 11 soll auch erstmalig in Jahrgangsstufe 7 keine Klassenbildung erfolgen, damit dann in zeitlicher Nähe die beiden Oberschulen (Realschule und dann auch Gesamtschule) in Pritzwalk auch räumlich am Standort der ehemaligen Realschule zusammengefasst werden können.

Im Rahmen dieser Beschlussfassungen zur Schulentwicklungsplanung erfolgte eine Beteiligung der schulischen Mitwirkungsgremien. Eine erneute Beteiligung der Schulkonferenzen und des Kreisschulbeirates gemäß §§ 91 und 137 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) ist erst dann geboten, wenn konkrete Beschlüsse zur Umsetzung der Schulentwicklungsplanung, hier zur Errichtung, Änderung bzw. Auflösung, anstehen. Dies ist hier noch nicht der Fall. Der in Rede stehende Beschluss des Kreistages Prignitz vom 03.11.05 bezieht sich ausschließlich auf die durch den Schulträger jährlich neu festzusetzende Aufnahmekapazität seiner Schulen. Für diese jährliche Kapazitätsfestsetzung fordert der Gesetzgeber keine Beteiligung der jeweiligen Schulkonferenzen. Erst wenn eine wiederholte Veränderung der Aufnahmekapazität eine generelle Veränderung der Zügigkeit oder eine Auflösung der konkreten Schule nach sich zieht, sind die Mitwirkungsgremien im Vorfeld der Beschlussfassung zur Änderung bzw. Auflösung der Schule gemäß § 105 Abs. 2 BbgSchulG erneut anzuhören.

Unabhängig von dieser rechtlichen Interpretation der einzelnen Paragraphen des BbgSchulG sei hier erwähnt, dass sich die Schulkonferenz der Gesamtschule Pritzwalk mit Schreiben vom 21. September 2005 an den Kultur- und Schulausschuss des Landkreises Prignitz gewandt und selbst vorgeschlagen hat, in Anbetracht des bereits gefassten schulentwicklungsplanerischen Beschlusses keine 7. Klassen an der Gesamtschule für das Schuljahr 2006/2007 zu bilden. Dieses Schreiben könnte unabhängig von einer rechtlichen Notwendigkeit als eine Form der Beteiligung ausgelegt werden, da die Schulkonferenz ihre Position hinsichtlich des Vorhabens darlegen konnte. Etwas anderes sieht selbst die pflichtige Anhörung gemäß § 91 Abs. 3 Nr. 1 BbgSchulG nicht vor.

Frage 518**Fraktion der Linkspartei.PDS****Abgeordneter Thomas Domres****- Befangenheit von Kreistagsabgeordneten -**

In der letzten Sitzung des Kreistages Prignitz am 03.11.2005 wurde ein Beschluss zur Kapazitätsfestlegung für die Schulen des Kreises Prignitz für das Schuljahr 2006/2007 gefasst. In der Sitzung wurden zwei Kreistagsabgeordnete von der Diskussion und von der Beschlussfassung wegen Befangenheit ausgeschlossen.

Von einem Kreistagsabgeordneten arbeitet die Ehefrau und

vom anderen Kreistagsabgeordneten die Tochter an der Schule, für die die „Nullzügigkeit“ festgelegt werden sollte. Ein dritter Kreistagsabgeordneter, der selbst an einer Schule des Kreises arbeitet, für die aber eine „Mehrzügigkeit“ festgelegt wurde, durfte sowohl an der Debatte als auch an der Beschlussfassung teilnehmen.

Nach dieser Verfahrensweise stellt sich die Frage nach der Gleichbehandlung der Kreistagsabgeordneten.

Ich frage die Landesregierung: Wann gilt ein Kreistagsabgeordneter, besonders in dem geschilderten Fall, als befangen?

Antwort der Landesregierung**Minister des Innern Schönbohm**

Gemäß § 32 Abs. 2 Landkreisordeung (LKrO) gelten für die Tätigkeit der Kreistagsabgeordneten die Vorschriften der §§ 27 bis 29 der Gemeindeordnung Brandenburg (GO) entsprechend.

1.

Danach darf ein Kreistagsabgeordneter gem. § 28 Abs. 1 GO weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst oder einem seiner Angehörigen einen unmittelbaren Vorteil bringen kann. Der Angehörigenbegriff ist in § 28 Abs. 5 GO legaldefiniert. Nach § 28 Abs. 5 Nr. 1 und 2 GO sind Angehörige unter anderem der Ehegatte und Verwandte in gerader Linie, also auch die Kinder.

2.

Weitere Voraussetzung für die Annahme eines Ausschlussgrundes eines Kreistagsabgeordneten im Sinne von § 28 Abs. 1 GO ist, dass die Entscheidung des Kreistages dem Kreistagsabgeordneten oder einem Angehörigen des Abgeordneten einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann.

Der Begriff des Vor- oder Nachteils ist dabei umfassend zu verstehen. Denn Sinn und Zweck des Mitwirkungsverbotes ist es, einen Interessenwiderstreit zwischen individuellem Sonderinteresse und dem für Kreistagsabgeordnete maßgeblichen Gemeinschaftsinteresse schon vom äußeren Anschein her zu vermeiden (OVG Münster, Urteil vom 20.02.1979, GVBl. 1980, S. 68). Grundsätzlich kann jeder individualisierbare materielle oder immaterielle Vor- oder Nachteil zu einem Ausschluss führen, sofern der Eintritt dieses Vor- oder Nachteils hinreichend wahrscheinlich ist. Das in § 28 Abs. 1 GO genannte Tatbestandsmerkmal der „Unmittelbarkeit“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff mit generalklauselartigem Inhalt, der einer exakten begrifflichen Eingrenzung nur bedingt zugänglich ist und daher Raum für unterschiedliche Auffassungen bietet (vgl. Schumacher, in: ders. (Hrsg.), Kommunalverfassungsrecht Brandenburg Band I, Stand August 2005, § 28 Anm. 3.5). Die Auslegung des Begriffes der Unmittelbarkeit erfolgt daher nicht einheitlich:

1.

Nach der formalen Theorie ist eine direkte Kausalität erforderlich, wonach ein Vorteil oder Nachteil stets dann unmittelbar ist, wenn die Entscheidung ohne Hinzutreten eines weiteren Umstandes eine natürliche Person direkt berührt (VGH Hessen, Ur. v. 10.03.1981, NVwZ 1982, S. 44).

2.

Zum Teil wird vorgeschlagen, die formale Theorie so zu modifizieren, dass ein unmittelbarer Vor- oder Nachteil dann anzunehmen ist, wenn er durch die Mitwirkungshandlung ohne weiteres Ereignis eintritt oder wenn zwar ein weiteres Ereignis erforderlich ist, dieses aber aufgrund der Mitwirkungshandlung zwangsläufig eintritt (Hassel, DVBl 1988, S. 711).

3.

Nach einem anderen Ansatz ist ein unmittelbarer Vor- oder Nachteil zu bejahen, wenn bei einem Mitglied der Vertretung aufgrund persönlicher Beziehungen zu dem Gegenstand der Beratung oder Entscheidung ein Sonderinteresse bestehe, das zu einer Interessenkollision führe und die Besorgnis rechtfertige, der Betroffene werde nicht am Gemeinwohl orientiert handeln (VGH Bad.-Württ., Urt. v. 18.03.1993, NVwZ-RR 1993, S. 504).

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Cottbus, Beschluss vom 17. November 1998 - 1 L 683/98 - und dessen Bestätigung durch den Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Brandenburg vom 8. Dezember 1998 - 1 B 170/98 - reicht es für ein Mitwirkungsverbot bei der Beschlussfassung zur Schulentwicklungsplanung aus, wenn die reale Möglichkeit im Sinne einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit eines unmittelbaren Sondervor- oder Sondernachteils vorliegt. Für das maßgebliche Abgrenzungskriterium der „Unmittelbarkeit“ des infrage stehenden Vor- oder Nachteils kommt es dabei nicht auf eine direkte Kausalität der zu treffenden Entscheidung an, sondern darauf, ob und inwieweit eine vorhergehende Entscheidung die nachfolgende festlegt oder steuert. Diese Auffassung erscheint vor dem Hintergrund des Regelungszweckes sachgerecht.

Sollte es sich bei dem Kreistagsabgeordneten oder seinen Angehörigen um Lehrer handeln, die an den betreffenden Schulen beschäftigt sind, so ist eine Befangenheit der betroffenen Kreistagsabgeordneten nicht auszuschließen. So urteilte das Oberverwaltungsgericht Münster am 10.03.1989, dass ein Schulauflösungsbeschluss wegen Mitwirkung eines befangenen Ratsmitgliedes in der entscheidenden Ratssitzung rechtswidrig sei (NVwZ-RR 1990, S. 43). Das Ratsmitglied war in dem vom Gericht zu beurteilenden Sachverhalt Schulleiter an der betreffenden Schule, die laut des Beschlusses der Stadtverordneten aufgelöst werden sollte.

Eine rechtliche Beurteilung der konkreten Angelegenheit ist mangels hinreichender Kenntnis des konkreten Sachverhaltes nicht möglich.

Frage 519

Fraktion der DVU

Abgeordneter Norbert Schulze

- Deutsches Stromnetz marode! -

So und ähnlich lauten die Schlagzeilen der Medien wäh-

rend der letzten Tage. Ursache für diese ernüchternde Feststellung war der Totalstromausfall und das damit verbundene Chaos im Münsterland infolge des einbrechenden Winterwetters.

Dass eine solche Situation jederzeit auch anderswo in Deutschland passieren kann, ist geradezu beängstigend, wenn man die außerordentliche Bedeutung der Elektroenergie insgesamt betrachtet.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Vorkehrungen trifft sie zur Vermeidung derartiger Energiekatastrophen im Land Brandenburg?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Angesichts der mehrtägigen Stromausfälle im Münsterland ist die Verantwortung der Netzbetreiber für ein technisch sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz zu unterstreichen. Netzausfälle, die auch bei Beachtung der anerkannten Regeln der Technik nicht vermieden werden können, sind durch die Netzbetreiber so schnell und wirksam wie möglich zu beheben.

Eine zuverlässige Versorgung mit Strom ist aber trotz hoher Investitionen keine Selbstverständlichkeit – gegen höhere Gewalt ist niemand geschützt. Bei landesweiten Schadenslagen werden die Katastrophenschutzleitung und der Katastrophenschutzstab des Landes Brandenburg beim Ministerium des Innern aufgerufen.

Das Lagezentrum Brand- und Katastrophenschutz des Ministeriums des Innern ist mit entsprechenden Dokumentationen auf ein solches Szenario wie im Münsterland vorbereitet. Es bestehen enge Kontakte mit den Notfallzentralen der großen Energieversorgungsunternehmen und die entsprechende Technik wird im Katastrophenschutzlager des Landes vorgehalten.

Auch wenn die Ursachen für die Stromausfälle im Münsterland noch der Aufklärung bedürfen, gibt das Ausmaß der Netzausfälle Anlass, die Wirksamkeit der Aufsicht über die technische Sicherheit der Energienetze zu prüfen. Mit dieser Frage hat sich auch die Wirtschaftsministerkonferenz am 14. Dezember 2005 beschäftigt und einen entsprechenden Bericht in Auftrag gegeben.

Die Investitionen der ostdeutschen Stromunternehmen in die Netze waren in den 90er Jahren erheblich. Allein in den Jahren 1992 bis 1997 waren es jährlich über 1 Milliarde Euro. Die ostdeutschen Stromversorgungsnetze sind nunmehr auf dem neuesten Stand. Derzeit liegt das jährliche Investitionsvolumen bei ca. 400 Millionen Euro.